



Plenarprotokoll

10. Sitzung

Mittwoch, 14. November 2012

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Karl Eduard Claussen.....	634	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW	
Höhe der Ausgleichsforderung für den Fehmarnbelt-Tunnel.....	634	Drucksache 18/93 (neu) - 2. Fassung	
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/327		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/290	
Johannes Callsen [CDU].....	634	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	636
Birgit Herdejürgen [SPD].....	635		
Beschluss: Dringlichkeit verneint.....	635	Beschluss: Verabschiedung.....	637
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	636	Aktuelle Stunde Umsetzung der neuen Willkommenskultur der Landesregierung in Schleswig-Holstein.....	637

Antrag der Fraktion der PIRATEN		Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss.....	677
Angelika Beer [PIRATEN].....	637		
Astrid Damerow [CDU].....	639	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein auf dem Gebiet der Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz.....	677
Serpil Midyatli [SPD].....	640		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	642	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/269	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	643		
Lars Harms [SSW].....	645	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	677
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	646		
Andreas Breitner, Innenminister....	647		
Gemeinsame Beratung		Gemeinsame Beratung	
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013.....	648	a) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013.....	677
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/220		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/220	
b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2013....	648	b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2013....	677
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/221		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/221	
c) Finanzplan Schleswig-Holstein 2012 - 2016.....	648	c) Finanzplan Schleswig-Holstein 2012 - 2016.....	677
Finanzplan Fortschreibung 2017 - 2022.....	648	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/221	
Bericht der Landesregierung zum Abbau der strukturellen Verschuldung gemäß Artikel 59 a Landesverfassung.....	648	c) Finanzplan Schleswig-Holstein 2012 - 2016.....	677
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/315		Finanzplan Fortschreibung 2017 - 2022.....	677
Monika Heinold, Finanzministerin	648	Bericht der Landesregierung zum Abbau der strukturellen Verschuldung gemäß Artikel 59 a Landesverfassung.....	677
Johannes Callsen [CDU].....	651	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/315	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	657	Torge Schmidt [PIRATEN].....	677
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	663	Lars Harms [SSW].....	683, 704
Wolfgang Kubicki [FDP].....	669	Torsten Albig, Ministerpräsident...	689
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des schleswig-holsteinischen Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes.....	677	Tobias Koch [CDU].....	693, 699
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/259		Johannes Callsen [CDU].....	694
		Lars Winter [SPD].....	694
		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	697
		Dr. Heiner Garg [FDP].....	701

Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	703	Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 18/314 (neu) an den Wirtschaftsausschuss	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	707	2. Ablehnung der Anträge Drucksachen 18/144 und 18/160 (neu).....	721
Monika Heinold, Finanzministerin	709		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	709		
Beschluss: 1. Überweisung der Gesetzentwürfe Drucksachen 18/220 und 18/221 an den Finanzausschuss und an alle weiteren Ausschüsse des Landtags			
2. Überweisung des Berichts Drucksache 18/315 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	710		
		* * * *	
Gemeinsame Beratung		Regierungsbank:	
a) ÖPP auch bei der Instandhaltung von Autobahnen ermöglichen	710	Torsten Albig, Ministerpräsident	
Antrag der Fraktionen von FDP und CDU		Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Drucksache 18/314 (neu)		Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
b) Aufteilung der GVFG-Mittel	710	Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft	
Antrag der Fraktion der CDU		Andreas Breitner, Innenminister	
Drucksache 18/144		Monika Heinold, Finanzministerin	
Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie	
Drucksache 18/275		Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung	
c) Feldversuch von Lang-LKW in Schleswig-Holstein	710	* * * *	
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP			
Drucksache 18/160 (neu)			
Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses			
Drucksache 18/276			
Christopher Vogt [FDP], Berichtserstatter.....	711		
Volker Dornquast [CDU].....	711		
Christopher Vogt [FDP].....	712		
Kai Vogel [SPD].....	713		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	715		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	716		
Flemming Meyer [SSW].....	718		
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	719		

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die fünfte Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt sind von der CDU-Fraktion Herr Jens-Christian Magnussen und von der SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Jürgen Weber. Heute Nachmittag ist von der Landesregierung Ministerin Professor Dr. Wende beurlaubt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Kurz nach seinem 82. Geburtstag ist am 5. Oktober 2012 der ehemalige Landesminister und langjährige Landtagsabgeordnete Karl Eduard Claussen verstorben. Mit ihm hat Schleswig-Holstein einen seiner markantesten Politiker verloren, der in den wichtigen Jahrzehnten der Modernisierung unseres Landes entscheidende politische Akzente gesetzt hat. Mit seiner Arbeit und seinem Wissen hat er Schleswig-Holstein mit geprägt und dabei im besten Sinn des Wortes Spuren hinterlassen, die über den Tag hinaus von Bestand sind.

25 Jahre - von 1967 bis 1992 - gehörte **Karl Eduard Claussen** als Abgeordneter der Christlich Demokratischen Union dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an. In der 6. Wahlperiode war er Vorsitzender des Innenausschusses. 17 Jahre lang, von 1971 bis 1988, war er Mitglied der Landesregierung. Als Sozial-, Justiz- und Innenminister arbeitete er gestaltend für Schleswig-Holstein.

Eine andere wichtige Seite von Karl Eduard Claussen war sein soziales Engagement, das sich vor allem in seiner engen Verbundenheit mit dem Deutschen Roten Kreuz zeigte. 20 Jahre lang war er der Präsident des Landesverbandes Schleswig-Holstein. Als dessen Ehrenpräsident blieb er dem Deutschen Roten Kreuz bis zu seinem Tod eng verbunden.

Meine Damen und Herren, Karl Eduard Claussen war ein warmherziger und ein bodenständiger Freigeist, der in seiner klaren, charakterfesten Art für einen ganz eigenen Politikstil stand. Er war besonders geprägt durch die tiefe Verwurzelung mit seinem Heimatland und durch seine fundierte juristische Ausbildung.

Im nördlichen Landesteil Schleswig - in Kappeln - geboren, wurde schließlich das holsteinische Bargteheide sein Lebensmittelpunkt. Hier begann sein politisches Engagement im kommunalen Bereich.

Hier lebte er mit seiner Familie, hier arbeitete er als anerkannter Rechtsanwalt, und hier schloss sich sein Lebenskreis. Zeit lebens begriff Karl Eduard Claussen es als seine selbstverständliche Pflicht, sich für seine Mitmenschen und das gute Miteinander einzusetzen. Seit 1962, als damals jüngster Bürgermeister des Landes, gestaltete er deshalb mit und für die Menschen Politik, und ihm ist es ganz wesentlich zu verdanken, dass Bargteheide 1970 die Stadtrechte verliehen wurden.

Er war aufrichtig und standfest, wo andere schwach wurden. Er blieb seinen Werten gerade in schwierigen Situationen treu und lebte sie beispielhaft vor. Er war ein verlässlicher, kluger und stets fairer Mann; eine Persönlichkeit von beispielhafter Authentizität, die in der CDU und weit darüber hinaus zu einer Identifikationsfigur geworden ist. Karl Eduard Claussen war ein Urgestein der Landespolitik und brachte sich bis kurz vor seinem Tod aktiv ein. Er hat sich mit größtem Engagement, mit Weitblick und mit Würde um unser Land Schleswig-Holstein verdient gemacht. Dafür wurde er mit dem großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Seine Heimatstadt Bargteheide verlieh ihm 2010 die Ehrenbürgerwürde.

Meine Damen und Herren, wir gedenken heute des früheren Abgeordneten und Landesministers Karl Eduard Claussen in Dankbarkeit. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen. Ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an unseren verstorbenen Kollegen innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat im Wege der Dringlichkeit mit der Drucksache 18/327 einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt:

Höhe der Ausgleichsforderung für den Fehmarnbelt-Tunnel

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/327](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich erteile das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Abgeordneten Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor gerade vier Wochen hat der Ministerpräsident sich in Kopenhagen klar zur **festen Fehmarnbelt-Que-rung** bekannt. Er hat sogar dem Bund die Verant-

(Johannes Callsen)

wortung zugewiesen, sollten wir damit zu einer europäischen Lachnummer werden. Gestern nun erfahren wir, dass der schleswig-holsteinische Umweltminister jetzt **höhere Ausgleichszahlungen** für dieses Bauwerk fordert, die zu einer Verteuerung und zu einer Verzögerung dieses für Schleswig-Holstein so wichtigen Projektes führen. Es besteht daher dringender Aufklärungsbedarf dahin gehend, welche Konsequenzen diese neuen Auflagen haben, und der Landtag hat einen Anspruch darauf, schnellstmöglich informiert zu werden. Deshalb haben wir gemeinsam mit der FDP-Fraktion diesen Antrag gestellt.

Es geht darum, inwieweit die dänischen Partner auf das Wort des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten vertrauen können. Wir erwarten hier von Herrn Albig ein klares Wort zu dieser grünen Verhinderungspolitik durch die Hintertür. Für die deutsch-dänische Zusammenarbeit ist eine schnelle Klarstellung erforderlich. Ich bitte deshalb um Zustimmung.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Ebenfalls zur Frage der Dringlichkeit erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Birgit Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind natürlich gern bereit, mit Ihnen das Thema Fehmarnbelt zu diskutieren. Wir sehen allerdings keinen Grund für die Dringlichkeit. Es gibt bestehende Verträge, es gibt ein umfangreiches Vertragswerk, es gibt Planungsverfahren. Es ist völlig klar, dass im Rahmen des gesamten Verfahrens auch das Thema der Ausgleichsleistungen diskutiert werden muss. Das ist also alles nichts Neues. Insofern diskutieren wir gern mit Ihnen darüber im Dezember.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn es unterschiedliche Auffassungen über die Dialogkultur gibt, lasse ich nun abstimmen über den Dringlichkeitsantrag in der Drucksache 18/327. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der

abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen! - Danke schön. Die Dringlichkeit hat die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen nicht erreicht und ist damit abgelehnt. Der Antrag wird daher in dieser Tagung nicht beraten.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 5, 7, 8, 13, 15, 16, 23, 26, 28 bis 30, 35, 39, 44, 46 bis 49, 52 sowie 53 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 20, 41, 54.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 6 und 9: Gesetzentwürfe zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe sowie zur Änderung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung; sowie die Punkte 10 und 21: Gesetzentwürfe zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein; weiterhin die Punkte 11, 12 und 56: Entwürfe eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013 und eines Haushaltsbegleitgesetzes 2013 sowie der Finanzplan 2012 - 2016. Gemeinsam beraten werden sollen auch die Punkte 18 und 32: Gesetzentwurf zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz sowie Antrag zum Erlass eines Förderprogramms zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum; wie auch die Tagesordnungspunkte 19 und 42: Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens, Hochschulsanierung und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/12 sowie Antrag zur baulichen Situation an den Hochschulen. Ebenfalls gemeinsam beraten werden sollen die Punkte 24 und 37: Anträge zu Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan sowie zur S-Bahn-Strecke 4. Dies gilt auch für die Tagesordnungspunkte 27 und 36: Anträge zur transparenten und effizienten Erfassung sowie zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls. Ebenfalls gemeinsam beraten werden sollen die Punkte 33 und 34: Anträge zu den Kosten der EHEC-Krise und zu saisonalen Grippeimpfstoffen; sowie 38 und 55: Antrag zum strukturellen Defizit bei der Ausstattung mit Lehrkräften sowie Bericht zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2011/12. Schließlich sollen noch gemeinsam beraten werden die Tagesordnungspunkte 43, 50 und 51: Anträge zur Instandhaltung von

(Präsident Klaus Schlie)

Autobahnen, zur Aufteilung der GVFG-Mittel sowie zum Feldversuch von Lang-Lkw in Schleswig-Holstein.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Landesverfassungsgericht hat dem Landtag mehrere Wahlprüfungsbeschwerden zur Landtagswahl 2012 übermittelt. Der Innen- und Rechtsausschuss hat dem Landtag hierzu mit der Drucksache 18/319 eine Beschlussempfehlung vorgelegt. Ich schlage vor, diese Beschlussempfehlung als Tagesordnungspunkt 53 a in die Tagesordnung einzureihen und am Freitag ohne Aussprache in der Sache aufzurufen.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 5. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen, weil die Sitzung voraussichtlich um 14 Uhr enden wird. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Lassen Sie uns gemeinsam begrüßen: Schülerinnen und Schüler der Comenius-Regionalschule, Quickborn.

Für die Sinti und Roma in Schleswig-Holstein ist dies ein ganz besonderer Tag, ein Tag von historischer Bedeutung und Symbolkraft. Deshalb freuen wir uns sehr, dass neben Herrn Matthäus Weiß, dem Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen Sinti und Roma, auch Herr Romani Rose als Vorsitzender des Zentralrats deutscher Sinti und Roma, heute unser Gast ist. - Seien Sie uns beide herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/93 \(neu\) - 2. Fassung](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

[Drucksache 18/290](#)

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Das Mikrofon fällt aus)

Präsident Klaus Schlie:

Vielleicht können wir noch einen Moment auf die Technik warten, die sich des Problems annimmt.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich kann auch von hier aus einfach lauter sprechen.

(Widerspruch - Die Abgeordnete Barbara Ostmeier begibt sich daraufhin zum Rednerpult)

- Herr Präsident! Ich denke, es ist der Beschlussempfehlung durchaus angemessen, dass ich den Bericht nun von hier vorne gebe.

(Beifall)

Der Landtag hat durch Plenarbeschluss vom 23. August 2012 den Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Europaausschuss überwiesen. Beide Ausschüsse haben sich in mehreren Sitzungen mit der Vorlage befasst und ihre Beratungen in ihren Sitzungen am 24. Oktober 2012 abgeschlossen.

In Übereinstimmung mit dem beteiligten Europaausschuss empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, eines Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN und eines Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der CDU dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin.

Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich weise darauf hin, dass mit dem Gesetzentwurf die Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holsteins vorgesehen ist. Dies ist nach Artikel 40 Abs. 2 Landesverfassung nur mit der Mehrheit

(Präsident Klaus Schlie)

von zwei Dritteln der Mitglieder des Hauses möglich. Das entspricht 46 Abgeordneten.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, Drucksache 18/93 (neu) - 2. Fassung. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Meine Damen und Herren, damit ist der Gesetzentwurf, Drucksache 18/93 (neu) - 2. Fassung, mit den Stimmen aller Fraktionen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit vom Schleswig-Holsteinischen Landtag einstimmig angenommen.

(Beifall)

Ich möchte in diesem Zusammenhang gern das Versäumnis nachholen, auch unsere Minderheitenbeauftragte, Frau Schnack, ganz besonders herzlich auf der Tribüne zu begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde Umsetzung der neuen Willkommenskultur der Landesregierung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute in der von uns beantragten Aktuellen Stunde um die Umsetzung der **neuen Willkommenskultur**, die die **Koalition** in ihrem Vertrag festgeschrieben hat. Denn die Aussagen dort haben wir eindeutig begrüßt:

„Wir brauchen eine neue, akzeptierende Willkommenskultur, die sich ... im konkreten Verwaltungshandeln widerspiegelt.“

Dies wird noch konkretisiert durch die Ankündigung einer guten Zusammenarbeit, der Ausschöpfung des bundesgesetzlichen Ermessensspielraums, gemeinsam mit dem Flüchtlingsbeauftragten des Landes, um eine Änderung in der Praxis zu erwirken. Weiterhin geht es um den „Paradigmenwechsel in der Abschiebepolitik“. Sie sagen:

„Wer dauerhaft in Deutschland lebt, muss das Recht bekommen zu bleiben“,

und wollen den Menschen eine „verlässliche Perspektive“ bieten.

(Beifall PIRATEN)

So weit, so gut.

Aus aktuellem Anlass möchte ich Dania Chafi begrüßen, die heute ebenfalls Gast im Landtag ist.

(Beifall PIRATEN)

Dania, du bist stellvertretend für deine Familie hier, eine Familie, deren Kinder und Eltern von der Abschiebung in den Libanon bedroht sind.

Wir möchten mit dieser Aktuellen Stunde Verständnis erreichen, und Sie um Überprüfung der bisherigen Entscheidungen bitten, um dieser Familie das Recht zum Bleiben zu gewähren.

Ich spreche heute also nicht über die **Unterstützung** von Innenminister Breitner für die **Initiative** des **CSU-Innenministers** Friedrich, Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien schnellstmöglich zurückzuschicken, wohl wissend, dass die meisten von ihnen Roma sind.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Was hat das damit zu tun? - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wissen Sie, was Demagogie ist?)

- Ich glaube, das steht im Widerspruch zu der gerade beschlossenen Erhebung der Roma und Sinti bei uns in den Verfassungsrang.

Ich spreche heute auch nicht über die jüngsten Äußerungen von Herrn Breitner über die dramatisch **ansteigende Zahl** von **Asylbewerbern**, **fehlenden Wohnraum** und über die immer noch existierende **Abschiebehaft**. Wir reden heute nicht über die Flüchtlingsmärsche und Flüchtlingscamps in der ganzen Republik und die Antwort der extremen Rechten darauf, wie neulich in Mecklenburg-Vorpommern, als mit Fackelzügen gegen Asylbewerberunterkünfte vorgegangen wurde.

(Johannes Callsen [CDU]: Was hat das mit dem Thema zu tun?)

Heute geht es um den menschlich tragischen Fall der **Familie Chafi**, die nur noch wenige Tage bei uns geduldet ist und deren Eltern und minderjährigen Kindern die Abschiebung in den Libanon droht.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Andresen?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Nein. Es tut mir leid, ich bin krank, und ich möchte diese Rede zu Ende halten. Ich würde Sie auch bitten, nicht dauernd dazwischenzurufen.

Sie sollen in den Libanon abgeschoben werden, wo bekanntlich die Hisbollah in der Regierung sitzt und sich auf den von ihnen kontrollierten Gebieten aktiv am Bürgerkrieg in Syrien beteiligt; in den Libanon, zu dem das Auswärtige Amt warnt, dort hinzureisen. Die erwachsenen Kinder dürfen bleiben, die minderjährigen, die hier geboren und integriert sind, sowie deren Eltern jedoch sollen dorthin abgeschoben werden, in ein Land, wo ein Bürgerkrieg droht.

Um es klarzumachen - ich glaube, mein Punkt ist hier klar geworden -: Wir wollen eine neue Willkommenskultur in unserem Land, und wir möchten, dass sie sich dadurch auszeichnet, dass diese Familie bleiben darf.

(Beifall PIRATEN)

Es ist, wie SPD, SSW und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag schreiben: Eine neue Willkommenskultur erfordert ein Bleiberecht ohne Stichtagsregelung. - Wir unterstützen das. Wir wissen, dass Sie die Initiative auf Bundesebene auch versuchen einzuleiten. Aber Papier alleine reicht nicht. Denn hier geht es um das Schicksal von Menschen.

(Beifall PIRATEN)

Die anderen, die heute keinen Platz gefunden haben, sitzen in diesem Hohen Haus in einem anderen Raum und folgen dieser Debatte.

Die Schüler, die bisher keine Antwort von Herrn Minister Breitner bekommen haben, nämlich die Landesschülervertreter der Gymnasien in Schleswig-Holstein, stehen gleich vorne vor der Tür und möchten Ihnen heute die über 2.000 Unterschriften von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen überreichen, die sich für ein Bleiberecht der Familie einsetzen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, ich unterbreche Sie ungern. Ich will darauf hinweisen, dass es mit dem Fraktionsvorsitzenden Ihrer Fraktion eine Absprache auch zu inhaltlichen Ausführungen dieser Aktuellen Stunde gegeben hat. Ich würde Sie herzlich darum bitten, sich daran zu halten; das ist verbindlich.

(Beifall CDU und SPD)

Angelika Beer [PIRATEN]:

Sehr gern, Herr Präsident.

Ich komme auch schon zum Schluss. - Vor wenigen Tagen, am 3. November 2012, hat hier eine Sitzung des **Landesjugendparlaments** und auch der Landesschülervertretung stattgefunden. Auch dort war Dania zu Gast. Sie ist gebeten worden, eine Rede zu halten. Genau an diesem Rednerpult hat sie gesprochen. Ich möchte Ihnen diese Rede hier gern zur Kenntnis geben.

Sie sagte:

„Guten Morgen, alle zusammen! Wie Laura bereits berichtet hat, soll meine Familie auseinandergerissen werden. Jeden Morgen, wenn ich in die Schule gehe, kann ich mich nicht auf den Unterricht konzentrieren, da ich in Gedanken bei meiner Familie bin. Ich habe große Angst und Sorge, besonders um die Kleinen, die nichts außer Deutschland kennen, für die ein Leben im Libanon unverstellbar ist. Eine Chance auf Bildung und hinreichende medizinische Versorgung für meine Schwester, die an Epilepsie erkrankt ist, werden dort nicht gewährleistet. Mir wird hier ermöglicht, mein Abitur zu machen. Ich frage mich: Mit welchen Begründungen wird dieses meinen Geschwistern verwehrt?

Auch für meine Eltern gibt es im Libanon keine Existenzgrundlage. Sie haben nichts und würden das, was sie in 18 Jahren in Deutschland aufgebaut haben, zurücklassen müssen, ihre Freunde und Nachbarn und vor allem ihre Kinder.

Genau wie ich stehen viele von euch kurz vor dem Abi. Könnt ihr euch vorstellen, jeden Tag von der Schule zu kommen und nicht zu wissen, ob die schwerwiegenden Entscheidungen getroffen wurden, die unser Leben beeinflussen? Könnt ihr euch auf Kafka und den „Prozess“ oder auf Analysis und Stochastik konzentrieren, wenn euch doch eigentlich andere Plagen beschäftigen? Das könnt ihr wohl kaum, und ich ebenso wenig. Deshalb bin ich froh, dass wir eine so breite Unterstützung erleben, und möchte diese Gelegenheit nutzen, jedem zu danken, der uns geholfen hat, uns unterstützt und auch weiter die Gelegenheit geben will, hier zusammen zu leben. Besonders die Bismarckschule und die KGSE, Frau Oster und vor allem Herr Fischer vom Diakonischen Verein stehen uns

(Angelika Beer)

bei. Für diese Solidarität bin ich und ist meine Familie sehr dankbar.“

(Beifall PIRATEN)

Das ist die Rede von Dania Chafi. Ich bitte Sie, diese Rede ernst zu nehmen und zuzustimmen, dass menschenwürdige Politik Einzug hält in diesen Landtag, in dieses Haus, in dieses Land und wir eine neue Willkommenskultur am Beispiel der Familie Chafi gemeinsam umsetzen.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte mir fest vorgenommen, Reden nach Möglichkeit nicht zu kommentieren, aber ich bedaure es außerordentlich, im Interesse der Sache, aber vor allen Dingen im Interesse der Betroffenen, dass Sie sich nicht an die Absprache im Ältestenrat gehalten haben, Frau Abgeordnete.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Astrid Damerow das Wort.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie haben der Familie einen Bärendienst erwiesen! - Weitere Zurufe)

- Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Damerow.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

Astrid Damerow [CDU]:

Ich habe ja noch nicht einmal angefangen.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident, ich gestatte eine Zwischenbemerkung. Eine Frage kann es schwerlich sein, denn ich habe ja noch gar nicht angefangen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Breyer!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Ich wollte nur klarstellen, dass wir bezüglich der Aktuellen

Stunde zugesagt haben, dass wir den Fall Chafi als Beispiel für eine generelle Problematik nennen. Wir haben immer klarge macht, dass wir diesen Fall als aktuellen Aufhänger nutzen wollen. Deswegen entspricht das, was die Kollegin gesagt hat, durchaus der Intention der Aktuellen Stunde.

(Zurufe)

- Herr Abgeordneter Dr. Breyer, ich will es deutlich sagen: Das entspricht nicht dem, was wir im Ältestenrat besprochen haben. Wenn Ihr Erinnerungsvermögen Sie trügt, bin ich gern bereit, dass wir das noch einmal intensiv miteinander erörtern. Ich halte das langsam für einen Stil, der nicht in unser Haus einziehen sollte.

(Beifall CDU, SPD und FDP)

Wenn es solche Abmachungen gibt, von denen alle bis auf Sie die gleiche Wahrnehmung haben, dann gelten sie für alle, auch für Sie. Ich bin Ihnen gern behilflich, Ihre Wahrnehmung auf den gleichen Stand zu bringen, den alle anderen auch haben.

Frau Abgeordnete Damerow, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Astrid Damerow [CDU]:

Ja, tue ich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist sehr freundlich. - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns trotz formaler Bedenken entschlossen zuzulassen, dass zur Aktuellen Stunde geredet wird, weil wir nicht den Eindruck erwecken wollten, uns sei das Schicksal von Menschen egal. Aber der Stil, in dem das hier vorgetragen worden ist, der im Übrigen schon ein bisschen infrage stellt, dass alle im Parlament das Schicksal solcher Menschen im Auge haben, ist in der Form nicht akzeptabel. Ich kündige für meine Fraktion an, dass es eine Ausnahme gewesen ist, dem zuzustimmen, wenn das in dieser Weise im Parlament missbraucht wird.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der Fraktion der PIRATEN, ich habe mir viele Gedanken über den Titel der Aktuellen Stunde gemacht. Wir alle waren etwas ratlos. Uns allen ist natürlich klar, welche Intention Sie hatten, als Sie diese Aktuelle Stunde beantragt

(Astrid Damerow)

haben. Allerdings sind wir davon ausgegangen, dass auch Sie sich, wie es Gepflogenheit in diesem Haus ist, an die Absprachen halten. Ich finde es ausgesprochen bedauerlich - ich kann meine Stichworte erst einmal zur Seite legen -, dass Sie so vorgegangen sind, wie Sie vorgegangen sind, verehrte Frau Kollegin Beer. Ich bedaure es vor allem auch für die Unterstützer und die Familie Chafi, dass Sie dies in dieser Form im Parlament thematisiert haben.

Häufig hilft man den Menschen nicht allein dadurch, dass man groß, **öffentlichkeitswirksam** ein Thema **im Parlament** hochzieht, wohl wissend, dass wir als Landesparlament gar nicht die Kompetenz haben, einen wirklich zielführenden Beschluss zu fassen. Sie machen Menschen Hoffnung - das wissen Sie als Parlamentarierin -, die Sie nicht erfüllen können. Das finde ich - ich halte mich sehr zurück - nicht in Ordnung.

Sie können es nicht wissen, weil Sie in der letzten Legislaturperiode noch nicht dabei waren: Wir haben über das Thema Integration in seinen vielfältigen Ausprägungen häufig diskutiert - wir waren uns nicht immer einig -, mitunter strittig. Aber - da dürften mir die anderen Kollegen zustimmen - wir haben in den vergangenen drei Jahren und auch in den Jahren davor in Schleswig-Holstein ordentliche Schritte nach vorn gemacht im Bereich der Integration, auch im Bereich des Aufenthaltsrechts.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zum Thema **Integration, Willkommenskultur!** Niemand streitet ab, dass wir sie brauchen. Aber Ihr Titel lautet: „Die neue Willkommenskultur der Landesregierung“. Das diskutieren wir sehr gern, aber in solchen Fällen ist ein **Antrag**, den man dann sachlich diskutieren kann, wesentlich zielführender. Das hätte ich mir an dieser Stelle gewünscht. Ich bin davon überzeugt, dass uns die Landesregierung irgendwann ihre Vorstellungen vorlegen wird.

Wir haben gegen Ende der vergangenen Legislaturperiode nach langen Diskussionen eine **Bundesratsinitiative** auf den Weg gebracht, die sich mit dem Thema Bleiberecht beschäftigt. Sie wissen so gut wie wir, dass mehrere Bundesländer eine solche Initiative gestartet haben, mit unterschiedlichen Inhalten, aber alle mit dem gleichen Ziel - Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein -, und sie sich noch in den Beratungen im Bundesrat befinden. Es ist sicherlich nicht einfach, über viele Länder hinweg hier zu einer gemeinsa-

men Lösung zu kommen. Es ist Aufgabe der Landesregierung, das weiter zu verfolgen.

Ich wehre mich dagegen, dass Sie uns pauschal unterstellen, wir würden uns nicht gleichermaßen mit dem **Schicksal dieser Menschen** auseinandersetzen wie Sie. Das tun wir alle, jeder auf seine ureigenste Art. Sie haben recht: Es ist unsere Pflicht, uns als Parlamentarier mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Das werden wir auch in Zukunft tun, wie immer durchaus strittig, aber stets an der Sache und, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der PIRATEN, vor allem an den Interessen der Menschen orientiert.

Ich möchte jetzt aufhören. Ich kann bei Ihrem Titel der Aktuellen Stunde nach wie vor nicht erkennen, wo der aktuelle Bezug liegen soll.

(Angelika Beer [PIRATEN]: In der Abschiebung!)

Sie haben das jetzt deutlich gemacht - entgegen sämtlicher Absprachen. Ich weiß nicht, ob Sie der Familie damit einen guten Dienst erwiesen haben. Zumindest haben Sie ihr nicht weitergeholfen. Das muss man an dieser Stelle sagen. Deshalb noch einmal: Ich bedaure es, dass Sie sich dafür auf den Weg nach Kiel gemacht haben. Denn dieser Landtag kann Ihnen heute keine Garantie geben. Auch das hätte zur Wahrheit gehört, wenn die Abgeordneten der PIRATEN das im Vorhinein gesagt und hier nicht nur populistisch agiert hätten.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Beer, das Einzige, das Sie hier heute befriedigt haben, ist Ihr Ego.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie haben der Familie damit überhaupt nicht geholfen. Ich bin gern bereit, mit der Familie noch einmal persönlich in Kontakt zu treten. Nicht nur Sie haben sich für die Familie eingesetzt, sondern auch die Kollegin Beate Raudies, die örtliche Abgeordnete; Lars Harms hat sich intensiv mit dem Fall beschäftigt, Eka von Kalben war dort; Astrid Damerow hat sich damit auseinandergesetzt. Wir alle ha-

(Serpil Midyatli)

ben uns mit dem Fall beschäftigt, wie wir das mit allen Fällen, die uns vorgetragen werden, tun. Dies machen wir aber nicht so wie Sie hier im **Plenum**. Das hat auch etwas mit datenschutzrechtlichen Gründen zu tun, aber auch mit dem, was im Vorwege zu besprechen ist, wo noch an Lösungen gearbeitet wird, um der Familie zu helfen.

Ich wollte meine Rede eigentlich ganz anders beginnen, weil es ja „Willkommenskultur“ heißt, ich wollte Sie eigentlich gern in neun verschiedenen Sprachen begrüßen und habe mir Hilfe von Lars Harms und Birte Pauls geholt, wie es denn auf Friesisch oder Dänisch heißt, aber nach Ihrem Einsatz ist mir das ehrlich gesagt vergangen. Es tut mir wirklich leid.

Wir haben in der letzten Wahlperiode die **stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung** mit dem damaligen Integrationsminister Emil Schmalfuß gemeinsam auf den Weg gebracht. Auch damals war ein konkreter Fall der Anlass. Wir haben uns dazu entschieden und gesagt: Wir können uns nicht nur in diesem einen Fall engagieren, denn es sind auch viele andere Menschen im Land von der Bleiberechtsregelung betroffen. Wir reden insgesamt über 87.000 Menschen in Deutschland, die im Moment geduldet sind. 67 % dieser Menschen sind länger als sechs Jahre hier. Wir reden hier über keinen Einzelfall, sondern wir brauchen eine Regelung. Dafür haben wir die **Bundesratsinitiative** auf den Weg gebracht. Ich hoffe und wünsche - da will ich auch den Einsatz von Ihnen persönlich und Ihrer Bundespartei sehen -, dass wir das gemeinsam unterstützen, dass wir die stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung bekommen, damit allen Familien in der Bundesrepublik geholfen wird.

(Beifall)

Wir haben einen Kriterienkatalog aufgelegt, in dem wir gesagt haben: Es kann nicht sein, dass die Punkte von 1 bis 10 aufgelistet werden, und wenn ein Punkt nicht erfüllt ist, dass der Aufenthalt dann nicht genehmigt wird. Es muss vielmehr eine Gesamtschau vorgenommen und die gesamte Integrationsprognose mit aufgenommen werden. Die gesamten bisher erbrachten Integrationsleistungen sollen in die Entscheidung mit einfließen.

Das hilft dabei - hoffe ich zumindest -, wenn wir dann auch durch den Einsatz des Innenministers so weit sind, dass vielen Menschen geholfen wird. Denn es ist kein Zustand, dass in Deutschland jeden Tag 87.000 Menschen von Abschiebung bedroht sind. Das ist kein Zustand, und das wissen wir. Wir

wollen uns gemeinsam dafür einsetzen, dies zu ändern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich war, wie meine Kollegin Astrid Damerow auch, ein wenig ratlos über das Thema, weil es um das Thema **Willkommenskultur** gehen sollte. Ich habe mir noch einige andere Stichworte neben dem Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht, das wir definitiv modernisieren müssen, mit aufgeschrieben. Wichtig ist, dass die Menschen, die hier leben, die gleichen Chancen auf **Teilhabe an der Gesellschaft** haben müssen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehört auch - das kann zum Beispiel die Landesregierung tun -, die Ministerien interkulturell zu öffnen, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in die Ministerien über die Bewerbungen ins Haus einzuladen und zu schauen, wer da hineinpasst, damit wir ein bunteres Bild auch in unseren Ministerien bekommen.

Ich habe einmal gegooglet, was Willkommenskultur heißt. Wir reden neuerdings auch von einer **neuen Willkommenskultur**. Ich kenne aber gar keine Willkommenskultur in der gesamten Integrations- und Ausländerpolitik, die wir bisher gehabt haben. Das Einzige, was wir bisher machen, ist eher eine Ausgrenzungspolitik. Bevor wir also über eine neue Willkommenskultur reden, sollten wir uns darauf einigen, überhaupt mit einer Willkommenskultur anzufangen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Meine Zeit ist leider gleich schon fast abgelaufen. Zu diesem Thema gehört auch das **kommunale Wahlrecht**. Es kann nicht angehen, dass wir über 150.000 Menschen mit Migrationshintergrund haben, die bei Kommunalwahlen nicht mitentscheiden können. Wir werden in dieser Tagung - am Donnerstag - im Rahmen des Tagesordnungspunkts 22 über **Bürgerrechte** diskutieren. Es geht nämlich noch viel weiter. Wir werden in diesem Land die Bürgerrechte stärken. Hat sich irgendjemand einmal Gedanken darüber gemacht, dass bei Volksentscheiden genau diese Menschen, die teilweise hier geboren sind oder auch hier schon seit 30 oder 40 Jahren leben, nicht mitentscheiden dürfen, weil sie kein Wahlrecht haben? Es geht viel weiter. Wir dürfen nicht haltmachen bei den Aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen. Eine Willkommenskultur beinhaltet viel mehr.

Das einzige Projekt, das ich zurzeit bundesweit kenne, ist die **Einbürgerungskampagne** des Ersten

(Serpil Midyatli)

Bürgermeisters Olaf Scholz in Hamburg. Er persönlich schreibt jeden Monat 4.000 Briefe an Menschen mit Migrationshintergrund, die noch keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, und lädt sie persönlich ein, sich einbürgern zu lassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er schreibt Sie persönlich an? Das halte ich für ein Gerücht!)

Ich denke, das ist das erste Mal, bei dem jemand auf diejenigen mit Migrationshintergrund und ohne deutschen Pass zugeht und sie zu etwas einlädt. Sonst, wenn Migranten von einer Behörde einen Brief bekommen, sind da eher Aufforderungen, was sie alles machen müssen, was noch alles fehlt und welche Defizite sie noch haben, aufgelistet. Das ist wirklich einmal ein Ansatz, der relativ erfolgreich ist. Lieber Torsten Albig, vielleicht ist das etwas Nachahmenswertes. Ich würde mich sehr freuen.

(Zuruf)

- 4.000? Du schaffst auch 6.000, davon bin ich fest überzeugt.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wie gesagt, wir haben noch viel zu tun in diesem Bereich. Ich lade Sie, liebe PIRATEN, herzlich ein - das war ein Angebot, das ich dem Kollegen König auch schon gemacht habe -, mit uns gemeinsam hier voranzuschreiten und sich für die Sache einzusetzen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und recht herzlich beim Landtagspräsidenten, der meine Zeit wirklich sehr großzügig gemessen hat. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW - Olaf Schulze [SPD]: Sag das nicht so laut!)

Präsident Klaus Schlie:

Es gilt das alte Sprichwort: Schweigen ist Gold.

(Heiterkeit - Zuruf Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD])

- Bezogen auf den letzten Satz, verehrte Frau Abgeordnete, sonst natürlich nicht.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Vorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Schlie, ich hoffe, ich muss das jetzt nicht persönlich nehmen.

Präsident Klaus Schlie:

Nein.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, zu der Angemessenheit der Aktuellen Stunde und dazu, ob das Thema aktuell ist, ist genug gesagt worden. Das erspare ich mir.

Das Thema Willkommenskultur und das Thema Bleiberecht ist ein grundsätzliches. Ich finde es schon wichtig und gut, das zu diskutieren. Insofern bin ich als migrationspolitische Sprecherin auch froh über das Thema. Aber ich hätte es mir eher in Form eines Antrags gewünscht als in Form einer Aktuellen Stunde, weil es - wie gesagt - nicht aktuell ist, sondern dauerhaft dringlich und wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Wir haben seit 2005 ein **Zuwanderungsgesetz**, aber das Signal, das davon ausgehen sollte, nämlich dass Deutschland ein **Einwanderungsland** ist, dieses Signal ist bisher in der Gesellschaft, zum Teil in der Verwaltung und auch in den gesetzlichen Regelungen, noch nicht genügend angekommen. Deshalb haben wir auch immer wieder Fälle, wie den der Familie Chafi, die heute hier ist, bei der die Rechtslage anscheinend anders ist als der Menschenverstand und die Menschen, die darum herum leben, es einschätzen würden, die sagen, das sei völlig unlogisch und könne so nicht funktionieren.

Aber völlig unabhängig davon - da hat Serpil Midyatli völlig recht - geht es nicht um einen Einzelfall, sondern es geht generell darum, dass wir etwas im Bereich des Bleiberechts tun müssen. Allein das Wort **Duldung** zum Beispiel steht für mich in diametralem Gegensatz zum Thema **Willkommen**. Stellen Sie sich einmal vor, Sie seien irgendwo zu Gast und jemand sagt: Ja schön, ich habe dich jetzt hier geduldet oder ich dulde dich jetzt hier, und zwar auch über Jahre, und dann bist du immer noch Gast und immer noch kein Mitbewohner.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Viele Menschen können diesen Umgang mit hier voll integrierten Flüchtlingen nicht verstehen, und ich kann es auch nicht. Es ist ein gutes Zeichen,

(Eka von Kalben)

dass eine Zivilgesellschaft immer wieder Solidarität mit Flüchtlingen zeigt, und insbesondere, wenn es Schülerinnen und Schüler sind, die sich aktiv einsetzen, finde ich das begrüßenswert, und ich freue mich sehr darüber. Ich danke denen auch. Das macht Mut. Das macht gerade jetzt Mut - wir haben den aktuellen Antrag zurückgenommen -, wo wir uns wieder der schlimmen Anschläge, die auch auf Flüchtlinge passiert sind, erinnern, wo sich jetzt aktuell im November 2012 die Brandanschläge in Mölln zum zwanzigsten Mal jähren. Da macht die **Solidarität** von euch Schülerinnen und Schülern in Elmshorn Mut.

Was muss passieren? - Wir brauchen dringend **Bleiberechtsregelungen**, die auch Menschen mit einbeziehenden, die bei der Einreise ihre Identität verschwiegen oder falsch angegeben haben, weil es natürlich unterschiedliche Gründe gibt, warum man das tut. Entweder bekommt man Tipps, dass man so die Einreise besser realisieren kann, dass der Asylantrag durchgeht, es kann sein, dass man es macht, weil man Angst hat, dass die Familienangehörigen in den Heimatländern verfolgt werden, es kann auch sein, dass die Herkunftsländer die Identität falsch angeben oder es verhindern, dass man zurückreisen kann, weil die Flüchtlinge im Heimatland gar nicht gewünscht sind. Schlussendlich gibt es vielleicht auch Namensverwechslungen. Ich gebe meine Identität auch mit Eka von Kalben an, und viele wissen, dass ich einen anderen Vornamen habe.

(Zurufe)

Aber unabhängig davon, wie man die Fälle bewertet, unabhängig davon, ob ich die Identität bewusst schuldhaft oder nicht schuldhaft verschwiegen habe: Die Bleiberechtsregelungen sollen gerade den Menschen, die hier integriert sind, einen Schutz unabhängig von dem geben, was im Heimatland vorgefallen ist.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Insofern kommt es darauf nicht an. Insofern brauchen wir die Gesetzesänderungen, und wir bringen sie auch auf den Weg.

Das, liebe Angelika, ist etwas, was hier falsch rüberkommt, wenn es so aussieht, als sei das ganze Haus völlig desinteressiert und würde nichts tun. Wir tun etwas, und ich weiß, dass der Innenminister, mit dem wir viele Gespräche geführt haben, auch im Einzelfall sehr viel tut und schon schon getan hat, auch konkret. Deswegen entsteht hier der falsche Eindruck, wir wollten nichts machen. Wir

wollen, dass Menschen hierbleiben können, die sich hier integriert haben - trotz eingeschränkter Aufenthaltserlaubnis, trotz eingeschränkter Arbeitserlaubnis, obwohl sie keinen Zugang zu Deutschkursen haben. Viele haben Schwierigkeiten beim Schulbesuch oder bei der Berufsausbildung. Trotz Altersdiskriminierung und Angst vor Übergriffen integrieren sich Familien hier. Ich finde, sie müssen hierbleiben. Das ist eine Frage der Humanität, und - ich hoffe, das ist nicht unparlamentarisch - es wäre auch dumm, wenn wir es anders täten. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Alterspräsident dieses Landtags lernt man doch immer wieder etwas Neues hinzu. Damit keine falschen Eindrücke entstehen, will ich kurz für die, die es noch nicht wissen - wahrscheinlich die PIRATEN ja auch nicht -, das Prinzip der **Aktuellen Stunde** erklären. Die Aktuelle Stunde dient dazu, dass wir uns mit Themen beschäftigen, die nach Ablauf der normalen Anmeldefrist von Anträgen für die Plenartagung das Licht der Öffentlichkeit erblicken und so wichtig sind, dass sich der Landtag damit zu beschäftigen gedenkt.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

- Frau Beer, das Prinzip der Aktuellen Stunde besteht unter anderem auch darin, dass daraus nichts folgt: keine Anträge und keine Beschlüsse. Außer, dass wir miteinander geredet haben, folgt erst einmal gar nichts. Das, was ich von Ihnen hätte erwarten können - als zwar neue Parlamentarierin, aber lange genug dabei -, wäre, wenn es Ihnen denn um ein Einzelschicksal geht, was noch nie in einem Plenum so behandelt worden ist - das ist auch ein Novum, dass wir uns über Einzelschicksale in dieser Form öffentlich austauschen -, dass Sie dann wenigstens einen Antrag stellen, damit sich das Plenum dazu verhalten kann,

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

oder aber, was viel wichtiger gewesen wäre, dass Sie das wenigstens im Innen- und Rechtsausschuss als Tagesordnungspunkt angemeldet hätten. Denn das ist das Gremium, welches sich auch den Einzel-

(Wolfgang Kubicki)

fall angucken kann und dem Innenminister gelegentlich auch Empfehlungen geben kann, von denen ich glaube, dass er sie beherzigen wird.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie wir aber gemerkt haben, ging es Ihnen gar nicht darum. Es ging Ihnen darum, sich auf dem Rücken dieser Familie zu profilieren. Das ist schäbig.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich lerne mittlerweile auch zum wiederholten Mal, dass das Prinzip der Unwahrheit zum Kommunikationsprinzip der PIRATEN wird. Ich erläutere es kurz. Ihr Pressesprecher twittert, während Sie Ihre Rede halten: Die FDP (Garg) versucht, die Rede von PIRATEN-Beer für Familie Chafi zu verhindern - peinlich. - Niemand hat hier versucht, Ihre Rede zu verhindern. Das Einzige, was wir versucht haben, ist, Sie daran zu erinnern, dass Absprachen, die mit Ihnen, Ihrem Fraktionsvorsitzenden oder Ihrem Geschäftsführer getroffen werden, entweder gelten oder es keinen Sinn mehr macht, mit Ihnen Absprachen zu treffen, weil Sie sich nicht daran halten wollen.

(Beifall FDP, CDU und SPD)

Nun zur Sache: Ich bin stolz darauf - die Grünen wissen das -, dass, seitdem ich diesem Haus angehöre, seit über 20 Jahren, die Flüchtlingspolitik einen hohen Stellenwert hat und wir uns parteiübergreifend, einschließlich Union, was nicht überall der Fall ist, immer bemüht haben, im Rahmen des rechtlich Möglichen so „ermessensausgedehnt“ wie möglich im **Einzelfall** Hilfe zu leisten.

Wir haben die **Härtefallkommission** geschaffen. Die gibt es nicht überall. Sie ist ja auch schon ein Gremium, das dem Innenminister Dinge nahelegt, die die Behörden normalerweise so nicht tätigen würden. Genauso wie wir Anspruch darauf erheben, dass die Behörden willkürfrei in die eine Richtung entscheiden, müssen wir auch darauf bestehen, dass es eine Willkürfreiheit in die andere Richtung gibt. Wer glaubt, mit politischen Akklamationen Recht aus den Angeln heben zu können, der hat den Rechtsstaat nicht verstanden.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Das ist ein wesentliches Problem, das Sie haben: Sie haben den Rechtsstaat nicht verstanden. Ich bin sicher, dass der Familie geholfen wird, weil ich gelesen habe, dass sie jetzt auch anwaltlich gut vertre-

ten wird, das heißt in ordentlichen Händen ist. Mein Glaube an den Rechtsstaat ist nach wie vor ungebrochen. Der Familie wird geholfen werden können.

Eins muss aber auch für Sie gelten, und daran arbeiten wir: Wenn wir das Recht nicht mehr für ausreichend halten, müssen wir es ändern. Ich bin stolz darauf, dass die Novellierung des 25 Jahre alten **Aufenthaltsgesetzes** von Schleswig-Holstein ausgegangen ist.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin nach wie vor stolz darauf, dass wir gegen Widerstände - auch auf Bundesebene - daran arbeiten, das noch weiter zu novellieren, noch weiter zu verbessern, weil wir selbstverständlich in einer Situation, in der wir einen demografischen Wandel haben, in der wir händeringend nach guten Leuten suchen, die - gut ausgebildet - uns dabei helfen können, unsere Probleme zu bewältigen - Frau von Kalben hat es doch gesagt -, mit Dummheit und Schwachsinn gepudert wären, wenn wir integrierte, gut ausgebildete junge Menschen des Landes verweisen, nur weil formale oder andere Dinge nicht eingehalten worden sind. Dann wären wir doch dumm.

(Beifall)

Also, Frau Beer und PIRATEN, verzichten Sie demnächst auf solche Showanträge! Arbeiten Sie mit uns sehr solide und konzentriert daran, die rechtlichen Rahmendaten zu ändern! Wir nehmen die Appelle selbstverständlich auf. Die haben wir früher schon wahrgenommen und aufgenommen. Alles, was in diesem Land möglich ist, wird gemacht, mit Unterstützung aller dieses Parlaments noch beflügelnden Parteien - ich will nicht sagen die Regierung unterstützenden Parteien; das machen wir ja gelegentlich nicht, aber in dieser Frage gibt es schon vorher einen Konsens, auch mit der alten Regierung gab es einen Konsens. Lassen Sie uns daran arbeiten, dass er nicht durch solche Beiträge kaputtgemacht wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für den SSW spricht deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer Feststellung beginnen, die für mich ganz, ganz wichtig ist, nämlich dass die **Härtefallkommission** - jedenfalls nach meiner Auffassung und nach meiner Erfahrung, die ich in den letzten Jahren gesammelt habe - sehr verantwortungsvoll arbeitet. Man kann nicht davon sprechen, dass gerade in Schleswig-Holstein diese Kommission restriktiv tätig wäre, sondern im Gegensatz zu anderen Bundesländern zeigt sich auch in der Arbeit der Härtefallkommission, dass wir ein offenes Bundesland sind. Trotz irgendwelcher Einzelfälle, die manche im Parlament diskutieren wollen, stellt mich das doch sehr zufrieden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns abstrakt und allgemein über **Härtefälle** unterhalten, dann gibt es humanitäre oder persönliche Gründe, die dazu führen können, dass der Ausländer hierbleiben kann. So steht es im **Gesetz**. Das wird bei uns sehr weit ausgelegt. Das ist auch gut so. Wir haben allerdings mit dieser **Formulierung** das Problem, dass sich diese Formulierung immer nur auf **Einzelpersonen** bezieht. Diese Formulierung führt dazu, dass in der Tat auch **Familienmitglieder** unterschiedlich behandelt werden, weil sie eben als Einzelpersonen angesehen werden. Insofern macht es Sinn, einmal darüber nachzudenken - und das deckt sich auch mit den Äußerungen anderer Redner vor mir -, dass man auf die Integrationsleistung im Allgemeinen abstellt, auch einer Familie, und schaut, wie die Familie in Deutschland angekommen ist. Wenn es funktioniert hat, sollte man nicht nur die Einzelfallbetrachtung machen, sondern dann möglicherweise auch das Integrationswerk der gesamten Familie betrachten. Das könnte dann dazu beitragen, dass wir leichter vernünftige Lösungen finden.

Trotzdem brauchen wir in diesem Bereich eine vernünftige **Bleiberechtslösung**. Wir sind natürlich auf einem richtigen Weg in Deutschland, dennoch hat Eka von Kalben recht, dass wir natürlich diese Bleiberechtsregelung ausweiten müssen. Es ist wirklich idiotisch, dass man versucht, Menschen hierher zu bekommen, damit sie bei uns Arbeit finden, ganz bestimmte Menschen, aber die Menschen, die schon da sind, dann eben nicht arbeiten lässt oder ihnen sogar eine Integration verwehrt. Das ist völlig unsinnig.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Das ist für die Leute schlecht, aber auch - falls dieses Argument nicht zählt - teuer. Vielleicht hilft ja dieses Argument bei dem einen oder anderen.

Das Zweite, was auch ganz wichtig ist, wenn wir über Willkommenskultur reden, ist, dass wir Menschen hier aufnehmen, die in Not sind. Wir haben in den **Wintermonaten** zum Beispiel immer ansteigende Asylbewerberzahlen, weil dieses Instrument genutzt wird, um im wahrsten Sinne des Wortes dem kalten Winter im Osten zu entfliehen. Es ist auch in Ordnung, dass wir dann sagen, wir versuchen, den Menschen so gut wie möglich zu helfen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Eindruck ist, das wird auch getan. Der Innenminister, das Innenministerium, die Mitarbeiter dort tun alles dafür, dass hier dann auch wirklich Humanität greift. Dafür danke ich dem Innenminister ganz herzlich.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ein dritter Punkt. Wenn wir über Asylbewerber reden, dann reden wir auch über das **Asylbewerberleistungsgesetz**. Es ist gut, dass dieses Leistungsgesetz hoffentlich irgendwann einmal abgeschafft wird und dass Menschen, wenn es um das Existenzminimum geht, gleichbehandelt werden, egal ob sie Deutsche sind oder eine andere Staatsbürgerschaft haben. Für mich bedeutet Existenzminimum eine Absicherung, dass die Menschen gleich sind. Es ist mir egal, wo die Menschen herkommen. Wir müssen sehen, dass diese Menschen entsprechende Leistungen hier in unserem Staat bekommen, damit ihre Existenz bei uns im Staat gesichert ist. Dabei kommt es nicht darauf an, wo sie herkommen, sondern nur darauf, dass ihnen geholfen wird und ihre Existenz gesichert wird.

Ein vierter Punkt ist und bleibt, dass wir natürlich gucken müssen, dass sich diese **Willkommenskultur** auch in unserer eigenen **Verwaltung** ausdrückt.

(Beifall PIRATEN)

Das bedeutet dann auch, dass wir versuchen müssen - und nicht nur darüber reden -, möglichst viele Menschen mit Migrationshintergrund, gleich, wo sie herkommen, in die Verwaltung zu integrieren. Das bedeutet dann eben auch, dass man bei Bewerbungsverfahren nicht nur sagt, ihr dürft mal irgendwo auf einen Zettel schreiben, dass ihr auch noch woanders herkommt, dass ihr Erfahrung habt, dass ihr möglicherweise zwei- oder dreisprachig seid, sondern dass man das dann auch als hartes Kriteri-

(Lars Harms)

um im **Bewerbersauswahlverfahren** nutzt. Nur dann kriegen wir es hin, dass wir dieses Ziel entsprechend erreichen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ein letzter Punkt. Eigentlich ist es manchmal sehr einfach, und ich finde die Idee gut, die die Hamburger gehabt haben, dass sie sagen, wir schreiben einfach einmal alle an, die formal die Kriterien erfüllen, Deutscher zu werden: Wir bitten sie, sich doch einmal Gedanken darüber zu machen, ob sie nicht Lust hätten, deutscher Staatsbürger mit allen Rechten werden zu wollen, und damit dann auch innerhalb ihrer jeweiligen Gruppe deutlich zu machen, Integration funktioniert. Damit würden wir auch durch unser eigenes Handeln deutlich machen, dass wir die Leute einladen, Deutsche zu werden. Wir würden auf die Leute zugehen und nicht immer nur sagen, Ausländer komm her, du musst dich integrieren. Wir als Staat würden zeigen, wir wollen auch auf dich zugehen, lieber Mensch aus dem Ausland, weil wir auch dir die Gelegenheit geben wollen, hier integriert zu werden.

Dieser eigentlich einfache Schritt, die Menschen, die diese Kriterien erfüllen, einmal anzuschreiben, ist etwas, was man relativ schnell umsetzen könnte. Das sollte man auch relativ schnell umsetzen, denn ich glaube, das könnte ein Zeichen in die jeweiligen Gemeinschaften hinein sein, dass wir es mit unserer Willkommenskultur ernst meinen. Eine Willkommenskultur funktioniert für mich immer am besten dann, wenn sich die Leute wirklich willkommen fühlen und sagen, wir wollen ein Teil dieser Gemeinschaft sein, wir wollen Deutsche werden. Insofern würde ich mich freuen, wenn relativ schnell möglichst viele Briefe an unsere ausländischen Mitbürger hinausgehen könnten, um sie einzuladen, noch einen Schritt weiter zu gehen und Deutsche zu werden. Das können wir als Land Schleswig-Holstein relativ schnell leisten, und damit wäre ein erster wichtiger Schritt getan. Das ist aus meiner Sicht auch wesentlich sinnvoller, als alle Einzelfälle hier im Parlament zu behandeln, nämlich auf alle Ausländer zuzugehen.

Ich würde mich freuen, wenn man nach drei, vier oder fünf Jahren sagen könnte, soundso viele tausend Menschen sind jetzt neue Deutsche geworden. Das wäre ein riesiger Beitrag zur Integration, und das würde mich persönlich sehr freuen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass sich in der Debatte hier inhaltlich doch eine so deutliche Übereinstimmung herausgestellt hat, was die Notwendigkeit betrifft, gesetzgeberisch tätig zu werden, aber eben auch praktisch, zum Beispiel durch den Vorschlag, Personen anzuschreiben, die in Betracht kommen, deutsche Staatsbürger zu werden.

Es freut mich auch sehr, dass wir uns darüber einig waren, dass wir dieses Thema als Aktuelle Stunde behandeln wollen. Wir haben gesagt, das ist ein aktuelles Thema. Es gibt nichts Aktuelleres als eine in der Öffentlichkeit diskutierte drohende Abschiebung. Das gibt uns auch Anlass, die generelle Bleiberechtsproblematik erneut zu erörtern. An der Stelle möchte ich in Erinnerung rufen, dass es nicht nur um die **Gesetzgebung** bei uns geht, sondern auch um die Anwendung der bestehenden Gesetze und darum, ob sich dieser Anspruch, eine neue Willkommenskultur zu schaffen, auch in der **Verwaltungspraxis** und in der Anwendung der Gesetze, wenn es um Duldung und um Härtefälle geht, widerspiegelt.

Weil wir darüber streiten, ob das der Familie hilft, möchte ich sie gern persönlich fragen, ob sie meint, dass ihnen das hilft. - Ich glaube, dass sie heute gekommen und persönlich anwesend sind, zeigt sehr deutlich, dass sie durchaus dieser Meinung sind.

Man braucht in der öffentlichen Debatte eben oft einen **Einzelfall** wie diesen, der so **exemplarisch** ist, wo wirklich das gesamte Umfeld hinter den Betroffenen steht und wo es auch - wie Sie schon richtig sagten - im Grunde keiner verstehen kann, warum solche Personen Deutschland verlassen müssen, um etwas anzustoßen, um eine Änderung der Praxis sowohl von Gesetzes wegen als auch vom Verwaltungsvollzug her anzustoßen.

Deshalb freut es mich, dass wir alle an dem Punkt Handlungsbedarf sehen. Wir nehmen sehr gern die Angebote an, hier gemeinsam weiter voranzukommen, aber auch die hilfreichen Ratschläge, wie man das verfahrenstechnisch noch anders behandeln könnte. Für diese Ratschläge bedanke ich mich. Ich hoffe, dass von den Fortschritten, die wir hier anstreben, auch alle Personen individuell profitieren werden, die ganz konkret betroffen sind.

(Dr. Patrick Breyer)

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat Herr Innenminister Andreas Breitner.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte eine Rede zur **Willkommenskultur in Schleswig-Holstein** vorbereitet. Ich habe jetzt aber gespürt, dass es um dieses Thema heute nicht geht, sondern um einen **Einzelfall**. Deshalb werde ich die Rede heute nicht halten, sondern möchte - allerdings auch in allgemeiner Form - auf das eingehen, was die Fraktion der PIRATEN heute beantragt hat.

Sehr geehrte Frau Beer - und nach Ihren Ausführungen, Herr Dr. Breyer, möchte ich Sie mit einbeziehen -, Sie machen es mir und allen, die sich sehr ernsthaft und sorgfältig Gedanken darüber machen und Strategien dazu entwickeln, wie wir auch in Einzelfällen helfen können, sehr, sehr schwer. Das gilt vor allem für dieses Verfahren, das wir nicht selber in der Hand haben, sondern in dem wir auf andere angewiesen sind.

Frau Abgeordnete, ich zitiere: Sie „wollen die Gelegenheit nutzen“. Für zukünftige Fälle, die wir in diesem Haus gemeinsam bewältigen müssen, kann ich Ihnen nur raten, widerstehen Sie diesem Reflex, die Gelegenheit nutzen zu wollen. Ich möchte Ihr Engagement für Flüchtlinge und auch zukünftig Sie als Gesprächspartnerin ernst nehmen, und ich bitte Sie daher im Interesse der Betroffenen, deren Schicksal im Stillen positiv zu bewegen.

(Beifall SPD, CDU, FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erlaube mir noch zwei Richtigstellungen, da ich mir am Anfang Ihrer Rede so ein klein wenig wie auf der Anklagebank vorkam. Mitnichten unterstützen wir als Landesregierung **Bundesinnenminister Friedrich** in seinen Vorstellungen, die er entwickelt hat, um dem Phänomen der in größerer Anzahl nach Deutschland flüchtenden Roma Herr zu werden. Ich habe im Innen- und Rechtsausschuss am 24. Oktober 2012 - auch im Beisein Ihrer Fraktionskollegen - ausführlich dazu Stellung genommen und sehr dezidiert dargelegt, warum die einzelnen Maßnahmen, die Herr Friedrich da vorgeschlagen hat, aus unserer Sicht ungeeignet sind. Das gilt für alle bis auf eine einzige Maßnahme, das wäre die, die er selbst erfüllen kann, nämlich endlich sein **Bundesamt** personell so auszustatten - auch in

Schleswig-Holstein -, dass wir in den Verfahren schneller vorangehen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und als Zweites: Ich habe mich dem **Gesprächswunsch der Schülerversretung** keinesfalls verwehrt, sondern im Gegenteil mit ihr Kontakt gesucht. Ich wollte die Unterschriften entgegennehmen, bin nur heute überrascht darüber, dass das am Rande der Landtagssitzung stattfinden soll. Aber ich nehme natürlich auch hier gern die Unterschriften entgegen.

(Beifall PIRATEN)

Ich gehöre aber auch zu denjenigen, die den Schülerinnen und Schülern dann sagen werden, dass ich die Unterschriften weiterleiten werde beziehungsweise dass ich zumindest mit dem Bundesinnenminister darüber sprechen werde. Denn es wird der falsche Eindruck erweckt, wir seien hier allein verantwortlich, vor allem, wir hätten es in der Hand, das Schicksal der Familie Chafi hier positiv zu verändern. Das haben wir eben nicht in der Hand. Ich finde, hier wird heute ein sehr schlechter und falscher Eindruck erweckt. In dieser Einschätzung schließe ich mich Frau Damerow uneingeschränkt an.

Jeder, der - aus welchem Grund auch immer - nach Schleswig-Holstein flüchtet, hat dazu ein Recht. Nach geltendem Recht darf nur nicht jeder hierbleiben. Wir wollen eine **humane und liberale Flüchtlingspolitik**. Ich finde, das, was diese Regierung an Initiativen in den vergangenen Wochen und Monaten ergriffen hat, kann sich durchaus sehen lassen. Ich denke dabei zum Thema Bleiberecht an unsere Initiative im Bundesrat und daran, dass wir über die Unterkunftsstandards mit den Kommunen diskutieren. Wir haben auch eine Bundesratsinitiative - inzwischen unterstützt von Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen - zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes gestartet. Das kann sich doch wirklich sehen lassen, und das ist alles andere als geeignet, uns hier auf die Anklagebank zu setzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Als Letztes. Wir achten und schätzen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein und heißen diese hier in unserem Land willkommen. Diese Landesregierung steht für eine humane Flüchtlingspolitik. - Herzlichen Dank.

(Minister Andreas Breitner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Barbara Ostmeier [CDU], Anita Klahn [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich begrüße auf der Tribüne Jan Diedrichsen vom Bund Deutscher Nordschleswiger in seiner Funktion als Generalsekretär der FUEV, dem Dachverband der Minderheiten. Dort sitzt ebenfalls unser ehemaliger Kollege Andreas Beran. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11, 12 und 56 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 18/220](#)

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2013

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 18/221](#)

c) Finanzplan Schleswig-Holstein 2012 - 2016

Finanzplan Fortschreibung 2017 - 2022

Bericht der Landesregierung zum Abbau der strukturellen Verschuldung gemäß Artikel 59 a Landesverfassung

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/315](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung zum Haushalt und erteile der Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt heute ihren ersten Haushaltsentwurf und die Finanzplanung bis 2022 vor. Das ist ein guter Tag für Schleswig-Holstein, denn wir halten die Schuldenbremse ein und zeigen gleichzeitig Perspektiven für unser Land auf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Land der Energiewende, Gesundheits- und Tourismusland, Bildungsland und Wissenschaftsstandort, Land innovativer Betriebe - Schleswig-Holstein hat unglaublich viel Potenzial.

Die Einhaltung der **Schuldenbremse** ist für uns eine selbstverständliche Pflichtübung. Die Kür und somit die eigentliche Herausforderung besteht darin, innerhalb des eng gesteckten Rahmens die Stärken Schleswig-Holsteins zu erkennen, in die Hand zu nehmen und damit eine gute Zukunft zu bauen. Das ist die Philosophie der rot-grün-blauen Landesregierung. Das ist die Grundlage, auf der wir unser Zahlenwerk erarbeitet haben. In großer Solidarität haben alle Häuser zur Finanzierung der **Schwerpunkte Bildung und Klimaschutz** beigetragen.

Als Haushaltskonsolidierungsland stehen wir unter strenger Kontrolle des **Stabilitätsrates**. Ich freue mich, dass es uns bereits nach kurzer Zeit gelungen ist, vom Stabilitätsrat das Vertrauen in den Konsolidierungswillen der neuen Landesregierung bestätigt zu bekommen. Damit ist absehbar, dass das Land auch zukünftig Jahr für Jahr 80 Millionen € **Konsolidierungshilfen** erhält, ein Solidarbeitrag von Bund und Ländern, der uns beim Abbau des strukturellen Defizits unterstützt.

Auf diesem Abbaupfad spielen konjunkturell bedingte **Steuerschwankungen** keine Rolle mehr. Wir planen mit **Trendsteuereinnahmen**. Der alten Gewohnheit, steuerbedingte Einmaleffekte sofort zu verfrühstücken, wurde ein Riegel vorgeschoben. Das ist auch gut so. Folge ist, dass die Steuermehreinnahmen 2012 in die Reduzierung der Verschuldung fließen. Für die Finanzplanung wirkt sich die Steuerschätzung nicht auf die Ausgabehöhe, wohl aber auf die Höhe der Neuverschuldung aus. Das sieht man exemplarisch am Haushalt 2012, der aufgrund der guten Konjunktur im Abschluss ausgesprochen erfreulich sein wird.

Meine Damen und Herren, im **Haushaltsentwurf 2013** steigen die bereinigten Ausgaben auf 9,656 Milliarden €. Die bereinigten Einnahmen steigen auf 9,236 Milliarden €. Die Nettokreditauf-

(Ministerin Monika Heinold)

nahme beträgt somit 420 Millionen €. Nach den Berechnungen der Landesmethode darf das strukturelle Defizit in 2013 780 Millionen € betragen. Spitz gerechnet landen wir bei 730 Millionen €. Wir benutzen den verbleibenden Spielraum von 50 Millionen € für ein Programm, das die **strukturelle Haushaltsbelastung** in den kommenden Jahren verringert. **PROFI** ist unser Programm für vorsorgende Finanzpolitik. Wir nehmen heute investive Mittel in die Hand, um zukünftig konsumtive Ausgaben zu begrenzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nach den Berechnungen der Bundesmethode bleiben wir sogar rund 560 Millionen € unter dem erlaubten strukturellen Defizit der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund. Egal, wie man es rechnet, der Puffer, um am Jahresende sicher in den Zielhaften einzulaufen, ist groß.

Meine Damen und Herren, die Herausforderung für die nächsten Jahre liegt im **Abbau des strukturellen Defizits**. 2020 - wir wissen es - muss es bei null liegen. Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung Kurs hält, dass wir daran festhalten, bis 2020 5.300 Stellen abzubauen. In den Jahren 2011 bis 2013 werden es bereits 987 abgebaute Stellen sein. Stellen, die wir nicht - wie von Schwarz-Gelb geplant - im Schulbereich kürzen, müssen und werden wir auf die anderen Häuser verteilen. Das ist nicht schön, aber notwendig, wenn man sich dafür entschieden hat, Prioritäten zu setzen.

Zusätzlich zum **Personalabbau** muss bis 2016 eine Lücke von circa 300 Millionen € in der **Finanzplanung** geschlossen werden - eine große Kraftanstrengung. Dafür wird die Landesregierung ein belastbares Konzept erarbeiten. Wir werden uns die Zeit nehmen, die wir brauchen. Denn eines wollen wir nicht: mit unausgegorenen Konzepten gegen die Wand laufen. Davon hatte unser Land schon genug. Ich erinnere nur an das Desaster um die Uni Lübeck.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Gute Vorbereitung heißt für die Landesregierung: Wir suchen den Dialog mit den Menschen, prüfen strukturell wirkende Einnahmeverbesserungen, Verwaltungseffizienz, Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern und natürlich Ausgabekürzungen. Auch die Opposition muss liefern und darf sich nicht in der Chill-out-Area verkriechen.

Die Schuldenbremse setzt den Rahmen. Mit dem heutigen Tag ist der Wettbewerb um das beste Konzept eröffnet.

(Christopher Vogt [FDP]: Das können wir nicht verbessern, Frau Heinold! Das ist doch unmöglich!)

Das strukturelle Defizit des Landes ist über Jahrzehnte aufgebaut worden. Auch aktuelle Entscheidungen tragen dazu bei, dass es neue Belastungen für den Landeshaushalt gibt. So führt der vom Bund beschlossene **Rechtsanspruch** auf einen **Betreuungsplatz** zu einer erheblichen Kostensteigerung. Die Landesregierung hat sich entschieden, die Rechnung nicht einfach an die Kommunen weiterzureichen. Wir unterstützen die Kommunen mit 15 Millionen € in 2013, aufwachsend auf 80 Millionen € in 2017, zusätzlich zu den eingeplanten Mitteln von 46,9 Millionen € für die U-3-Kinder und 70 Millionen € für weitere Betriebskosten der Kindertagesstätten. Für den Landeshaushalt ist das eine große Herausforderung, für die Kommunen eine große Unterstützung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Außerdem befreit die rot-grün-blaue Koalition die Kommunen aus der Zwangsjacke des alten **Haushaltskonsolidierungsgesetzes**. Bei uns heißt es jetzt: „Wer will, bekommt Hilfe!“ 15 Millionen € stehen dafür jährlich bereit.

Meine Damen und Herren, nicht nur die Kommunen, sondern auch **Bildung, Klimaschutz** und **soziale Gerechtigkeit** stehen im Mittelpunkt unserer Finanzplanung. Wir nehmen die Kürzung von 300 Lehrerstellen zurück, wir stärken die Schulen in freier Trägerschaft, wir tragen die Tarifsteigerungen der Hochschulen. Denn Rot-Grün-Blau hat erkannt: Mit guter Bildung für alle legen wir den Grundstein für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir stocken das Landesblindengeld auf, wir erhöhen den Haushaltsansatz für das Freiwillige Soziale Jahr, wir schaffen Ausbildungsplätze in der Altenpflege. Denn Rot-Grün-Blau weiß: Sozialpolitik ist kein Sahnehäubchen, sondern das Schwarzbrot unseres Sozialstaates.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir führen die Beibehaltungsprämie beim ökologischen Landbau wieder ein, fördern die Energiewen-

(Ministerin Monika Heinold)

de, schaffen 39 neue Plätze im Freiwilligen Ökologischen Jahr. Denn Rot-Grün-Blau handelt nachhaltig: Umwelt und Naturschutz sind keine Textbausteine für Sonntagsreden, sondern zwingende Notwendigkeiten zur Erreichung des Klimaschutzziels.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir stellen die Wirtschaftsförderung um, konzentrieren uns auf nachhaltige Wertschöpfung, wir modernisieren den Tourismusstandort Schleswig-Holstein, wir begegnen der demografischen Herausforderung des Fachkräftemangels mit wirksamen Maßnahmen. Denn Rot-Grün-Blau hat erkannt, dass Innovation und Nachhaltigkeit Grundlage einer modernen Wirtschaftspolitik sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir fördern die Schulen der dänischen Minderheit mit 100 %, wir werden die Zuschüsse für die dänische und die friesische Minderheit sowie für die Sinti und Roma über die Nachschiebeliste wieder erhöhen, gleichzeitig werden wir die Kürzungen beim Bund Deutscher Nordschleswiger zurücknehmen und einen Zuwendungsvertrag schließen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Denn Rot-Grün-Blau hält das Versprechen, mit der Diskriminierung der Minderheiten Schluss zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Rot-Grün-Blau macht manches anders und vieles besser.

Die Kürzung der Mittel für Migrationsberatungsstellen wird zurückgenommen, die Bekämpfung des Rechtsextremismus wird durch den Aufbau zusätzlicher regionaler Kompetenzzentren verstärkt, die Bedeutung der Kultur wird finanziell unterstrichen.

Frauenhäuser und Beratungsstellen werden wieder gestärkt. Die Breitbandversorgung wird vorangetrieben. Die festgefahrenen Verhandlungen mit Hamburg für ein gemeinsames Konzept und die Durchführung der Sicherungsverwahrung wurden erfolgreich abgeschlossen. Für die **innere Sicherheit** sowie für unsere stark belasteten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist eine stabile finanzielle Grundlage im Haushalt vorhanden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Solidität und Weitsicht, Planbarkeit und Verlässlichkeit, Vorsorge und Nachhaltigkeit sind Eckpfeiler dieser Landesregierung. Wir halten die Schuldenbremse ein, aber wir investieren auch. **Vorsorgende Finanzpolitik**, meine Damen und Herren, ist etwas anderes als das kurzfristige Zusammenstreichen von Haushaltstiteln. Vorsorgende Finanzpolitik braucht nicht nur die Rechenschieber, sondern vor allem Gestaltungswillen und Phantasie: deshalb auch PROFI, Herzstück unseres Haushaltes.

Unser Programm für vorsorgende Finanzpolitik schafft die Voraussetzung dafür, zukünftig Kosten einzusparen, und hilft dem Handwerk durch neue Aufträge. 35 Millionen € werden für energetische Sanierung in die Landesliegenschaften investiert. Gefördert werden Investitionen, die sich nachweisbar amortisieren und der Energiewende einen kräftigen Schub geben. Weitere 15 Millionen € stehen für Maßnahmen zur Verfügung, die beispielsweise durch den Einsatz energiesparender IT zu weiteren Effizienzsteigerungen führen. Vorreiter für PROFI ist der Sonderfonds für Hochschulsanierung; er ist bereits 2012 ein erster Baustein für **Energieeffizienz** und **Nachhaltigkeit**.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren ist der **gesellschaftliche Konsens** gewachsen, dass die **öffentlichen Haushalte konsolidiert** werden müssen. Nur Schwarz-Gelb hat das immer noch nicht begriffen. Ob Betreuungsgeld oder „Mövenpicksteuer“: CDU und FDP verprassen die Steuergelder in Milliardenhöhe:

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Geld, meine Damen und Herren, das Land und Kommunen an anderer Stelle bitter fehlt, um die notwendigen Aufgaben zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, die Schuldenbremse ist eine enorme **Herausforderung**. Die Hausaufgaben sind noch nicht gemacht; die auf uns zukommenden Aufgaben sind groß. Die Zinsen steigen von 970 Millionen € in 2013 auf 1,4 Milliarden € in 2020. Die Versorgungskosten steigen im selben Zeitraum von 1,18 Milliarden € auf 1,5 Milliarden €. Der Sanierungstau an unseren öffentlichen Gebäuden ist unübersehbar. Das defizitäre Universitätsklinikum ist eine große finanzielle Baustelle.

Eine weitere finanzielle Baustelle ist die Eingliederungshilfe. Hier ist der mit allen Beteiligten erfolgreich verhandelte Landesrahmenvertrag nicht nur ein qualitativer Gewinn, sondern auch ein wichtiger Baustein zur Dämpfung der absehbaren Kostensteigerungen.

(Ministerin Monika Heinold)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, das sind Aufgaben, die wir bei gleichzeitiger Reduzierung der strukturellen Verschuldung bewältigen müssen. Für die nächsten Jahre - genau wie für 2013 - heißt das, Prioritäten zu setzen. Wir müssen die Verwaltung modernisieren und die Ausgaben kürzen. Die Einnahmen müssen wir steigern. Deshalb arbeite ich gemeinsam mit anderen Landesfinanzministern an einem Konzept zur **Wiedereinführung der Vermögensteuer**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wer über die Finanzplanung diskutiert, muss sich auch mit der **HSH Nordbank** beschäftigen; denn das, was im Rettungspaket 2009 angelegt war, tritt jetzt ein. Wer eine Garantie gibt, kann nicht ausschließen, dass diese auch in Anspruch genommen wird. Seit letzter Woche gibt es eine erste Prognose über mögliche Verluste für Hamburg und Schleswig-Holstein: 1,3 Milliarden € in den Jahren 2019 bis 2025.

Ich sage ausdrücklich: Prognose ist Prognose. Die endgültige Höhe der Verluste ist genauso offen wie die Frage, wann genau diese eintreten. Klar ist nur eines: Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, welche **Folgen** das für unsere **Finanzplanung** haben kann. Dieses sollten wir gemeinsam tun. Dazu habe ich alle Fraktionen und den Landesrechnungshof für Anfang Januar 2013 zu einem Gespräch eingeladen. Den genauen Termin können wir gern noch beraten. Wenn es da bei Ihnen Probleme gibt, dann sind wir selbstverständlich bereit, gemeinsam einen anderen Termin zu suchen.

Die eigentlich zentrale Frage bei der HSH Nordbank ist aber eine andere: Wie kann es gelingen, die **Bank** aktuell zu **stabilisieren**? Meine Damen und Herren, die Landesregierung prüft mit Hochdruck gemeinsam mit Hamburg und mithilfe externer Berater alle Möglichkeiten: Wiederaufstockung der Garantie, Beteiligung privater Investoren, interne Maßnahmen der Bank und die Beteiligung des Bundes über den SoFFin.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Ich versichere Ihnen: Wir prüfen ohne Vorfestlegung und ohne Scheuklappen. Die Landesregierung ist bereit, erforderliche Entscheidungen zu treffen. Unser Kompass bei allen Entscheidungen heißt einzig und allein: Schutz des Landesvermögens.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, die Debatte um die HSH Nordbank überschattet die Haushaltsberatungen; aber sie darf keinesfalls dazu führen, dass wir nicht mehr über **Haushaltseckwerte** und **Prioritätensetzung** diskutieren. Im Gegenteil, gerade dann, wenn wir wissen, dass die Rettung der Bank zu Verlusten in zukünftigen Landeshaushalten führen kann, müssen wir uns umso intensiver um die wichtigen Anliegen der Bürger und Bürgerinnen in unserem Land kümmern. Das tut die rot-grün-blaue Landesregierung. Wir kümmern uns um das Land und seine Menschen. Wir setzen Schwerpunkte, und wir zeigen Perspektiven auf. In Schleswig-Holstein hat der Politikwechsel begonnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute über den soeben von der Finanzministerin für diese Regierungskoalition in erster Lesung vorgestellten Haushaltsentwurf. Damit reden wir natürlich auch über die Erfüllung von **Wahlversprechen** von SPD, Grünen und SSW.

Man kann nun, Herr Ministerpräsident, bei sehr genauem Hinhören Ihre Wahlversprechen nicht als allzu verbindlich ansehen. An irgendeiner Stelle Ihrer unzähligen Schachtelsätze haben Sie sich meistens immer noch eine Hintertür offengelassen. Ihr Haushaltsentwurf allerdings zeigt, dass Sie diese Hintertür wesentlich häufiger benutzen als den Haupteingang. Deswegen brechen Sie das zentrale Wahlversprechen ihrer Drei-Parteien-Koalition: Es werden nämlich all die großen Erwartungen, die Sie vom ersten Tag des Wahlkampfes an bei den Menschen geweckt haben, nicht erfüllt. Ihr heutiger Haushaltsentwurf bildet deshalb auf 1.890 Seiten unerfüllte Erwartungen ab.

Ich nenne ganz konkret zwei Beispiele. Der Kandidat für die Spitzenkandidatur der SPD wollte den Kommunen als **Rücknahme des Eingriffs in das FAG** 120 Millionen € zurückgeben. Der Spitzenkandidat wollte die 120 Millionen € zweckgebunden zurückgeben. Im Koalitionsvertrag haben Sie dann gesagt: 80 Millionen € schrittweise. Im Jahre 2013 sind gerade einmal 15 Millionen € davon übrig geblieben. Selbst diese 15 Millionen € für die Kommunen holt sich die Landesregierung durch ei-

(Johannes Callsen)

ne Kürzung bei der Grundsicherung in gleicher Höhe zurück.

Meine Damen und Herren, die von Ihnen geweckte Erwartung bei den Kommunen und bei den Menschen vor Ort war: 120 Millionen €. Sie geben ihnen null. Nun werfe ich Ihnen nicht vor, dass Sie kein Geld haben. Wir wissen alle um die Situation des Landeshaushalts; aber ich werfe ihnen vor, dass Sie in unverantwortlicher Weise Erwartungen geweckt haben, die Sie nicht erfüllen konnten.

(Beifall CDU und FDP)

Ein zweites plakatives Beispiel ist der **Naturschutz**. Auch das haben wir eben von der Finanzministerin gehört. Was haben Sie uns als Opposition vorgeworfen, was haben Sie auf uns eingedroschen, wie dramatisch haben Sie unsere Kürzung bezeichnet. Nun schauen wir uns einmal Ihren Haushaltsentwurf an: Die Mittel für den Naturschutz steigen um gerade einmal 0,1 %.

Noch einmal: Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie kein Geld haben, aber ich werfe Ihnen vor, dass Sie in unverantwortlicher Weise Erwartungen geweckt haben, die Sie nicht erfüllen können.

(Beifall CDU und FDP)

Sie haben den Menschen vorgegaukelt, auch in Zeiten der Schuldenbremse sei alles möglich: mehr Geld für Bildung, für Soziales, für die Kommunen und vieles mehr. Damals schon haben Sie gewusst, dass Sie all das kaum erfüllen können. Sonst, Herr Ministerpräsident, hätten Sie in das von Ihnen mit schönen Worten ausgemalte Haus nicht so viele Hintertüren eingebaut, die Sie jetzt nutzen.

Deshalb sorgt ein Blick in den Haushalt 2013 bei den allermeisten, die Ihnen geglaubt haben, für absolute Ernüchterung. Anstatt die knappen Landesmittel effizient dort einzusetzen, wo sie für die Menschen im ganzen Land einen Mehrwert bringen, bekommen diejenigen mehr Geld, die den Regierungsparteien am nächsten stehen. Ihre neuen Horizonte für Schleswig-Holstein sind auf wenige begrenzt.

Die **Schuldenbremse** halten Sie **formal** ein, auch wenn der Stabilitätsrat Ihnen wegen Ihrer schwammigen Darstellungen bereits die Gelbe Karte gezeigt hat.

Meine Damen und Herren, wir haben derzeit einen Höchststand der **Steuereinnahmen** von geschätzten 7,1 Milliarden € für das Jahr 2012. Zum Glück haben wir nach wie vor gute Prognosen für das kommende Jahr. Wir haben also wahrlich kein Ein-

nahmeproblem. Dennoch wollen Sie noch einmal 70 Millionen € zusätzlich zu dem, was wir geplant haben, an Schulden machen. Das versteht draußen wahrlich keiner,

(Beifall CDU)

denn diese 70 Millionen € müssen in den kommenden Jahren zusätzlich verzinst und getilgt werden. Sie verschieben damit das Erreichen der **Nettoneuverschuldung** von null, was die eine große Verantwortung ist, nach hinten, wo bisher unbekannte Ausgaberrisiken liegen. Unser aller Ziel muss aber sein, die Nettoneuverschuldung von null so früh wie möglich zu erreichen. Diese Landesregierung fordert heute vom Schleswig-Holsteinischen Landtag, Ihnen die Ermächtigung zu geben, neue Schulden in Höhe von knapp 420 Millionen € zu machen. Meine Damen und Herren, das ist mit der CDU in diesem Haus nicht zu machen.

(Beifall CDU und Wolfgang Kubicki [FDP])

Ihr erneutes Ankurbeln der Schuldenspirale macht politische Handlungsspielräume zunichte. Die Lasten, die wir nachfolgenden Generationen aufbürden, sind schon heute unverantwortlich. Deshalb ist es umso unverantwortlicher, wenn diese Regierung noch einmal höhere Schulden produzieren will. Ihre Behauptung, dass Sie mit neuen Schulden in die Zukunft der nächsten Generation investieren, ist falsch, denn diese Schulden sind schon lange keine Investition mehr in die Zukunft. Wer heute noch Schulden macht, der verbraucht Zukunft. Der nimmt den jungen Menschen dieses Landes und den ihnen nachkommenden Generationen alle Chancen zur eigenen Zukunftsgestaltung.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben den Menschen versprochen, mehr für **Bildung und Kultur** zu tun. Sieht man sich die Ausgaben für den Schulbereich im Bildungsministerium an, dann wird deutlich, dass die Ausgaben zwar um etwas mehr als 17 Millionen €, etwa 1,5 % der Ausgaben, gestiegen sind. Diese 1,5 % entsprechen allerdings lediglich Ihrer eigenen Zielvorgabe für den gesamten Landeshaushalt. Ich frage Sie deshalb: Wo bleibt bei diesen Zahlen Ihr selbst angekündigter Bildungsschwerpunkt?

Das Einzige, was Sie tun, ist eine medienwirksame **Umschichtung von Lehrerstellen**. In der August-Tagung des Landtags hat uns die Bildungsministerin erklärt, dass 180 der 300 Stellen an die Gemeinschaftsschulen zur Aufstockung der Differenzierungsstunden zurückgegeben werden.

(Johannes Callsen)

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Mit den übrigen 120 Stellen wollen Sie die integrative Betreuung und Beschulung von Kindern mit Behinderung verbessern. Wer nun aber glaubt, dass damit eine Erhöhung der sonderpädagogischen Förderung einhergeht, sieht sich enttäuscht. Nicht eine einzige der 300 Stellen geht an die Förderzentren. Dagegen erhalten die Gemeinschaftsschulen sogar fast 200 Stellen. Das ist jetzt nachzulesen. Noch in der August-Tagung haben die Regierungsfractionen es abgelehnt, die 300 Stellen über einen Nachtragshaushalt zu finanzieren. Stattdessen wurde der Vertretungsfonds, der für alle Schulen gilt, auf 12 Millionen € gekürzt, um damit die Gemeinschaftsschulen finanziell besserzustellen. Von der behaupteten Gleichberechtigung von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ist nichts zu sehen. Meine Damen und Herren der Koalition, Sie betreiben eine einseitige schulpolitische Ideologie.

Das Dilemma in der Schulpolitik hat noch längst nicht sein Ende gefunden: Die 387 **Grundschulen** erhalten von den 300 Stellen, die Sie zurückgeben wollen, für ihre rund 98.000 Schülerinnen und Schüler nur 30 Stellen zurück. Ich wiederhole: 30 Stellen. Im gleichen Atemzug kündigt die Landesregierung an, genau dort wiederum 213 Stellen einzusparen, nämlich als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung 2013. Damit gefährden Sie die kleineren Grundschulstandorte in ihrer Existenz. Ich dachte immer, das Prinzip sei: Kurze Beine, kurze Wege. Das scheint für Sie an dieser Stelle jedoch nachrangig zu sein.

(Beifall CDU)

Wie die Landesregierung allerdings Schwerpunkte setzen kann, zeigt die Erhöhung der Zuwendungen für die **dänischen Ersatzschulen** um rund 8,3 Millionen €. Im Gegenzug kürzen Sie die Mittel für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst und für die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Sie reduzieren die Reisekostenvergütungen für Fortbildungen, auch für solche, die der Sucht- und Gewaltprävention dienen. Ebenso sinken die Zuwendungen für die Umsetzung der Stärkung der schulischen Eigenverantwortung. Auch hier ist ablesbar: Sie machen Politik nicht für alle Kinder und Jugendlichen in diesem Land, sondern nur für wenige. So sieht eine chancengerechte Schulpolitik wahrlich nicht aus.

(Beifall CDU)

Die Frage, wie die Finanzmittel im Bildungsbereich aufgeteilt werden, ist die eine. Ebenso spannend aber ist die Frage, woher diese Mittel kommen sol-

len. Wir haben es eben schon ansatzweise gehört: Laut Kabinettsklärung ist vorgesehen, über den bisher geplanten **Personalabbau** hinaus noch weitere Stellen einzusparen, nämlich bei der **Polizei**, bei der Justiz und bei der **Steuerverwaltung**. Frau Ministerin Heinold, dies haben Sie dem Stabilitätsrat offiziell gemeldet. Ganz offensichtlich sind die bereits schon heute schwierigen Situationen bei der Polizei und im Justizbereich unseres Landes für Sie kein Grund, in diesen Bereichen von weiteren Personalkürzungen abzusehen. Ich glaube, die Verantwortlichen und die Betroffenen vor Ort müssen wissen, wie diese Planung bei ihnen umgesetzt wird. Deshalb sagen Sie hier und heute, wo genau Sie bei der Polizei, bei der Justiz und bei der Steuerverwaltung die zusätzlichen Stellen konkret streichen wollen! Die Betroffenen haben einen Anspruch darauf.

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Stegner, zur Transparenz komme ich noch.

Auch in der **Kulturpolitik** erfüllen Sie die von Ihnen geschürten Erwartungen nicht. Im Wahlkampf haben Sie uns vorgeworfen, man dürfe bei der Kultur nicht sparen. In Ihrem Koalitionsvertrag stellen Sie noch fest: „Möglichkeiten für weitere Einsparungen sehen wir nicht.“ Was machen Sie? - Sie reduzieren die gesamte Kulturförderung um 33.000 €, allerdings erhält die Dänische Zentralbibliothek 14.000 € zusätzlich.

Über dieses Beispiel haben wir hier in diesem Haus diskutiert: Auch die Menschen in **Schleswig**, die Ihren Bekenntnissen zum **Landestheater** geglaubt haben, werden enttäuscht. Im Wahlkampf hatten Sie den Eindruck erweckt, man müsste einfach nur in allen Ecken des Landeshaushalts fegen, dann hätte man die notwendige Landesförderung schon zusammen. Im Haushalt 2013 gibt es jetzt weder einen Ansatz für das Theater Schleswig noch eine Dynamisierung der Theaterzuweisung, die Sie angekündigt hatten.

Wie linke Klientelpolitik konkret aussieht, wird im Kulturbereich an anderer Stelle deutlich: 2 Millionen € für den **Erhalt des kulturellen Erbes** werden gestrichen. Im Gegenzug steigen die Zuwendungen an bestimmte Vereine und Verbände. Sie streichen damit wichtige Investitionen in den Erhalt der Kultur zugunsten des heutigen Konsums. Und das nennen Sie Politik für kommende Generationen? - Nein, Sie betreiben einen Raubbau am kulturellen Erbe unseres Landes.

(Johannes Callsen)

(Beifall CDU - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wahlbetrug!)

Frau Ministerin Spoorendonk, Sie sind auch für die Justiz in Schleswig-Holstein zuständig. In diesem Bereich haben Sie Schwerpunkte gesetzt, in dem Sie auch im Koalitionsvertrag gesagt haben: Die **JVA Flensburg** wird nicht geschlossen. Dies ist Ende Oktober 2012 dem Stabilitätsrat gemeldet worden. Als Ersatzmaßnahme haben Sie die Schließung der **Abschiebehaftanstalt Rendsburg** benannt. Was die JVA mit der Abschiebehaftanstalt zu tun hat, wo Sie die Abschiebehäftlinge unterbringen und wie Sie das bezahlen wollen, kann die Landesregierung uns vielleicht heute erläutern. Das eigentliche Problem in der JVA Flensburg sind jedoch die dort dringend notwendigen massiven Investitionen. Wir reden über rund 7,6 Millionen €. Auch dafür haben Sie erkennbar keine Mittel im Haushalt eingestellt.

So richtig an der Nase herumgeführt werden von Ihnen aber die **Kommunen**. Ich wiederhole es noch einmal: Es ging erst um die Rückgabe von 120 Millionen € im Rahmen des **FAG**. Der damalige Spitzenkandidat hat gesagt: Hier gibt es nichts zu relativieren. Jetzt soll das Geld zweckgebunden an die Kitas fließen. Aus den 120 Millionen € wurden 80 Millionen €, und es sind jetzt gerade einmal 15 Millionen € übrig geblieben, die übrigens zweckgebunden für den Kita-Ausbau vorgesehen sind, an dem sich das Land wahrscheinlich sowieso hätte beteiligen müssen. Die Wahrheit ist: Die Kommunen bezahlen diesen **Kita-Ausbau** fast komplett selbst, denn die Landesregierung hat die hälftige Kürzung beim Landesanteil der Grundversicherung längst an den Stabilitätsrat gemeldet. Sie tun noch so, als ob man über diese Summe verhandeln könne. Herr Ministerpräsident, so geht es nicht!

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, der Herr Innenminister ist fleißig im Land unterwegs. Er verteilt überall Beruhigungspillen gegen die Angst vor einer **Gebietsreform** auf kommunaler Ebene. Natürlich, mit dieser Regierung soll es keinen Zwang zu einer Gebietsreform geben. Alles soll freiwillig sein. Dafür wollen Sie Anreize schaffen. Die 300.000 €, die Sie im Haushalt dafür bereitstellen, können allerdings nicht wirklich Ihr Ernst sein.

Nein, ich sage Ihnen, über die angekündigte Reform des **FAG** wird es zwangsläufig Druck für eine Gebietsreform geben. Kollege Harms hat doch Ihre Philosophie so schön deutlich in der Landtagsde-

batte Ende September 2012 formuliert. Ich darf es gern noch einmal zitieren:

„Leistungsfähige Kommunen werden ausgeblutet, während sich Schlafgemeinden hinter ihren Gemeindegrenzen verstecken können.“

Das ist Ihre Überzeugung.

(Zurufe SPD und SSW)

Es kann doch kein Geheimnis sein, dass in der Vergangenheit alle drei Koalitionspartner, je nach Parteifarbe, unterschiedliche Vorstellungen von Strukturreformen auf Kreis-, Gemeinde- oder Ämterebene hatten. Und wir sollen Ihnen nun heute glauben, dass alles so bleibt, wie es ist? Da kann man auch an den Osterhasen glauben.

(Heiterkeit CDU)

Weshalb stehen Sie nicht dazu, dass Sie über das **FAG** eine **Konzentrierung zu den Zentren** und eine Strukturreform auf kommunaler Ebene anstreben? Sie erzählen überall, dass Sie den Städten mehr Geld geben wollen. Woher wollen Sie das Geld denn nehmen, wenn nicht aus den bislang schuldenfreien Kommunen? Im Haushalt jedenfalls steht nichts darüber. Wir werden dafür sorgen, dass Sie noch vor der Kommunalwahl im kommenden Jahr Farbe zu Ihren Eckpunkten bekennen müssen.

(Beifall CDU)

Ohnehin, meine Damen und Herren, ist dieser Haushalt der Versuch, sich über die **Kommunalwahl** im kommenden Jahr hinwegzuretten. Sie wissen, dass Ihre Spielräume nicht größer, sondern kleiner werden. Derzeit leben Sie noch davon, dass Sie die von uns eingesparten Mittel kräftig an Ihre Klientel verteilen. Aber dieses Geld ist bald alle. Es wird sich zeigen, dass Sie Ihre Wahlversprechen auch nach dem Jahr 2013 nicht werden bezahlen können. Das wussten Sie schon vorher. Trotzdem streuen Sie den Menschen nach wie vor Sand in die Augen.

Ihre einzige Hoffnung - und auch das hat die Ministerin eben konkretisiert - sind **Erhöhungen der Steuern auf Bundesebene**. Einen Vorgeschmack darauf hat Ministerin Heinold präsentiert. Sie rühmt sich in einer Pressemitteilung damit, die sogenannte Bettensteuer wieder heraufsetzen zu wollen, obwohl sie und alle Fachleute genau wissen, dass dies ein Bärendienst für die gesamte Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein ist.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Johannes Callsen)

Meine Damen und Herren, da, wo wir in Schleswig-Holstein selbst etwas für Steuereinnahmen tun können, machen Sie exakt das Gegenteil dessen, was notwendig ist: Sie stärken nicht unseren Wirtschaftsstandort, sondern Sie legen dem Mittelstand und dem Handwerk neue Fesseln an.

(Beifall CDU und FDP)

Ihr **Tariftreue- und Vergabegesetz** ist von einem tiefen Misstrauen gegenüber dem Mittelstand geprägt. Diesen wollen Sie mit zusätzlichen bürokratischen Auflagen in einer Vielzahl von Fällen überziehen.

Herr Minister, Ihr Haus will Verwaltungsstellen im Wirtschaftsministerium für ein **Korruptionsregister** schaffen, um durch die Ausübung von Betretungsrechten in Betrieben schon bei Verdachtsfällen Verwaltungskosten zu produzieren. Ich kann Ihnen sagen, das haben andere Länder, zum Beispiel Berlin, schon vorgemacht; auch diese sind kläglich damit gescheitert. Weshalb weigern Sie sich eigentlich, aus den Fehlern anderer Bundesländer zu lernen? Vielleicht glauben Sie ja selbst mittlerweile nicht mehr an den Erfolg dieses Gesetzes. Ansonsten hätten Sie es schlauerweise ja auch schon einmal in ihrem Haushaltsentwurf einplanen können. Entsprechende Stellen haben wir jedenfalls nicht in den Ansätzen gefunden.

Guckt man sich das **Vergaberecht** an, dann ist das eine überflüssige, unkontrollierbare **Bürokratiekrake**, die mit ihren Tentakeln in Bereiche eingreift, die nichts, aber auch gar nichts mit der Förderung des Mittelstandes zu tun haben. Sie verhindern mit diesen Vorschriften einen starken schleswig-holsteinischen Mittelstand.

(Beifall CDU und FDP)

Die **Abschaffung der einzelbetrieblichen Förderung** - auch das haben Sie vorhin angekündigt - nimmt den strukturschwachen Regionen auch noch die Chancen für die Ansiedlung von Betrieben und den Menschen die Hoffnung auf neue Arbeitsplätze. Deswegen sage ich deutlich: Die CDU steht nach wie vor zu diesem Konzept. Ich fordere insbesondere auch den SSW auf, die Menschen in den strukturschwachen Regionen nicht im Regen stehen zu lassen.

(Beifall CDU)

Solange es in anderen Bundesländern dieses Instrument noch gibt, dürfen wir es nicht einreißen.

Meine Damen und Herren, seit der Regierungsübernahme durch SPD, Grüne und SSW streitet sich

diese Koalition, jetzt ganz aktuell auch während der vergangenen Tage, über die **zentralen Verkehrsprojekte** für unser Land. Kaum versuchen sich der Herr Ministerpräsident oder sein Wirtschaftsminister in einer Klarstellung, schon kommt grüner Gegenwind.

Fest steht für uns alle: Der **Ausbau der A 20** mit der westlichen Elbquerung und die **feste Querung** über den **Fehmarnbelt** müssen kommen. Schleswig-Holstein braucht diese Verbindungen.

(Beifall CDU und FDP)

Und unsere Unternehmen brauchen verlässliche Planungssicherheit, um entlang dieser neuen Verkehrsinfrastruktur routen investieren zu können. Sie aber nehmen mit Ihrer Heute-so-morgen-so-Politik diesen Unternehmen, die sich dort ansiedeln und neue Arbeitsplätze schaffen wollen, enorme Chancen.

Das ist aber noch nicht alles; denn nicht nur bei diesen Großprojekten stehen Sie auf der Bremse, auch bei den Landesstraßen und bei den kommunalen Straßen legen Sie die Axt an die Infrastruktur. Der **Landesverkehrswegeplan** soll auslaufen, vorgesehen ist nur noch eine Ausfinanzierung beschlossener Maßnahmen. Deutlicher kann man sein Desinteresse an einem modernen Straßennetz in Schleswig-Holstein nicht formulieren. Und bei den **GVFG-Mitteln** für Gemeinde- und Kreisstraßen soll das Verhältnis zugunsten des **ÖPNV** umgedreht werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, Sie klatschen an der richtigen Stelle. Aber Sie zeigen damit auch, wie feindlich Sie der neuen Infrastruktur gegenüberstehen.

(Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, bei der **Energiewende** ist von Ihnen leider nicht eine einzige neue Initiative erkennbar. Die noch von der CDU eingeleitete Ausweisung neuer Flächen für die Windkraft bietet Chancen für einen enormen Investitionsschub und für neue Wertschöpfung in diesem Land. Und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition und der Landesregierung, werden jetzt daran gemessen, wie schnell diese Flächen genutzt werden können und wie schnell die nötigen Netze dafür zur Verfügung stehen werden. Und was machen Sie? Sie reduzieren Ihre eigene Arbeit darauf, den Bundesumweltminister zu kritisieren. Wo bleibt Ihr konstruktiver Beitrag zur Debatte? Wir sind sehr gespannt darauf, ob Sie Ihren Ankündigungen, Herr

(Johannes Callsen)

Energiewendeminister, auch Taten folgen lassen werden.

Die größte Enttäuschung aber ist der von Ihnen angekündigte neue Politikstil. In Ihrer Regierungserklärung sagten Sie noch, Herr Ministerpräsident - ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren -:

„Ja, ich bin für Beteiligung - zutiefst -, eine Beteiligung, die das Gelingen will, eine Beteiligung, die die Entscheidung vorbereitet.“

Und in jeder Ihrer Reden, in denen Ihrer Minister und Ihrer Staatssekretäre sowie der Koalitionsabgeordneten wird das Wort „**Dialog**“ so oft verwendet, dass ich damit Bingo spielen könnte. Wer Sie jedoch beim Wort nimmt, wird auch hier jäh enttäuscht.

Am deutlichsten wird dies am **Bildungsdialog**. Dort wird nun wirklich über alles geredet, außer über die wesentliche Grundlage, nämlich die Frage der Schulstrukturen. Diese haben Sie nämlich längst im Koalitionsvertrag beschlossen und mit einem Vorschaltgesetz festgezurr. Der Ministerpräsident redet von Dialog, und die Fraktionen peitschen Gesetze durch den Landtag. Was für eine Arbeitsteilung!

Da kann das Satruper Gymnasium mit seinem Y-Modell in Gesprächen mit den Koalitionsabgeordneten noch so oft auf seine Erfolge hinweisen: Im Finanzausschuss treffen Sie unbeeindruckt davon eine Entscheidung gegen das Y-Modell.

Beim Kommunaldialog redet der Ministerpräsident über die Verteilung der Bundesmittel für die Grundsicherung. Zu diesem Zeitpunkt allerdings hatte die Finanzministerin dem Stabilitätsrat schon die hälftige Kürzung der Landesmittel gemeldet. Was für eine Arbeitsteilung!

So kann man es beliebig fortführen. Die Regionalplanung nehmen Sie den Menschen vor Ort gleich ganz aus der Hand. Es könnte ja etwas beschlossen werden, was Ihrer Ideologie der Zentralisierung entgegensteht. Eigenverantwortung ist von Ihnen nicht gewünscht!

(Beifall CDU und FDP)

Der Landwirtschaftsminister erklärte in der vergangenen Tagung des Landtags, dass er gemeinsam mit den Landwirten Lösungen entwickeln will, und die die Regierung tragenden Fraktionen bringen zeitgleich einen Antrag ein, mit dem der Knickerlass wieder eingeführt und noch einmal verschärft werden soll. Was für eine Arbeitsteilung!

Zur Aufteilung der GVFG-Mittel haben Sie im Wirtschaftsausschuss nicht einmal eine Anhörung zugelassen, sondern auf Zuruf des zuständigen Staatssekretärs haben die Koalitionäre die Anhörung abgelehnt und ihren Beschluss durchgezogen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ein Skandal ist das!)

Die Meinung der Menschen vor Ort, die Meinung der Betroffenen wollten Sie gar nicht wissen. Von Dialog auch hier keine Spur!

(Beifall CDU)

Nein, meine Damen und Herren, der Dialog ist Ihnen in Wahrheit nur dann etwas wert, wenn sicher ist, dass am Ende Ihre Meinung dabei herauskommt. Das spüren die Menschen in diesem Land zunehmend.

(Zuruf SPD: Ach!)

Verehrte Damen und Herren, die „Dänen-Ampel“ hat die Einsparungen der Regierung Carstensen kassiert, die Ausgaben für Wahlgewinne ihrer Klientel gesteigert und damit das strukturelle Defizit erhöht. Sie ist wieder auf dem Weg in die Schuldenfalle, und bei Zinssteigerungen droht dem Land großer Schaden, weil kein ausreichender Puffer vorhanden ist. Das Problem sind einmal mehr nicht die Einnahmen des Staates, sondern seine Ausgaben. Genau hierin unterscheidet sich die solide Finanzpolitik der CDU-Fraktion im Wesentlichen von der der Regierungsfaktionen. Sie nähern diesen Haushalt mit Ihren **zusätzlichen Ausgaben** komplett auf Kante. Es gibt keinen merklichen **Sicherheitspuffer**. Das ist unverantwortlich.

Sie machten den Menschen, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, vor der Wahl Hoffnungen, aber heute legen Sie einen Haushalt der unerfüllten Erwartungen vor. Das ist politisch nicht korrekt, und das enttäuscht die Menschen einmal mehr.

Politik für die Menschen zu gestalten ist kein Pokerspiel. Dennoch: Sie täuschen und tricksen. Seien Sie endlich ehrlich zu den Menschen, und verspielen Sie nicht die Chancen für Schleswig-Holstein!

(Starker Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn eine neue Regierung ihren ersten Haushalt einbringt, fragen sich die Bürgerinnen und Bürger: Wo ist Kontinuität, wo ist Wandel, halten die Regierungsparteien Wort gegenüber dem, was sie im Wahlkampf angekündigt haben?

Eine gewisse **Kontinuität** in der Haushaltspolitik ist schon dadurch geboten, dass der Landtag vor zwei Jahren mit den Stimmen von fünf der sechs damaligen Fraktionen durch die Aufnahme der **Schuldenbegrenzung** in die Verfassung beschlossen hat, ab 2020 keine neuen Kredite mehr aufzunehmen. Die neue Opposition versucht nun, den Eindruck zu erwecken, wir würden diesen Beschluss unterwandern. Bei aller grundsätzlichen Skepsis gegenüber der Schuldenbremse, die ich wegen ihrer mechanistischen und legalistischen Einschränkung der Souveränität des demokratisch gewählten Parlaments und des Haushaltsgesetzgebers immer hatte, sage ich Ihnen doch glasklar: Die Schuldenbremse ist mit Sicherheit kein Allheilmittel, aber die Koalition von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW steht zu ihrem gemeinsamen Ziel. Wir wissen, dass wir unsere Handlungsfähigkeit erhalten müssen. Wir wollen nicht mit Zins und Zinseszins Banken und Finanzmärkte füttern, statt mit Steuergeldern Bildung, sozialen Zusammenhalt und Zukunftsinvestitionen zu finanzieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Gegensatz zu CDU und FDP wissen wir aber auch, dass dazu mehr als nur ein gnadenloser Rotstift gehört. Das mit permanentem moralischem Phatos überhöhte Mantra Ihrer schwarz-gelben Regierungszeit war: Kürzen, kürzen, kürzen! - ohne Sinn und Verstand, ohne soziale Verantwortung, ohne volkswirtschaftliche Logik, ohne Nachhaltigkeitsvernunft, ohne Respekt vor den Betroffenen Ihrer Kahlschlagpolitik bei Kommunen und Verbänden oder schlichter: beim Souverän, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes.

(Beifall SPD)

Nicht zuletzt deswegen sind Sie abgewählt worden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn Sie jetzt versuchen, via **Verfassungsgericht** mit einer **Anti-SSW-Klage** dieses Bürgervotum zu kippen, dann ist das peinlich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen wir doch gar nicht!)

Was für ein provinzielles Trauerspiel, das der CDU-Landeschef - hinter den Kulissen - und der FDP-Fraktionsvorsitzende - wie immer auf der Showbühne - unter der Führung der Strohmänner von der Jungen Union da abliefern! Das ist nämlich das, was wir hier sehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eines ist aber unbezweifelbar: Vieles können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das letzte Mal haben Sie geklagt! - Zuruf SPD)

- Herr Präsident, ich will gern dem Kollegen Gelegenheit geben - -

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Anti-SSW-Klagen gibt es aus der Sozialdemokratie oder von den Grünen nicht. Es sind schon andere, die das machen. Ich finde das peinlich. Schauen Sie in unsere Verfassung hinein, schauen Sie hinein!

(Zuruf CDU)

- Die Junge Union gehört auch gar nicht zur CDU; das weiß ich.

Eines ist unbezweifelbar: Vieles können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten. Der Weg zum Verzicht auf neue Schulden und zum allmählichen Abbau der bereits vorhandenen wird sehr schwierig und schmerzhaft sein. Wir stehen auch deshalb täglich im Kontakt mit Personen, Verbänden und Institutionen, die berechnete Forderungen nach Leistungen der öffentlichen Hand stellen. Vieles werden wir nicht zusagen können. Nur das zu versprechen, was wir auch absehbar halten können, bleibt das Credo dieser Koalition. Das heißt aber auch, dass wir die **Belange der Bürgerinnen und Bürger** ernst nehmen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Falsch ist, die Menschen von oben herab mit kurzfristigen Kürzungen zu schockieren

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

und zu Demonstrationen zu zwingen, wo sie anders kein Gehör finden können. Ich habe nie verstanden, was daran mutig sein sollte, den Schwächsten etwas wegzunehmen, den Kindern, den blinden Menschen, den von Gewalt betroffenen Frauen und Flüchtlingen, stattdessen sich aber der millionen-

(Dr. Ralf Stegner)

schweren Pokerlobby an die Brust zu werfen, Hoteliers und reiche Erben zu unterstützen, wie Sie das in diesem Haus immer getan haben, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall SPD)

Das unterscheidet uns von Ihnen, und das ist ein Politikwechsel in Schleswig-Holstein.

Einen echten Politikwechsel gibt es auch im **Umgang mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern**. Anders als Sie setzen wir nämlich auf gute Arbeit, von der man leben kann. Deshalb gibt es Tarifreuegesetze, Unterstützung von Mindestlöhnen und auch wieder die alte vorbildliche Mitbestimmungsregelung, die Sie abgeschafft haben.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

All dies gebietet der Respekt vor den wirklichen Leistungsträgern in unserer Gesellschaft. Es sind nämlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unseren Wohlstand erwirtschaften.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit dem allergrößten Vergnügen.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Stegner, ich habe jetzt Ihre Philosophie wohl vernommen. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, warum Sie dann den blinden Menschen das einkommensunabhängige Blindengeld nicht wieder auf die ursprüngliche Höhe erhöhen, sondern nur 100 € drauflegen, das heißt, weiterhin eine Kürzung beibehalten.

- Herr Kollege Garg, Sie haben der letzten Regierung angehört. Ich finde es schon eine sehr eigenartige Frage von jemandem, der das komplett weggestrichen hat, ohne mit den Leuten zu reden. Wir führen die Verbesserung herbei, und Sie kritisieren das hier auch noch. Was ist das eigentlich für eine Scheinheiligkeit, Herr Kollege?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie hätten an dieser Stelle besser geschwiegen, anstatt das wegzukürzen und uns zu kritisieren, dass wir nicht alles zurücknehmen, was Sie gemacht ha-

ben, weil Sie uns das nämlich hinterlassen haben. Das ist das Problem bei Ihrer Frage. Eigentlich müsste sie Ihnen peinlich sein.

Präsident Klaus Schlie:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber immer doch gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben meine Frage, warum Sie nicht wieder komplett auf den alten Ansatz von 400 € gehen, immer noch nicht beantwortet, Herr Kollege Stegner.

- Verehrter Herr Kollege Dr. Garg, Sie fragen, was Sie wollen, und ich antworte so, wie ich das für richtig halte. Meine Antwort lautet: Diejenigen, die das mit Kahlschlagpolitik beseitigt haben, sind die Letzten, die berufen sind, sich dazu zu äußern, in welcher Geschwindigkeit wir das zurücknehmen können, die Allerletzten. Sie sollten sich für das schämen, was Sie gemacht haben, anstatt die zu kritisieren, die das besser machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist der Punkt, über den wir hier reden. Die Menschen wissen das übrigens auch. Im Übrigen haben wir sogar mit den Menschen gesprochen, die davon betroffen sind, und haben ihnen erläutert, was wir können und was wir nicht können. Das ist nämlich der Unterschied zwischen uns beiden, nicht nur, dass wir in der Sache das Gegenteil tun, sondern wir reden auch noch mit den Menschen vorher und verkünden das nicht einfach, wie Sie das früher getan haben. Das ist der Unterschied.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Landesregierung und diese Koalition gehen wieder respektvoll mit den Menschen in unserem Land um. Ein gutes Beispiel dafür ist die **Gleichbehandlung für die Schulen der dänischen Minderheit**, die wir wieder herstellen, und nicht, wie Sie behaupten, als Preis für die Regierungsbeteiligung des SSW. Nein, wir hatten schon zum letzten Haushalt die Beibehaltung der 100-%-Förderung gefordert, weil das nämlich ein Eckpfeiler der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik ist. Ich sage es hier nochmals: Die dänischen Schulen sind keine Privatschulen, sondern sie sind die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit. Es geht hier um die in

(Dr. Ralf Stegner)

der Landesverfassung verbürgte Wahlfreiheit. Deswegen machen wir das.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine sachliche Debatte ist bei allen berechtigten Sorgen übrigens auch über die **HSH Nordbank** notwendig. Wir wollen das Landesvermögen sichern. Deshalb unterstützen wir den Konsolidierungskurs der Bank

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben es erst verschleudert!)

und arbeiten daran, die Risiken für das Land weiter zu reduzieren. Allerdings hilft blinder Aktionismus jetzt niemandem weiter. Es gilt, gemeinsam mit Hamburg vernünftige Lösungen zu entwickeln. Mit ihrem umsichtigen Handeln genießt die Finanzministerin Monika Heinold das Vertrauen dieser Koalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine verantwortungsbewusste und respektvolle Haushaltspolitik kann sich nicht daran erschöpfen, mit dem Rasenmäher durch die Einzelpläne zu gehen und ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Betroffenen mechanische Kürzungen um bestimmte Prozentsätze Jahr für Jahr zu verordnen. Numismatik ist eine historische Hilfswissenschaft, aber keine finanzpolitische Methode.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir gucken uns das einmal an!)

So manche Einsparung von einigen Tausend € oder noch weniger bei Vereinen oder Verbänden hat den Haushalt nicht gerettet, aber wichtige gesellschaftliche Tätigkeiten kaputt geschlagen. Die schwarze Null - das finde ich ein besonders bemerkenswertes Symbol - noch vor 2020 war das zentrale Ziel der abgewählten Landesregierung, ohne Rücksicht auf Verluste. Spätestens hier endet die Kontinuität in der Haushaltspolitik.

Wir wissen um die Bedeutung eines **ausgeglichenen Haushalts**. Wir müssen ihn aber mit einer **qualitativen Zukunftsperspektive** für unser Land verbinden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]): Und wie sieht das aus?)

Ich danke unserer klugen Finanzministerin Monika Heinold. Sie hat nicht nur mit ihrer Rede heute deutlich gemacht, sondern mit dem ganzen Stil ihrer Arbeit: Wir gestalten den Politikwechsel. Hier

wird nicht getrickt und verschoben, sondern hier wird deutlich gesagt, was wir tun. Die Koalition aus SPD, Grünen und SSW tut dies mit einer soliden Haushaltspolitik der sozialen Verantwortung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist Wirklichkeitsverweigerung!)

Auch bei knappen Kassen gibt es Spielräume zur politischen Gestaltung. Schon Goethe wusste:

„Es bleibt einem jeden immer noch so viel Kraft, das auszuführen, wovon er überzeugt ist.“

Unsere Überzeugung ist es, zwei Dinge zu verbinden

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt muss er schon Goethe zitieren!)

- ein bisschen Goethe schadet Ihnen auch nicht, Herr Kollege Vogt; humanistische Bildung ist etwas Nettes -: Wir konsolidieren, um unsere Handlungsfähigkeit zu erhalten - das ist der eine Punkt -, und wir investieren in die Zukunft, gerade bei Bildung und Energiewende. Wir sorgen damit nicht nur dafür, dass es in unserem Land gerechter zugeht, nein, wir handeln auch volkswirtschaftlich klug, weil wir soziale Transfers und andere Reparaturkosten reduzieren, die uns auf Dauer immer teurer zu stehen kommen würden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie schade, dass Sie das immer noch nicht begriffen haben! Das ist eben das, Herr Kollege Vogt: Man kann aus solchen Dingen etwas lernen, wenn man sich auf das Argument einlässt.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] - Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

Gute Steuereinnahmen helfen uns übrigens auch. Auch dafür können wir etwas tun, vor allem in Berlin.

(Christopher Vogt [FDP]: Warum machen Sie es denn nicht?)

Wir müssen die mit den stärksten Einkommen und Vermögen stärker heranziehen, und wir dürfen nicht wie Sie - Herr Wiegand glaubt immer noch, dass das richtig ist - Steuerhinterziehungsbegünstigungsabkommen mit der Schweiz abschließen. Das ist das Gegenteil dessen, was wir tun dürfen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Ihre Scheinalternative zwischen den braven auf Solidarität bedachten Liberalkonservativen und dem von der Opposition gezeichneten Bild der verschwenderischen Sozis, Ökos und Dänen, die nur auf die Gelegenheit gewartet haben, auf Kosten des Steuerzahlers high life zu machen, hat mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun.

(Johannes Callsen [CDU]: Schönes Bild!
Darauf bin ich noch gar nicht gekommen!)

Uns greifen Sie an, wir würden nicht genug sparen. Dann schaut man in die Anträge zur heutigen Sitzung und stellt fest, dass Sie fröhlich einen Ausgleich für EHEC fordern, Ärzteprogramme im ländlichen Raum. Alles, was das schwarz-gelbe Herz begehrt, steht in Ihren Anträgen heute drin. Das hat nichts mit der Solidität zu tun, die Sie von uns einfordern. Lesen Sie einmal Ihre eigenen Anträge: Die kosten alle Geld.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
PIRATEN und SSW - Dr. Heiner Garg
[FDP]: Welche denn?)

Davon werden wir vieles nicht erfüllen können. - Herr Kollege Garg, ich gebe zu, nicht alles ist schwarz-gelb, manches ist auch ganz schwarz. Es kommt trotzdem von der Opposition, und Sie haben ja mit Ihren Kumpels zusammen regiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihre sehr eigenwillige Form der **Solidität** hat uns das jüngste Berliner Koalitionsgipfelchen vor Augen geführt: Ein knappes Jahr vor der Bundestagswahl verbrennt Schwarz-Gelb Milliarden für die reaktionäre Kita-Fernhalteprämie.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Der finanzpolitische Schaden ist noch gering im Vergleich zum gesellschaftspolitischen Schaden. Besser man würde das **Geld** zum Fenster hinauswerfen, als dass man es dafür ausgibt, Kinder wegzuhalten von der Betreuung, die sie eigentlich brauchen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
PIRATEN und SSW)

Wir brauchen den Politik- und Regierungswechsel auch in Berlin, weil wir diese Milliarden lieber in **Kinderkrippen** und andere Betreuungseinrichtungen stecken wollen und müssen.

(Beifall Dr. Gitta Trauernicht [SPD])

Auch in der **Wirtschaftspolitik** hinterlassen Sie uns etwas, was wahlweise nach dem Windhund- oder Gießkannenprinzip erfolgt ist. Sinnvolle

Steuerung und Struktur - Fehlanzeige! Die eigene Abwahl vor Augen hat die Vorgängerregierung mit voreiligen Zusagen sichergestellt, dass wirtschaftspolitische Ziele auf längere Sicht kein Förderkriterium sind.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Zur Not auch eine Zwischenbemerkung, aber vielleicht kann er ja eine Frage stellen. Bitte!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kubicki, Sie haben das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich stehe schon etwas länger hier.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sie sind doch noch ganz rüstig, also das klappt mit dem Stehen.

Herr Kollege Dr. Stegner, mir ist bekannt, dass wir uns darum bemühen, bundesweit eine Quote von 39 % bei der U-3-Betreuung zu erreichen. Würden Sie mir freundlicherweise erklären, was mit den anderen 61 % geschehen soll?

- Das will ich Ihnen gern erklären. Diese Landesregierung ist mit den Kommunen darüber im Gespräch. Die vorherige Landesregierung, die Sie mit getragen haben, ist von den Kommunen verklagt worden. Es gab keine vernünftigen Gespräche. Wir reden mit den Kommunen darüber, wie wir sie darin stärken können, dass sie in der Lage sind, das auch auszufüllen.

Im Übrigen reden wir auch mit dem Bund darüber, dass das unselige Kooperationsverbot wegkommt, sodass wir in der Lage sind, die Kraftanstrengungen, die wir von Bund, Ländern und Kommunen insgesamt brauchen, gemeinsam zu finanzieren. Das werden wir schaffen müssen. Ihre Mehrheit will das nicht. Schauen Sie einmal, was Frau Schavan vorschlägt! Das ist nicht genug. - Das ist die Antwort auf Ihre Frage.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Ich wiederhole: Für die Wirtschaft ist das, was Sie mit Ihren Förderkriterien gemacht haben, förderpolitischer Unsinn gewesen. Diese Mittel fehlen bei der gezielten Innovationsförderung und beim Ausbau einer zukunftsfähigen Infrastruktur. Auch im Verkehrsbereich - obwohl Sie immer wieder Ihre Bausteine vorlesen - werden wir konkret mehr realisieren, als unter Ihrer Führung hier jemals passiert ist. Auch das ist der Unterschied zu Ihnen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Sie haben bei der Wirtschaftsförderung den Glanz eines oberflächlichen Förderbescheidtourismus vor die Interessen des Landes gestellt. Wir werden auch in der Wirtschaftspolitik umsteuern.

Ganz andere Akzente setzt die Koalition mit einem **Programm für vorsorgende Finanzpolitik**, das seinen Namen verdient: nämlich PROFIL. Wir leisten damit einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und unterstützen gleichzeitig die Wirtschaft vor Ort durch eine konsequente Umsetzung der Energiewende. Wenn wir dadurch Energie- und Betriebskosten einsparen, ist das für alle künftigen Haushalte und unsere Umwelt ein Gewinn. Viel zu oft wird nämlich vergessen, dass die Steigerung der Energieeffizienz ein wichtiger Beitrag zur gelungenen Energiewende ist und Energiesparen die größte Energiequelle ist, die wir überhaupt haben. Hierfür 50 Millionen € einzuplanen, wie das die Regierung möchte, macht wirtschafts- und umweltpolitisch Sinn und ist sehr vernünftig.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir konsolidieren für die Zukunft. Deshalb genießt Bildung erste Priorität. Sie ist vor allem aber der verantwortungsvolle Umgang mit dem Wertvollsten, das wir haben, nämlich unsere Kinder und Jugendlichen. In Schleswig-Holstein gehen wir voran. Damit Eltern ihren **Rechtsanspruch** auf einen **Kita-Platz** einlösen können und Kinder von Anfang an eine gute Bildung erhalten, werden wir die Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuung weiter unterstützen. Das ist die Antwort: Wir müssen das Geld in die Infrastruktur stecken und nicht für völlig unsinnige Leistungen ausgeben, wie sie jetzt im Bundestag beschlossen werden.

Kein Kind zurücklassen, egal ob deutsch oder nicht deutsch, ob arm oder reich, behindert oder nicht behindert, aus Süderlügum oder Ratzeburg, aus Glückstadt oder Eckernförde, mit zwei Eltern oder alleinerziehender Mutter oder Vater, das ist das Ziel. Dazu brauchen wir einen Kraftakt von Bund,

Ländern und Kommunen. Das ist wichtiger als alles andere. Das ist unsere erste Priorität.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben die zwischen der SPD und Schwarz-Gelb im letzten Doppelhaushalt strittigen 300 Lehrerstellen nach dem CDU-Umfallen am Ende der Großen Koalition wieder ins System gegeben. Die von der früheren Landesregierung kurz vor den Wahlen als kleines Trostpflaster für die Nichtumsetzung des Mängelpapiers von Herrn Dr. Klug beschlossene Verdoppelung des Vertretungsfonds nehmen wir dafür zurück. Denn Sie wissen ganz genau, das Problem war nicht das Geld, sondern die Leute, die nicht da sind, im Zweifelsfall dort zu vertreten, wo wir sie brauchen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür haben wir demnächst wieder mehr Unterrichtsausfall!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir finanzieren **Bildung**, sodass es langfristig Sinn macht. Wir lassen die Kommunen mit der **Schulsozialarbeit** nicht allein und heben deshalb die Förderung von 1,7 Millionen auf 4,6 Millionen € an.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nachdem wir sie überhaupt eingeführt haben!)

Für seine **Hochschulen** wird das Land knapp 30 Millionen € mehr ausgeben. Dabei hilft uns der Bund durch die zweite Phase des Hochschulpakts sowie durch Restmittel aus der ersten Phase. Wir streben selbstverständlich an, dass der Bund auch einen Hochschulpakt III auflegt.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte noch einmal ausdrücklich sagen, dass ich froh bin, dass wir uns in der letzten Legislaturperiode einig waren, das **Kooperationsverbot** zu überwinden, nicht nur im Forschungsbereich, sondern auch bei den Hochschulen, bei den Schulen und bei der vorschulischen Bildung, sehr verehrter Herr Kollege Kubicki. Das ist die Antwort auf Ihre Frage.

Neuerliche Forderungen nach Hinterzimmerverhandlungen der Parteien sind absurd. Ich fordere Sie auf: Kommen Sie endlich aus Ihrer Schmollecke raus, und machen Sie mit beim Bildungsdialog von Wara Wende ohne Vorbedingungen und ohne Parteikalkül! Konsens ja, aber der Politikwechsel kommt auch hier. Schluss mit dem Aussortieren der Kinder, mit oder ohne Sie. Das werden wir machen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD und SSW)

Kommen Sie mit, folgen Sie der Mehrheit der Bevölkerung, die das will! Wir haben uns im Zeitplan schon auf eine deutlich längere Zeit eingelassen. Wir haben einen Konsens geschlossen. Machen Sie mit bei Frau Wende, unterstützen Sie sie lieber, anstatt aus der Ecke nur „Buh!“ zu rufen. Das ist ja das Einzige, was Sie tun.

(Christopher Vogt [FDP]: Es gibt eine Mehrheit für G 9 an Gymnasien?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihre volkswirtschaftlich widersinnige und destruktive Haltung, mit der Sie die Universität Lübeck erledigen wollten und immer wieder das UKSH mit Ihren Privatisierungsideologien in Gefahr gebracht haben, war ein wesentlicher Grund für Ihre Abwahl. Auch in der **Hochschulpolitik** gibt es einen klaren Politikwechsel, und wir stärken das Universitätsklinikum.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch eine Haushaltsrede!)

- Das Zwischenrufen verrät doch nur, dass Sie merken, dass Sie nichts zu bieten haben. Alles andere kann man daraus doch nicht ziehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie lange haben Sie noch die Mehrheit?)

- Sehen Sie, er sagt, er stehe nicht hinter der Klage, und dann redet er davon, dass die Mehrheit weggehe. Das ist Ihre Art der Dialektik, die die Menschen von Ihnen kennen, sehr verehrter Herr Kollege. Das taugt inhaltlich nichts; das wissen Sie sehr genau.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine Entscheidung des Verfassungsgerichts! - Weitere Zurufe)

- Herr Kollege, bevor ich anfangen, vor Ihnen Angst zu haben, wird es heute noch frieren. Das ist wirklich sehr unwahrscheinlich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Heute Morgen hatten wir schon Frost!)

Diese Koalition steht zu ihrer **sozialen Verantwortung**. Wir wollen ein sozial gerechtes und solidarisches Schleswig-Holstein. Wir werden bei der sozialen Infrastruktur in unserem Land nicht das tun, was Sie getan haben, sie nämlich kaputtzusparen. Auch bei Einsparungen im sozialen Bereich gilt es, langfristige Folgekosten zu bedenken. Prävention ist und bleibt unser zentrales Anliegen. Wir sichern deshalb die Beratungsstellen für Frauen sowie die

Frauenhäuser, die in den letzten Jahren einseitig unter Ihren Kürzungen zu leiden hatten. Eigentlich sollten Sie sich dafür schämen, was Sie in diesem Bereich angerichtet haben. Wir stocken die Mittel für die Unterstützungsangebote bei Gewalt gegen Frauen um mehr als eine halbe Million Euro wieder auf.

Wenn man einmal mit den Menschen darüber spricht, wie sie das empfunden haben, wie Sie mit denen umgegangen sind, dann erkennen Sie vielleicht - wenn Sie ein bisschen Selbstkritik aufbringen könnten -, warum bei der Landtagswahl das eingetreten ist, was die Bürgerinnen und Bürger entschieden haben.

Mit unserem Kinderschutzgesetz waren wir bundesweit Vorreiter, und nun hat auch der Bund mit einem solchen Gesetz nachgezogen. Deshalb werden wir den **Kinderschutz** und die frühen Hilfen in Schleswig-Holstein ausbauen, indem 2,1 Millionen € für die kommunale Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes bereitgestellt werden, und wir werden auch das Landesprogramm „Schutzengel“ mit Landesmitteln fortsetzen.

Mit über 10 Millionen € mussten **blinde und sehbehinderte Menschen** einen überdurchschnittlichen **Kürzungsbeitrag** in der schwarz-gelben Haushaltspolitik leisten. Gerade sie brauchen einen Nachteilsausgleich, um die alltäglichsten Dinge mit Hilfsmitteln zu meistern. Wir werden unser Wahlversprechen einlösen, das Blindengeld auf 300 € anzuheben. Dass wir hier genau das Richtige tun, haben uns viele Briefe und E-Mails bestätigt.

(Beifall SPD)

Wir müssen auf den demografischen Wandel einer alternden Bevölkerung antworten. Vor allen Dingen die **Pflege** ist der Mittelpunkt der sozialpolitischen Debatte. Wir sorgen für gut ausgebildete Pflegekräfte. 2013/2014 wird die Zahl der landesgeförderten Ausbildungsplätze in der Altenpflege um je 200 Plätze angehoben.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen junge Menschen dazu motivieren, diesen gesellschaftlich wertvollen Job zu übernehmen. Dazu gehört auch, dass sie für ihre Ausbildung kein Schulgeld bezahlen müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Torge Schmidt [PIRATEN])

Lassen Sie mich noch etwas zu den Kommunen sagen: Die Herausforderungen an die Gesellschaft

(Dr. Ralf Stegner)

können wir nur gemeinsam mit ihnen und nicht gegen sie bewältigen. Wir werden die **Kommunen** bei ihrer **Haushaltskonsolidierung** mit Hilfen und Anreizen unterstützen, aber auch mit Leitplanken für eine möglichst hohe Verbindlichkeit ihrer Anstrengungen, ohne ihnen auf absehbare Zeit die Perspektive für eigenständiges Handeln zu nehmen und ohne - wie Sie - von oben herab das Recht auf kommunale Selbstverwaltung anzutasten. Auch für die Kommunen gilt, dass die Haushaltskonsolidierung nachhaltige Erfolge bringen soll. Wenn die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker keine Gestaltungsspielräume mehr haben, sondern nur den Mangel verwalten können, dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir immer weniger Menschen finden, die sich engagieren wollen. Ich sage mit Blick auf die Kommunalwahl: Auch deswegen müssen wir diese Dinge ändern, und wir werden sie auch ändern.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um sozialen Kahlschlag und personellen Stillstand zu verhindern, werden wir den Kommunen zusätzlich 15 Millionen € für Konsolidierungshilfen aus Landesmitteln zur Verfügung stellen. Auf andere wichtige Bereiche, bei denen wir mit der Reparatur der schwarz-gelben Versäumnisse begonnen haben, kann ich aus Zeitgründen leider nur cursorisch eingehen.

Ich nenne für den Justizbereich das Stichwort Sicherungsverwahrung und die Lage der Strafanstalten unseres Landes. Unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten können sich auch weiterhin auf die Unterstützung dieser Koalition verlassen.

(Johannes Callsen [CDU]: Mit weniger Stellen?)

Es gibt viele Beispiele, die für den **Politikwechsel** stehen, ich nenne die Beibehaltungsförderung für den ökologischen Landbau, die Aufstockung der Mittel für das Freiwillige Soziale und das Freiwillige Ökologische Jahr, aber auch die Erhöhungen in der Kulturförderung, von denen die Stiftungen Gottorf und Schloss Eutin, die Gedenkstättenarbeit, aber auch soziokulturelle Zentren profitieren.

Fatale Kürzungen - beispielsweise im Bereich der Integration von Migrantinnen und Migranten - werden zurückgenommen, zusätzliche Gelder etwa in Maßnahmen und Projekte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gesteckt. Das ist auch notwendig, und das sollten wir gemeinsam tun.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Diese Koalition hält Wort. Sie wird ihren Koalitionsvertrag umsetzen. Wir sind aber weiterhin im öffentlichen Dialog und offen für Argumente.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich glaube nicht, dass Sie das sind!)

Argumente habe ich heute vom Oppositionsführer keine gehört. Und auch das Oppositionsführerlein wird wahrscheinlich keine großen vortragen, wenn es nachher das Wort hier ergreift.

Dieser Haushalt ist ein Angebot - nicht nur an das Parlament, sondern an alle Menschen in Schleswig-Holstein. Nehmen Sie es an! Antoine de Saint-Exupéry, der Autor des „Kleinen Prinzen“, hat einmal gesagt: Die Zukunft soll man nicht vorhersehen wollen, sondern möglich machen. Genau das ist das, was wir wollen. Entgegen Ihrer Schwarzmalerei werden wir das auch tun. Die unseriöse und unsoziale Haushaltspolitik der Vorgängerregierung hat ein Ende. Diese Koalition steht zu ihrer sozialen Verantwortung für ein schönes Land Schleswig-Holstein. Machen Sie mit! Wir sind auf einem guten Weg. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wo stehen wir in Schleswig-Holstein? - Wir stehen vor einem Schulden säckel, aus dem wir alle uns Jahr für Jahr bedient haben - ein Schulden sack, der im Jahr 2020 definitiv leer sein wird. Bis dahin müssen wir uns so aufgestellt haben, dass unsere Einnahmen die tatsächlichen Ausgaben - auch die rückwirkenden, die Zinsen und Pensionen - decken. Gleichzeitig stehen wir aber auch vor den großen Herausforderungen, zum Beispiel den demografischen Wandel, den Klimawandel und die Energiewende zu meistern. Wir können also nicht einfach auf „Weiter so!“ setzen.

(Eka von Kalben)

Der **Haushaltsentwurf** 2013 trägt die klare Handschrift der **Küstenkoalition** und unterstreicht einen Politikwechsel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Er zeigt, dass es gerade in Zeiten knapper werdender Mittel einen deutlichen Unterschied macht, wer mit diesen Mitteln gestaltet. Mit diesem Haushalt stellen wir die Weichen für die kommenden Jahre, in denen ein klarer Konsolidierungspfad aufgezeigt wird. Gleichzeitig - das macht den Unterschied zu Schwarz-Gelb aus - ist Sparen für diese Koalition kein Selbstzweck, sondern vor allem ein Mittel, um wieder mehr Handlungsspielraum für Politik zu erreichen. Wir investieren vorausschauend in Zukunftsfelder, um dieses Land zu gestalten und den Landeshaushalt künftig strukturell zu entlasten, vor allen Dingen in den Bereichen Bildung und Klimaschutz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir **Grüne** haben schon in Oppositionszeiten einen Schwerpunkt auf das Thema Finanzen gelegt. Die Fraktion hat berechtigterweise nicht nur Kürzungen kritisiert und Investitionen in die Zukunft gefordert, sondern es wurde auch ein großes **Maßnahmepaket** zur **Konsolidierung** vorgeschlagen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Gut, dass mit Monika Heinold nun eine erfahrene grüne Finanzpolitikerin am Ruder ist, die den haushaltspolitischen Fehlkurs der schwarz-gelben Koalition ganz genau kennt und jetzt gegensteuern kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD - Lachen FDP)

Auch im Wahlkampf haben wir Grüne äußerst erfolgreich für eine solide, nachhaltige Finanzpolitik geworben. Dazu gehört auch, nicht mehr zu versprechen, als wir angesichts knapper Mittel leisten können. Der Haushaltentwurf 2013 zeigt, dass wir unsere Versprechen einhalten und den Koalitionsvertrag zügig umsetzen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich freue mich auf den Doppelhaushalt 2013/2014!)

Wir schaffen 300 neue **Lehrerstellen** und belassen so einen Teil der demografischen Rendite im Schulsystem.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie schaffen nicht 300 neue Lehrerstellen!)

Diese Stellen werden schwerpunktmäßig im Bereich **Inklusion** eingesetzt. An dem Beispiel Inklusion zeigt sich auch, dass diese Mehrausgaben durch die Lehrerversorgung nicht unnötig den Haushalt belasten und irgendwie so etwas wie Wahlversprechen einzuhalten oder politische Liebhaberei sind, sondern es geht hier um eine europäische Verpflichtung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bloß weg hier!)

Ich betone: eine Verpflichtung, die ich auch voll unterstütze. Die Aufgabe der Inklusion darf nicht den Kommunen überlassen werden, die dann Integrationshelfer einstellen müssen, sondern es ist auch eine Aufgabe der Schule und somit des Landes.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es ist erschütternd! Es ist einfach nur erschütternd!)

Um die Schulen nicht nur als Lern- oder als Lebensraum zu fördern, stellen wir mehr Geld für die Schulsozialarbeit ein. Außerdem werden wir die dänischen Schulen wieder gleichstellen, und die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft wird verbessert.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **dänischen Schulen** sind öffentliche Schulen der dänischen Minderheit und per Verfassung geschützt. Auch hier geht es also nicht um sogenannte freiwillige Leistungen und politische Spielwiesen, sondern nach meiner festen Überzeugung um ein wichtiges Minderheitenrecht. Diese Minderheitenrechte haben Sie alle heute Morgen hier auch bestätigt und gezeigt, dass Ihnen das wichtig ist. Deswegen finde ich es polemisch und schlimm, wenn wir dagegen andiskutieren.

Auch die Schulträger am Hamburger Rand können endlich aufatmen. Wir zahlen diesen Kommunen einen Ausgleich der Schulkostenbeiträge für Hamburger Schülerinnen und Schüler und beheben so eine Ungerechtigkeit im **Gastschulabkommen**.

Für uns gehört zur **Generationengerechtigkeit** auch, dass wir den eklatanten Mangel an Pflegefachkräften abmildern, indem wir mehr kostenlose Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. CDU und FDP haben die Generationengerechtigkeit nur als hohlen Vorwand für ihre Sparpolitik genommen. Ihre Kürzungen aber haben gerade die jüngsten Generationen und ihre Bildungschancen am stärksten belastet. Wir machen Schluss mit der schwarz-gelben Kürzungssorgie im Bildungssystem.

(Eka von Kalben)

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn unabhängig von Strukturdebatten möchte ich festhalten: Für uns ist jedes Kind wichtig und förderungswürdig, unabhängig vom Einkommen, vom Status oder vom Bildungsstand der Eltern, unabhängig von Herkunft, Religion und Hautfarbe, egal ob behindert oder nicht behindert. Für uns sind alle Kinder hochbegabt.

Auch in die **frühkindliche Bildung** investiert die Küstenkoalition. Wir stellen 2013 den Kommunen 15 Millionen € zusätzlich für den Ausbau der U-3-Betreuung zur Verfügung.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Dieser Betrag wird bis 2017 auf 80 Millionen € aufwachsen. Damit beteiligt sich das Land Schleswig-Holstein konsequent an der Mammutaufgabe, den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz umzusetzen, und zeigt sich solidarisch mit den Kommunen.

Diesen Bemühungen werden derzeit durch die Einführung des Betreuungsgeldes auf Bundesebene Steine in den Weg gelegt, auch mit Stimmen von CDU- und FDP-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein. Es zeigt Ihre haushaltspolitische Doppelzüngigkeit, wenn Sie hier im Land mehr Einsparungen verlangen, aber auf Bundesebene nichts gegen die ultrakonservativen Milliarden geschenke für Horst Seehofers kränkelnden Landeshwahlkampf tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe CDU und FDP: Oh!)

Es zeigt auch, dass Sie die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben.

(Zurufe Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn wir hier wirklich etwas gegen den krassen Fachkräftemangel im Land tun wollen und Sie diejenigen sind, die uns vorwerfen, wir machen nicht gute Wirtschaftspolitik, dann brauchen wir alle Mütter und Väter, die neben der Familienarbeit auch erwerbstätig sein wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Kluge Konsolidierungspolitik setzt nicht nur auf eine kurzfristig gedachte Absenkung der Ausgaben, sondern investiert, um zukünftig strukturelle Belastungen niedrig zu halten.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das ist mit dem **Investitionsprogramm PROFI** gut kombiniert: vorausschauende Finanzpolitik mit Klimaschutz. Vielerorts verpuffen mit der Heizungsluft auch Landesmittel durch die maroden Fenster. Deshalb investieren wir 35 Millionen € in die energetische Sanierung der Landesliegenschaften. Das sind im Übrigen Sanierungen, die in den letzten Jahren liegen geblieben sind. Das lässt die Ausgaben 2013 anwachsen. Dazu stehen wir, weil wir wissen, dass die ökologischen Investitionen in den kommenden Jahren den Haushalt spürbar entlasten werden. Wir verheizen in Zukunft keine Landesmittel, im Gegenteil, wir heizen damit die lokale Wirtschaft an.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Callsen, noch ein Satz zum Thema **Infrastruktur**. Auch dort leiten wir einen Wechsel ein.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Schiene ist für uns auch eine Infrastruktur, und zwar eine sehr moderne. Gerade in Zeiten, in denen dem Ende fossiler Energien entgegenzusehen ist, ist es ein Unding, wenn Sie behaupten, wir würden uns nicht für moderne Infrastruktur einsetzen, wenn wir die Mittel für die Schiene erhöhen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW - Zurufe Hans-Jörn Arp [CDU] und Johannes Callsen [CDU])

Es ist auch sehr erstaunlich, dass Sie unseren Minister, wenn er sich hier dafür einsetzt, dass bei Planungen nach Recht und Gesetz vorgegangen wird und natürlich auch der Naturschutz mit seinen Belangen im Planungsrecht eine Rolle spielt, und er sich für die Interessen Schleswig-Holsteins einsetzt, kritisieren. Sie haben aber, als Sie geplant haben, noch nicht einmal die Fehmarnsundbrücke im Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Sie haben angenommen, dass sich die ganzen Autos und der andere Verkehr, der aus Dänemark kommt, auf Fehmarn aufhält, weil sie sich an der Brücke die Nase stoßen. Die Küstenkoalition - -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Christopher Vogt [FDP]: Ich stelle einfach mal eine Frage: Frau Kollegin von Kalben,

(Eka von Kalben)

habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass sich die Grünen jetzt für die Anmeldung der Fehmarnsundbrücke beim Bundesverkehrswegeplan aussprechen?

(Beifall FDP und CDU)

- Die Grünen stehen kritisch zur Fehmarnbelt-Que-
rung insgesamt, das wissen Sie.

(Beifall PIRATEN)

Wir wissen aber auch, dass es Staatsverträge gibt, die zu halten sind, und selbstverständlich muss dann, wenn eine Röhre gelegt werden wird, eine Hinterlandanbindung stattfinden. Bei dem völlig überzeichneten Bundesverkehrswegeplan sehen wir aber überhaupt nicht, wie die Finanzierung in irgendeiner Form sichergestellt werden soll. Es wäre schön, wenn Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen würden - -

(Zuruf SPD)

- Ja, da bin ich sehr gespannt, wie das funktionieren soll.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir warten die Ergebnisse interessiert ab. Wir haben eine Antwort von Herrn Ramsauer zu dem Thema bekommen, die das überhaupt nicht bestätigt, dass Sie sich einsetzen. Wir sind gespannt, wie Ihnen das gelingen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie einen weiteren Einwurf des Herrn Kollegen Vogt?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Christopher Vogt [FDP]: Ich stelle die Frage noch einmal, damit sie auch ganz konkret darauf antworten können: Spricht sich Ihre Fraktion denn nun für die Anmeldung einer neuen Verbindung am Fehmarnsund aus? Ich möchte gern ein Ja oder Nein von Ihnen hören.

- Welche Projekte mit welcher Priorität angemeldet werden, werden wir gemeinsam in der Koalition besprechen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Man kann doch mit Ja oder Nein antworten!)

- Selbstverständlich muss die Fehmarnsundbrücke angemeldet werden. Darüber haben wir auch gemeinsam mit dem Verkehrsminister gesprochen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Das ist eine interessante Fragestellung, wenn wir uns hier mit Realpolitik beschäftigen und real möglichen Finanzierungen, sowohl aus dem Landeshaushalt als auch aus dem Bundeshaushalt, dann ist das eine gute Gelegenheit - -

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ich weiß gar nicht, worüber Sie sich so aufregen. Es ist doch schön, wenn wir mit Ihnen einer Meinung sind.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir regen uns überhaupt nicht auf! - Weitere Zurufe)

Ich würde mich freuen, wenn es Ihnen gelingen würde, dass Sie sich für das, was Sie hier großspurig versprechen, für finanziell ausreichende Mittel im Bundesverkehrswegeplan für Schleswig-Holstein auf Bundesebene einsetzen würden. Ich bin gespannt, wie Sie da Ihren Ankündigungen Taten folgen lassen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das schreibt Ramsauer Ihnen dann wieder auf!)

- Sie gehen also davon aus, dass Herr Ramsauer das macht.

Die Küstenkoalition ist angetreten, die Finanzierung in den Bereichen **Bildung** und **Klimaschutz** neu zu gestalten. Daneben haben wir versprochen, die Schäden, die der schwarz-gelbe Sparrasenmäher hinterlassen hat, so gut es geht zu beheben. Die schwarz-gelbe Koalition hat auf viele kleine Einsparbeiträge gesetzt, weil sie sich nicht getraut hat, an den großen Stellschrauben zu drehen. Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Ihr Credo war wohl, dass Ihre Sparpolitik dann am glaubwürdigsten ist, wenn möglichst viele Menschen die Auswirkungen in ihrem Alltag spüren können und sich vor Ihrem Rotstift fürchten. Mit den Kürzungen bei zahlreichen kleinen Einrichtungen im Sozial- und Kulturbereich, wie der Migrationssozialberatung, den Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen, haben Sie für die Konsolidierung höchstens Kleckerbeträge erzielt, diese Einrichtungen aber an den Rand des Zusammenbruchs getrieben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin - -

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Kleine Sparbeiträge, große gesellschaftliche Verluste.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie einen Beitrag des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich gestatte keinen Beitrag, aber gern eine Frage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt die Möglichkeit, Zwischenfragen zu stellen, es gibt die Möglichkeit, Zwischenbemerkungen zu machen. Als Germanistin würde ich das in dem Wort Beitrag oder verbalen Beitrag oder Zwischenbeitrag zusammenfassen wollen, damit wir nicht jedes Mal die Debatte darüber haben, ob es eine Frage, ein Beitrag oder eine Bemerkung wird. Insofern können wir inhaltlich andere Diskussionen haben.

Ich frage Sie jetzt: Lassen Sie einen Wortbeitrag, der zwischen Ihre Worte gesetzt werden möchte, von dem Herrn Kollegen Dr. Garg zu? Wenn das der Fall ist, dann kann sich der Kollege Dr. Garg jetzt Gedanken darüber machen, ob er dies als Frage oder Bemerkung formulieren möchte.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Frau Präsidentin! Entschuldigen Sie bitte, wenn das besserwisserisch herüberkam.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich bin tatsächlich davon ausgegangen, dass es Zwischenbemerkungen und Fragen gibt. Ich bitte Herrn Garg wirklich, mir eine Frage zu stellen, sonst würde ich gern fortfahren.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Frau Kollegin, Sie haben ausnahmsweise recht!)

Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich lauschte dem Dialog zwischen Präsidium und der Rednerin. - Frau von Kalben, ich bedanke mich für die Möglichkeit, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen. Da Sie gesagt haben, die vergangene Landesregierung aus Union und FDP habe nur durch Kleckerbeiträge zur Konsolidierung beigetragen, frage ich Sie, ob es Ihre Auffassung ist, dass ein von uns beschriebener Personalabbaupfad von mehr als 5.300

Bediensteten im Landesdienst bis 2020 als Kleckerbeitrag zur Konsolidierung bezeichnet wird?

- Lieber Herr Garg, wenn Sie mir, bevor Sie zur Frage aufgestanden sind, bis zum Schluss zugehört hätten, hätten Sie mitbekommen, dass nicht das ein Kleckerbeitrag ist, sondern die Kürzungen bei Frauenhäusern, bei Beratungsstellen, bei Migrationssozialberatungsstellen sind zum Teil so klein in den Auswirkungen und von so großer Wirkung, dass viele Menschen davon arg betroffen sind. Insofern sage ich, bei den sozialen Kürzungen haben Sie zum Teil mit Kleckerbeiträgen große gesellschaftliche Wirkung erreicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Mit dieser zynischen Sparpolitik machen wir Schluss. Die Kürzungen in der Migrationssozialberatung von 2011 und 2012 werden vollständig zurückgenommen. Was mich als migrationspolitische Sprecherin meiner Fraktion besonders erfreut, ist, dass wir zudem auch den Flüchtlingsrat in Zukunft institutionell fördern werden.

Noch heute Morgen haben wir gemeinsam hier von einer Willkommenskultur gesprochen, auch um allen fremdenfeindlichen Strömungen die Rote Karte zu zeigen. Auch diese Art der Kulturförderung ist nicht kostenlos zu haben. Wer sie will, muss sie auch finanzieren.

Die wichtige Arbeit der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen wird von der Küstenkoalition mit einer halben Millionen € mehr gefördert. Sicherheit zu bieten, ist kein Luxusgut. Sie ist elementar für alle Betroffenen. Deshalb standen wir schon immer auf der Seite derjenigen, die diesen Schutz bieten, nämlich den Frauenhäusern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Diese Koalition spart nicht mit dem Rasenmäher auf Kosten der Schwächsten. Wir haben schon im Wahlkampf deutlich gemacht, dass die Haushaltslage schwierig ist und wir nicht alles versprechen können, insbesondere was zusätzliche strukturelle Ausgaben angeht.

An einigen Stellen können wir **zusätzliche Einnahmen** für den Landeshaushalt erzielen, etwa durch die Anhebung des Erdölförderzinses und durch die Rücknahme der Aufstockung der Mittel für den Landesstraßenbau sowie die Abschaffung des Vertretungsfonds. Insgesamt bleibt die Einnahmesituation aber angespannt und - auch wenn Sie es nicht

(Eka von Kalben)

mehr hören möchten - kann nur über eine gerechtere **Steuerpolitik auf Bundesebene** verbessert werden. Wenn die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP hier der Koalition Schuldenmacherei vorwerfen, frage ich Sie: Warum halten Ihre Parteien im Bundesrat - und das ist nicht eine alte Leier, sondern ganz aktuell - an der „Mövenpicksteuer“ fest? Dadurch entgehen unserem Land jährlich etwa 15 Millionen €.

Versprechen haben Sie gebrochen. Sie haben vorgegaukelt, dass es ohne zusätzliche Einnahmen geht, dass das Land konsolidiert werden kann. Dieses Versprechen ist nach sorgfältiger Haushaltsanalyse nicht zu halten. Anders als unsere Vorgänger stehen wir im **Dialog mit den Akteuren**. Ich weiß, dass dieses Wort bei Ihnen ein Bingokreuz auslöst, aber ich finde, das ist trotzdem ein wichtiger Prozess, und wir meinen ihn ernst.

Beispielhaft dafür ist die Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe. Alle loben den begonnenen Dialog auf Augenhöhe und sagen: „Endlich spricht mal jemand mit uns!“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU)

Wir haben das erste Mal ein einstimmiges Votum der Landesverbände.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Insofern ist es ein Unding, dass Sie jetzt darüber lachen. Genau das ist die Bestätigung für unseren Dialogprozess.

In einer solchen Kultur der Verständigung wird auch akzeptiert, dass es nicht immer mehr Geld geben kann. Frau Trauernicht und ich hatten letzte Woche die Gelegenheit, bei den **Familienbildungsstätten** zu Gast zu sein. Wir haben da sehr deutlich gemacht, dass wir noch nicht sehen, ob wir eine Möglichkeit finden werden, dorthin wieder mehr Zuschüsse zu geben. Aber sie haben zu uns gesagt: „Endlich wird mit uns gesprochen! Uns wurde das Geld gekürzt, aber es ist nie jemand zu unseren Veranstaltungen gekommen!“ Im Übrigen war es auch in der letzten Woche der Opposition nicht möglich, es einzurichten zu kommen.

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Wir hatten Ausschuss!)

- Wir auch, auch die SPD, alle.

Diesen Dialog werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen, um gemeinsam mit den Menschen

und Verbänden im Land Maßnahmen zur Konsolidierung auf den Weg zu bringen.

Der Haushaltsentwurf 2013 setzt die Weichen für den rot-grün-blauen Politikwechsel der nächsten Jahre. Jetzt ist es an uns als Landtag, diesen Entwurf im Detail zu überprüfen und gemeinsam darüber zu beraten.

Ich erwarte von der Opposition hierzu konstruktive Vorschläge, so, wie sie die grüne Fraktion seinerzeit auch vorgelegt hat. Ich bin mir sicher, dass am Ende dieses Prozesses ein Haushalt stehen wird, der unsere Schwerpunkte Bildung, ökologische Landwirtschaft, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit mit konkreten Projekten ins Land tragen wird. Wir müssen gemeinsam nach vorn schauen. Das rückwärtsgewandte Suchen nach Schuldigen, wer denn den größten Anteil an der Vorratsvernichtung trägt, hilft uns nicht weiter.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sagen immer die, die daran beteiligt waren!)

- Ich war nicht an der Vorratsbeseitigung beteiligt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber die Grünen!)

Das Gute ist, dass wir uns darin einig sind, dass wir unseren Kindern keine weiteren Schulden hinterlassen wollen,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Machen Sie aber doch!)

dass wir ihnen ein geordnetes Konto hinterlassen wollen. Aber zu einem guten Erbe gehören auch eine geordnete Gesellschaft, sanierte Liegenschaften, eine gut ausgebildete Jugend und eine intakte Umwelt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Auch das gehört zu der Erbmasse, die wir weitergeben wollen an die nächste Generation der Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich habe gerade überlegt, da es in der Mittagspause Ausschusssitzungen geben wird, ob Sie jetzt noch reden sollten.

(Zurufe CDU und FDP: Selbstverständlich!)

- Meine Damen und Herren, bevor wir uns jetzt alle aufregen, warten Sie doch bitte einmal ab, was ich

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

sagen wollte. Ich habe mich soeben erkundigt. Es gibt Ausschussberatungen, die in der Mittagspause anstehen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Kollege Dr. Garg, das Wort hat das Präsidium. Ich erkläre gerade - scheinbar ist es notwendig -, inwieweit wir uns Gedanken darüber gemacht haben, wie wir fortfahren wollen. Es gibt noch zwei Tagesordnungspunkte, die wir vor der Mittagspause abstimmen müssen. Deshalb war meine kurze Überlegung und Nachfrage, wie viel Zeit wir dafür wohl brauchen werden. Ich komme zu dem Schluss, dass es selbstverständlich möglich ist, weil wir noch 25 Minuten vor ein Uhr haben, dass der Kollege Kubicki seine Rede zum Haushalt jetzt hält. Ich verstehe Ihre Aufregung nicht. - Gemach!

Herr Kollege Kubicki, Sie haben jetzt das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es in der Tat ungewöhnlich, dass wir bei ausreichender Redezeit - wo wir sonst auch einmal fünf Minuten überziehen - hierüber sprechen. Es mag schon sein, dass der Beginn meiner Rede kommentiert werden musste. Sei es drum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war eine emphatische, sehr stark Emotionen freisetzende Rede der Finanzministerin Heinold heute zur Einbringung des ersten - wie wurde er noch genannt - rotgrün-blauen Haushalts, um deutlich zu machen, welche politischen Linien der Verbesserung in den nächsten Jahren uns und die Bevölkerung in Schleswig-Holstein erwarten.

Vorweg Herr Kollege Stegner: Ich bin völlig relaxt, weil ich - wie alle anderen auch - darauf warten werde, ob die Zusammensetzung des Landtags 2014 noch so sein wird wie heute. Daran gibt es mittlerweile begründete juristische Zweifel. Wir haben nicht geklagt, wir hätten auch nicht geklagt, aber da uns das **Landesverfassungsgericht** aufgefordert hat, uns mit der Frage zu beschäftigen, haben wir das getan. Wir haben dabei in der Tat festgestellt, dass es verschiedene Probleme bei der Erfolgswertgleichheit der Stimmen und der Frage der Befreiungstatbestände gibt. Ich kann mir schon vorstellen, dass die **Wahlanfechtungen** - das sind keine Normenkontrollklagen, das hat mit dem Wahlrecht selbst gar nichts zu tun - das Landesverfassungsgericht unter Umständen zu einer anderen Zusammensetzung des Landtags veranlassen könnten als gegenwärtig. Schauen wir uns einmal an, was

im Jahr 2014 sein wird. Genauso wie Sie sich Gedanken darüber machen sollten, wo Sie künftig Geld herbekommen, sollten Sie sich jetzt vielleicht auch schon einmal prophylaktisch Gedanken darüber machen, wo Sie künftig Mehrheiten in diesem Haus her haben wollen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Träumen Sie weiter!)

- Ich träume gar nicht. Ich nehme das in aller Ruhe und Gelassenheit hin. Aber Herr Dr. Stegner, Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass Sie eine Einstimmenmehrheit haben. So dramatisch war die Zustimmung der Bevölkerung zu dem, was Sie wollen, offensichtlich nicht, sodass Sie sich jetzt auch schon Gedanken darüber machen müssen, ob die Einstimmenmehrheit das Jahr 2013 übersteht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zurufe SPD)

Ich darf noch einmal sagen: Verfassungsrecht entzieht sich interessanterweise politischer Willkür, darum ist es Verfassungsrecht. Wir haben dankenswerterweise ein Gericht, das im Zweifel darüber urteilen muss, so wie beim letzten Mal. Darüber haben wir uns auch nicht beschwert, sondern wir haben es hingenommen. Wir werden einmal gucken, was dabei herauskommt.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und es gleich akzeptiert! Neuwahlen sofort, sage ich nur!)

- Frau von Kalben, Sie waren bedauerlicherweise oder Gott sei Dank nicht mit dabei. Wir mussten erst ein neues Wahlrecht schaffen. Das ist Ihnen vielleicht entgangen. Es dauerte eine gewisse Zeit, bis das Wahlrecht umgesetzt worden war. Danach ist der Termin auch sehr schnell, zügig und gemeinschaftlich festgelegt worden.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ein halbes Jahr vorher!)

Der Termin wurde auf fast ein halbes Jahr vor dem Zeitpunkt festgesetzt, der aufgrund der Entscheidung des Gerichts geboten gewesen wäre. Aber lassen wir das, das ist ja die Vergangenheit. Wir wollen uns mit der Zukunft unseres Landes beschäftigen.

Mit diesem Haushaltsentwurf müssen wir leider feststellen, dass die Regierungskoalition in ihre alten Handlungsmuster zurückgefallen ist. Statt Enthaltsamkeit zu üben, greifen Sie auf das süße Gift der Verschuldung zurück und übersehen dabei voll-

(Wolfgang Kubicki)

kommen, dass dieses schmerzliche Auswirkungen für unsere Kinder und Kindeskiner haben wird.

Nirgends wird diese Zahl so deutlich wie bei der Entwicklung der **Nettoneuverschuldung**. Ohne Berücksichtigung der zurückgehenden Steuereinnahmen, die die Differenz noch größer werden lassen, stellen wir fest, dass die Nettokreditaufnahme nicht etwa sinkt, sondern um 154 Millionen € gegenüber diesem Jahr steigen wird. Frau Finanzministerin, das ist ein politischer Skandal, der auf den Ausgabewünschen der Regierungskoalition beruht und den Sie als politisch Verantwortliche mittragen.

Mehr Schulden bedeuten mehr Zinsen. Sie, Frau Herdejürgen, haben bei der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung richtigerweise festgestellt, dass das Land seit seiner Existenz mehr für die Bedienung von Schulden aufgewendet hat, als diese tatsächlich betragen. Der kumulierte Betrag aller Zinsen zusammen übersteigt die Staatsverschuldung. Gerade Ihnen müsste es doch ein Dorn im Auge sein, dass wir gegenüber diesem Jahr im nächsten Jahr 154 Millionen € mehr Nettokreditaufnahme haben werden. Das ist aus meiner Sicht auf jeden Fall kein Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was für die Süddeutschen die schwäbische Hausfrau ist, ist für die Norddeutschen der ehrbare **hanseatische Kaufmann**. Ein hanseatischer Kaufmann betreibt seine Geschäfte vorausschauend und bedächtig, er wägt Chancen und Risiken ab und tätigt auf dieser Grundlage seine Planungen. Dabei wendet er das im Handelsgesetzbuch verankerte Vorsichtsprinzip an und lässt für unvorhergesehene Ereignisse immer einen kleinen Puffer.

Diese eigentlich wichtigen Grundsätze haben Sie, sehr geehrte Frau Heinold, bedauerlicherweise bei der Haushaltsaufstellung verlassen. Ihr Haushalt ist **kein Nachhaltigkeitswerk**, Ihr Haushalt ist ein Spekulationsobjekt. Der Haushalt ist nicht einmal für vor auszusehende Ereignisse gerüstet. Ich habe deutliche Zweifel, dass die in der Landesverfassung vorgesehene Schuldenobergrenze bis zur zweiten Lesung überhaupt eingehalten werden kann. Ich sage: Wäre der Haushalt ein Schiff, keine Versicherung würde aufgrund der Überfrachtung und Überladung die Überfahrt absichern.

Ich komme gleich darauf zurück. Dem Haushalt droht - aus den folgenden absehbaren Gründen - eine **Überschreitung der Schuldenobergrenze**, die

in der Landesverfassung für 2013 bei 783,3 Millionen € strukturellem Defizit liegt - noch einmal: verfassungsrechtlich in der Landesverfassung verankert. Ihr vorgelegter Entwurf sieht schon jetzt ein strukturelles Defizit von 778 Millionen € vor. Bei einem Haushaltsvolumen - ohne durchlaufende Mittel - in Höhe von 9,645 Millionen € nur Luft in Höhe von 5,3 Millionen € zu lassen, ist aus meiner Sicht grob fahrlässig und unverantwortlich.

(Beifall FDP und CDU)

Schon jetzt sind acht fundamentale Risiken feststellbar.

Risiko Nummer 1: **Steuereinnahmen**. Die neueste Steuerschätzung sieht für das kommende Jahr Mindereinnahmen in Höhe von 40 Millionen € vor. Es ist keineswegs so, dass diese Rückgänge gänzlich als konjunkturelle Mindereinnahmen gesehen werden müssen. Es kann sein, dass ein wesentlicher Teil davon als strukturelle Wachstumsschwäche gewertet werden muss. Denn die Bekämpfung der Staatsschuldenkrisen in Europa, den USA und Japan könnte längerfristig ein strukturell geringeres Wachstum mit sich bringen.

Risiko Nummer 2: **Tarifsteigerungen**. Vollmundig hat diese Landesregierung erklärt, dass sie für künftige Tarifsteigerungen 45 Millionen € vorgesehen hat. Das mag zwar im ersten Moment nach viel klingen, ist aber in Wahrheit so gut wie nichts. Aus dem Stabilitätsbericht geht hervor, dass diese gerade einmal eine Tariferhöhung von maximal 1,5 % zulassen.

Der letzte Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder sah folgenden äußerst moderaten Abschluss vor: Der Tarifvertrag, der noch in den Nachwehen der Finanzkrise mit einer 24-monatigen Laufzeit abgeschlossen wurde und der zum Ende des Jahres ausläuft, sah für 2011 ab April eine Erhöhung um 1,5 % und eine Einmalzahlung in Höhe von 360 € vor. Ab 2012 hat der Tarifvertrag eine Erhöhung von 1,9 % und einen Zuschlag in Höhe von 17 € vorgesehen. Allein diese wirklich äußerst moderaten Lohnerhöhungen kosteten 2011 schon 60 Millionen €, wie Finanzminister Wiegard in seiner Pressemitteilung vom 11. März 2011 feststellte.

Im Vergleich dazu hat der diesjährige Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen folgende Erhöhungen vorgesehen: zum 1. März dieses Jahres eine Erhöhung von 3,5 %, zum 1. Januar 2013 eine Erhöhung von 1,4 % und zum 1. August 2013 eine weitere Steigerung in Höhe von 1,4 %. An diesem Abschluss wird sich künftig auch der Tarifvertrag der Länder orien-

(Wolfgang Kubicki)

tieren. Etwas anderes können die vertretenen Gewerkschaften schon aus ökonomischen Gründen gar nicht zulassen.

Ich sage Ihnen: Wir werden es nicht zulassen, dass die Beamten dieses Landes, die Polizisten, die Lehrer und alle anderen, aufgrund Ihrer Ausgabenpolitik leiden werden. Von der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamte darf nicht abgerückt werden.

(Beifall FDP)

Auf dem Rücken der Bediensteten dieses Landes dürfen nicht die Ausgabewünsche dieser Koalition erwirtschaftet werden.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders schlimm werden die Auswirkungen auf die **Hochschulen** sein. Mir ist wirklich nicht klar, Frau Professor Wende, wie Sie als ehemalige Präsidentin der Universität Flensburg das zulassen konnten. Für die Hochschulen sind unabhängig von dem Tarifabschluss nur Erhöhungen von 1,5 % der Kosten gedeckt.

Wer die letzten Tarifabschlüsse sieht und diese mit den hinterlegten 1,5 % vergleicht, stellt fest, dass reale Kürzungen bei den Hochschulen unausweichlich sein werden. Die Studenten und Hochschulen werden zurückstecken müssen. Da erscheinen die angekündigten Mehrausgaben für die Investitionen in den Hochschulen in einem völlig anderen Licht.

Risiko Nummer 3: **Energie und Heizkosten**. Es ist schön, dass wir etwas für den Klimawandel tun wollen, Frau von Kalben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gegen den Klimawandel! - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Für die Verlangsamung des Klimawandels, Herr Kollege Andresen. Ich habe gedacht, Sie könnten so weit mitdenken. Aber ich formuliere es für Sie gern anders: für die Verlangsamung des Klimawandels etwas tun wollen. Wir mussten kürzlich feststellen, dass die Umlage für die erneuerbaren Energien im kommenden Jahr von derzeit 3,5 auf 5,3 ct ansteigend wird. 2011 lag die Umlage für eine Kilowattstunde sogar nur bei 2,8 ct. Darauf kommt, wie Ihnen bekannt sein dürfte, die Umsatzsteuer noch oben drauf. Mir sind die Zahlen noch im Ohr, die besagten, dass die Steigerung der Stromkosten je Kilowattstunde um nur 1 ct das Land 1,5 Millionen € im Jahr kosten werde. Weder dieser Umstand

noch der Umstand, dass die anderen Preise für Energieträger in den letzten zwei Jahren angestiegen sind, finden in Ihrem Haushaltsentwurf die entsprechende Berücksichtigung. Sie müssen doch bangen und hoffen, dass der von Ihnen immer propagierte Zubau von neuen Photovoltaikanlagen stockt, weil sonst Stromkosten drohen, die Ihre enge Schuldenobergrenze nachhaltig reißen werden.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht sein, dass die Wärme eines Arbeitsplatzes unserer Beschäftigten beziehungsweise der Stromverbrauch des Bildschirms reglementiert werden müssen, nur damit die Regierung die Schuldenobergrenze nicht reißt. So etwas kann man doch nicht mit einem Erlass regeln. Oder soll es künftig heißen: „Heizung herunterdrehen, Glühbirne abdrehen, Pullover anziehen“, nur damit diese Landesregierung ihre Haushaltsdaten einhalten kann?

Risiko Nummer 4 - das ist das schlimmste Risiko, das das Land gegenwärtig zu tragen hat -: die Entwicklungen der **HSH Nordbank**.

Lassen Sie uns bei diesem Thema - ich versuche immer wieder, das zu erklären - vergessen, dass wir uns in unterschiedlichen Parteien und Fraktionen befinden. Denn jeden von uns trifft die Entwicklung der HSH Nordbank - egal, welche politischen Vorstellungen er sonst sein Eigen nennt.

Die Situation der HSH Nordbank ist besorgniserregend. Es geht um Tausende Arbeitsplätze, gerade auch in Schleswig-Holstein, den Standort in Kiel, es geht um Milliarden an Steuergeldern und um nicht weniger als die Handlungsfähigkeit unseres Landes. Alles zusammen kann im schlimmsten Fall über uns kommen, und das mit einer unglaublichen Geschwindigkeit.

Die Landesregierung muss endlich aufhören, das Schicksal unseres Landes in die Hände von Menschen zu legen, deren primäres Interesse es ist, ihre erworbene Reputation oder ihr Beschäftigungsverhältnis zu erhalten. Aufsichtsrat und Vorstand sind schon von Gesetzes wegen dazu verpflichtet, nur das Wohl und Wehe des Unternehmens zu vertreten, und dies kann im Zweifelsfall signifikant von den Interessen der Steuerzahler abweichen.

Frau Ministerin, ich bin nicht beruhigt, wenn Sie sagen, dass Sie Bankvorstand und Aufsichtsrat vertrauen, dass die schon die Interessen der Eigentümer, des Landes Schleswig-Holstein und der Steuerzahler im Auge haben. Das dürfen Sie im Zweifel nach dem Aktiengesetz auch nicht. Sie müssen das Eigeninteresse der Bank im Auge haben.

(Wolfgang Kubicki)

Wir müssen sehr aufpassen, dass wir nicht dauernd den Aussagen der **Vorstände und Aufsichtsräte** glauben. Wir haben analysiert, dass seit 2008 alle Äußerungen der Bank - Vorstand und Aufsichtsrat - keine lange Halbwertszeit hatten, sondern sich innerhalb von zwei, drei, vier Monaten als zu optimistisch erwiesen haben - wofür ich ein gewisses menschliches Verständnis habe - und wir dauernd nachsteuern mussten. Ich wage die Voraussage, dass durch das, was wir seit Tagen von Vorstand und Aufsichtsrat hören, wieder Nachsteuerungsbedarf ausgelöst werden und keine Beruhigung eintreten wird. Herr Kopper hat in einer für einen Aufsichtsratsvorsitzenden einer AG bemerkenswerten Offenheit öffentlich erklärt: Wir werden feststellen müssen, dass die Ergebnisse von 2011 im negativen Bereich dramatisch überschritten werden. Das hat Konsequenzen auch für die Werthaltigkeit der Aktien und den Abschreibungsbedarf bei den Sparkassen und bei unserem öffentlich-rechtlichen Fonds.

Die HSH Nordbank braucht dringend **frisches**, neues, von außen zugeführtes **Kapital**, damit ihre Eigenkapitalbasis langfristig und dauerhaft gestärkt sein wird. Wir brauchen nicht Bilanzkosmetik. Wir brauchen, wenn die Bank überleben soll, wenn sie sich tragfähig Geschäftsfelder eröffnen soll, die uns wieder sorgenfrei werden lassen, frisches Kapital und keine Bilanzkosmetik.

Wir müssen aufhören, an den Symptomen der Krankheit herumzudoktern, sondern wir müssen unsere Aufmerksamkeit den Ursachen widmen. Das ist die äußerst dünne Eigenkapitaldecke. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe auch langsam keinen Nerv mehr dafür, dass wir von der Bank dauernd mitgeteilt bekommen, dass sie für die Garantieerklärungen, die die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg abgegeben haben, Gebühren zahlen müssen. Ich frage einmal die Bank, wenn sie eine Garantieerklärung abgibt, eine Bürgschaft herausgibt, wie hoch die Provision für diese Bürgschaft ist. Das ist ja kein Geschenk, das wir hier machen. Wer uns erklärt, er überweise jedes Jahr 280 Millionen €, muss sich einmal fragen, wie hoch die Eigenkapitalrendite ist. Wann kriegt das Land eigentlich einmal eine Dividende von der HSH Nordbank?

(Beifall FDP)

Die letzten zehn Jahre haben eine Eigenkapitalrendite von 0,9 % erbracht. Das muss man sich einmal vorstellen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das ist das Risiko!)

0,9 %! Bei jeder Sparkasse hätten Sie, wenn Sie das Geld aufs Sparbuch gelegt hätten, mehr erhalten als das, was wir bekommen. Das kann man doch nicht als herausragend gute Maßnahme für das Land Schleswig-Holstein beschreiben.

Noch einmal - darüber waren sich hier im Haus alle einig -: Wenn es der Bank wieder einmal gut gehen sollte - was wir hoffen -, ist unsere erste Aufgabe die, dass sich das Land Schleswig-Holstein aus dieser Bank verabschiedet. Wir haben nicht die Verpflichtung, weltweit Geschäfte über eine Aktiengesellschaft zu finanzieren. Das ist nicht Aufgabe des Landes. Wir haben uns mit dieser Maßnahme auch bereits verhoheit.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Ministerpräsident - das sage ich auch in Richtung des Bürgermeisters in Hamburg -, es ist nicht die Aufgabe von Herrn von Oesterreich oder von Herrn Kopper, es ist die Aufgabe der Regierungschefs der Länder, möglicherweise an Staatsfonds wie die in Norwegen, in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder in Singapur heranzutreten und dafür zu werben, dass sie sich mit der vielen freien Liquidität, die sie derzeit haben, bei einer Bank engagieren, von der wir behaupten, sie sei überlebensfähig. Das ist die Maßgabe, dass wir sagen, wir bieten ein ordentliches Anlageobjekt. Es ist dringend notwendig, **privates Eigenkapital** zuzuführen. Das ist aus diesem Bereich sinnvoll möglich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie einen Wortbeitrag des Herrn Abgeordneten Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Jederzeit und gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kubicki, erinnere ich mich richtig? War es in der letzten Legislaturperiode die schwarz-gelbe Mehrheit hier im Haus, die den Beschluss aufgehoben hat, die Vergütungen und Bezüge für die Verantwortlichen bei der HSH Nordbank zu deckeln? War das nicht Ihre schwarz-gelbe Mehrheit? Es war doch - gemessen an dem, was Sie gerade über die Vorstandsarbeit gesagt haben - ein bemerkenswerter Beitrag, dass Sie diesen Beschluss als eine Ihrer ersten Maßnahmen in der letzten Legislaturperiode aufgehoben haben.

(Wolfgang Kubicki)

- Herr Kollege Dr. Stegner, nun kann es sein, dass ich unter partieller Amnesie leide, aber ich kenne keinen Beschluss dieses Landtages oder der Regierung, die **Gehaltsdeckelung der Vorstände** bei der HSH Nordbank aufzuheben. Das wäre übrigens auch unzulässig, weil diese Grenze in der Vereinbarung der Europäischen Kommission über die Billigung der Staatshilfen festgeschrieben ist.

Ich habe aber früher schon einmal gesagt - ich wiederhole das; das habe ich auch im Finanzausschuss gesagt -: Diejenigen, die jetzt dort im Vorstand tätig sind, sind nicht diejenigen, die die Krise verursacht haben. Die spannende Frage, die im Raume steht, ist, ob wir nicht an einige Persönlichkeiten eine Art Fee ausloben sollten, für den Fall, dass es ihnen gelingt, die Bank wirklich zu retten. Vielleicht ist es besser, 10 Millionen € an die zu zahlen, als dass die Bank untergeht oder wir Milliarden verlieren.

Die Frage, ob das sinnvoll ist, muss doch im Raum stehen: Wir bestrafen momentan diejenigen gehaltsmäßig, die versuchen, die Krise zu meistern. Wir können ihnen eigentlich nur dankbar sein. Nach wie vor belohnen wir bedauerlicherweise diejenigen - auch Herrn Nonnenmacher -, die einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben, dass sich die Bank überhaupt in dieser Krise befindet.

Risiko Nummer 5, liebe Kolleginnen und Kollegen: **Glücksspielgesetz**. Die Landesregierung erweckt mit ihrem Handeln bei mir den Eindruck, dass sie die von mehreren Glücksspielanbietern eingeleiteten Untätigkeitsklagen als kleines Spielchen ansieht, das man locker und leicht aussitzen kann. Ich möchte die Landesregierung warnen. Recht und Gesetz, lieber Herr Kollege Dr. Stegner, müssen angewandt werden, solange die Gesetze gelten. Wer die Erteilung von **Lizenzen für Online-Glücksspiele** verweigert, weil sie ihm nicht opportun erscheinen oder der eigenen Programmatik entgegenstehen, handelt willkürlich und vorsätzlich und macht sich - das sage ich Ihnen - schadensersatzpflichtig. Es ist einfach so, ob einem das passt oder nicht. Die Rechtsprechung unterliegt schlicht und ergreifend nicht der politischen Weisung von Herrn Dr. Stegner, und das wird dankenswerterweise in Zukunft auch so bleiben. Die Frage ist doch, ob man sehenden Auges in ein solches Risiko läuft, um anschließend - oder bei dem Versuch, dieses Risiko zu minimieren - zu sagen, daran seien Arp und Kubicki schuld. In einem Rechtsstaat müssen Recht und Gesetz beachtet werden. Wer alle Anforderungen erfüllt, hat den Anspruch auf Erteilung einer Lizenz. Fadenscheinige Argumente werden vor Gericht keinen Bestand haben. Noch einmal: Das Risi-

ko ist nicht von der Hand zu weisen, und es steigt von Tag zu Tag.

Herr Dr. Stegner, Sie können in allen Fragen eine völlig andere Auffassung haben als andere. Auch können Sie jedes Mal sagen: Alles, was wir tun, sei Lobbyismus, während all das, was Sie, die Sozialdemokraten, tun, reiner Altruismus sei. Wir haben bei Herrn Steinbrück gesehen, wie altruistisch er mit seinen Vorträgen war. Ich sehe auch, dass Sie zu Vorträgen nicht eingeladen werden, weil die Reden, die Sie halten, bedauerlicherweise nicht so sind, dass mehrere Leute sie freiwillig hören würden.

(Beifall FDP und CDU)

Aber noch einmal: Es macht die Demokratie aus, das parlamentarische System und auch den Rechtsstaat, dass man Gesetze schaffen und wieder abschaffen kann, dass man neue Gesetze auch erledigen kann. Aber dazu aufzurufen, ein Gesetz nicht zu beachten, weil es einem nicht passt, das ist ein Fall von Staatsverweigerung, die Sie gelegentlich beklagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Risiko Nummer 6: **Universitätsklinikum Schleswig-Holstein**. Wir haben letztes Jahr gemeinsam im Konsens entschieden, dass wir den vorhandenen Sanierungsstau beim Uniklinikum mittels einer Partnerschaft mit privaten Investoren lösen wollen. Auf diesen Weg muss man sich konsequent fokussieren. Auf die von der Geschäftsführung errechneten Effizienzreserven muss gepocht werden, um die bestehende Schiefelage insgesamt wieder zu verbessern.

Herr Dr. Stegner, Sie wissen es doch auch wie alle anderen: Dieses Land ist nicht in der Lage, jedes Jahr weitere 20 Millionen € Verluste aufzuhäufen. Irgendwann wird die Rechnung präsentiert, weil das Klinikum mit dem aufgestauten Verlust, den es erwirtschaftet hat, im Zweifel nicht mehr selbst fertig werden kann. Damit meine ich nicht den Sanierungsstau, sondern den Verlust aus dem normalen Geschäftsbetrieb, der sich mittlerweile auf 150 Millionen oder 160 Millionen € angehäuft hat. Das Ding muss irgendwann etatisiert werden. Oder aber wir müssen erklären, wie die Universitätsklinik damit fertig werden soll.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie einen weiteren Wortbeitrag des Herrn Abgeordneten Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich trinke jetzt auch aus seinem Glas, dann kann ich das auch.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Stegner, Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich beziehe mich auf die Veränderungen, die auf den - leider der FDP angehörenden - Gesundheitsminister zurückzuführen sind. Wenn die Vergütung in Schleswig-Holstein auf das Maß gebracht werden würde, das überall in der Bundesrepublik bezahlt wird, hätte das Universitätsklinikum in Schleswig-Holstein jährlich 25 Millionen € mehr. Insofern wäre das Risiko, das Sie beschrieben haben, deutlich geringer, wenn wir für bestimmte Operationen die gleichen Gelder wie in anderen Länder bekämen. Ist Ihnen dieses bekannt? Ist Ihnen auch bekannt - um das präziser zu sagen -, wer dafür verantwortlich ist, dass wir immer noch nicht die Angleichung in diesem Bereich haben?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Dr. Stegner, mir ist erstens bekannt, dass Herr Rösler und auch Herr Bahr, was die Frage der Fallpauschalenfestlegung angeht, nicht zuständig waren. Weiter kann ich Ihnen sicher sagen, dass Länder wie das von Ihnen regierte Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen eine Veränderung der Fallpauschalen momentan verhindern, weil nämlich ihre Kliniken damit belastet würden, während die sparsamen schleswig-holsteinischen Kliniken damit begünstigt würden. Es sind die von Ihnen regierten Länder, die es momentan verhindern.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Risiko Nummer 7: **Eingliederungshilfe**. Dabei handelt es sich - nach den zu zahlenden Zinsleistungen - immerhin um den größten Einzelposten im Landesetat. Das sind immerhin über eine halbe Milliarde €. Trotzdem verliert diese Landesregierung im Rahmen der nun laufenden Haushaltsberatungen kein einziges Wort darüber.

Bislang ist die Öffentlichkeit diesbezüglich auf folgendem Stand: Die Landesregierung rechnet damit, dass die Kosten der Eingliederungshilfe um 2,5 statt um 3 % steigen werden. So sieht es zumindest der Haushaltsentwurf 2013 vor. Das ist eine optimistische Einschätzung, die am Ende einen Unter-

schied von 3 Millionen € ausmachen kann. Auf welchen konkreten Zahlen diese Einschätzung allerdings beruht, erklärt die Landesregierung nicht. Sie erklärt es bis heute nicht. Bis heute gibt es keine Aussagen zu den erwarteten Fallzahlsteigerungen. Es liegen keine Aussagen zu den prognostizierten Steigerungen bei den Kosten für Personal- und Sachmittel vor.

Wer die Presseberichte von heute aufmerksam gelesen hat, darf sich schon fragen, ob die zuständigen Ministerinnen überhaupt miteinander reden. Selbst auf Nachfrage kann die Sozialministerin nicht erklären, wie ihre Kollegin aus dem Finanzressort auf derlei Ansätze für die Eingliederungshilfe im Haushaltsentwurf kommt. Das finde ich bemerkenswert.

Dies beweist, dass diese Landesregierung - jedenfalls in diesem Bereich - kopf- und führungslos, ohne einen Überblick, ohne eigene Schwerpunkte und ohne den oftmals beschworenen Dialog umherirrt. Ich fordere Sie auf, sich endlich mit den wirklich wichtigen Themen in diesem Land auseinanderzusetzen. Kümmern Sie sich endlich darum! Das schließt die Finanzierung des Leistungssystems für Menschen mit Behinderung ein. Treffen Sie geeignete Maßnahmen, um die Finanzierung auch in Zukunft sicherzustellen, bevor uns die Eingliederungshilfe vor Ort um die Ohren fliegt.

Risiko Nummer 8: **Bundesgesetzliche Änderungen**. Das Land hat im Haushaltsentwurf 2013 für bundesgesetzliche Änderungen Mittel in Höhe von 10 Millionen € reserviert. Wir stellen deshalb fest, dass diese Landesregierung davon ausgeht beziehungsweise ausgehen muss, dass es auf Bundesebene weiterhin eine Fortsetzung des schwarz-gelben Bündnisses geben wird; denn die 10 Millionen € würden bei einer rot-grünen Bundesregierung innerhalb von vierzehn Tage aufgebraucht werden. 10 Millionen € reichen weder aus, um beispielsweise die gewünschte energetische Sanierung steuerlich zu fördern - denn darum geht es - noch um die verfassungsrechtlich notwendige Erhöhung des Freibetrages bei der Einkommensteuer umzusetzen. Auch das steht uns noch unmittelbar bevor.

Ich bitte die Regierungsmitglieder, bei Entscheidungen im **Bundesrat** die Landesinteressen auch einmal vor die Parteiinteressen zu stellen. Wenn der Bund bereit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit seinen Mitteln die Hochschulen im Land zu unterstützen, ist das grundsätzlich positiv. Dann muss ein Landesvater beziehungsweise eine Landesregierung die Courage besitzen und zugeben: Die Veränderung ist besser als der Status quo. Auch wir könnten uns weiter gehende Regelungen wünschen;

(Wolfgang Kubicki)

aber es ist gerade für unsere Studenten besser, den Spatz in der Hand zu haben als die Taube auf dem Dach oder den Adler in der Luft.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsentwurf ist nichts anderes als ein Dokument der Angst - Angst zum einen vor den eigenen Regierungsfractionen, denn wo nur noch ein Spielraum von 5 Millionen € vorhanden ist, kann auch keine Spielwiese für unkontrollierte Erwartungen von Sozialdemokraten, Grünen und SSW entstehen. Frau Ministerin, Sie haben den Haushalt so eng gestrickt, dass Ihre eigenen Fraktionen kaum noch Möglichkeiten haben, selbst **parlamentarische Schwerpunkte** zu setzen. Das nennt man vielleicht klug; denn wir können ahnen, dass die Regierung hiermit eine Vielzahl von Utopien zunichte machen wird.

Der Haushaltsentwurf ist zum anderen ein Dokument der Angst, weil Sie ganz offensichtlich niemandem wehtun wollen. Um nicht missverstanden zu werden: Es geht uns nicht darum, dass irgendjemandem wehgetan wird. Angesichts aber einer von der Verfassung vorgeschriebenen strukturellen Einsparleistung durch die Schuldenbremse sind Sie früher oder später gezwungen, zumindest an der einen oder anderen Stelle den Rotstift anzusetzen. Wir sind richtig gespannt auf die Haushaltsberatungen für 2014/2015. Ich sage jetzt schon voraus, dass Sie eine Vielzahl von kleinen Maßnahmen symbolhaften Charakters dann wieder werden zurücknehmen müssen, weil Sie ansonsten den Konsolidierungspfad nicht werden einhalten können.

(Beifall FDP, CDU und Rasmus Andresen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das Problem dabei, Kollege Andresen, wird nur sein, dass die Enttäuschung, die Sie damit verursachen, fundamental tiefer sein wird als das, was Sie Schwarz-Gelb regelmäßig im Hinblick darauf vorgeworfen haben, was sie bei den Konsolidierungsleistungen für Anstrengungen unternommen haben.

Die 5 Millionen €, die die Grenze zwischen Verfassungswidrigkeit und Verfassungstreue bilden, sind angesichts dieser verfassungsmäßigen Verpflichtung alles andere als beruhigend. Sie sind aber auch Ausdruck des Unvermögens, auch einmal Nein zu sagen. Das Risiko, das wir durch diesen Haushaltsentwurf tragen, ist auf eben dieses Unvermögen zurückzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fragen nach wie vor, wo visionäres Handeln in dieser Debatte und im Haushaltsentwurf zu sehen sein soll. Abge-

sehen von blumigen Erklärungen war davon bisher nichts zu spüren. Der Zustand der Straßen wird vermutlich noch unter den weiteren Beschlüssen der Regierungsfractionen leiden müssen, die **Rahmenbedingungen** werden weiter geschwächt werden. Die **Wirtschaft** wird stagnieren, und die Entwicklung wird gestoppt werden. So zu verfahren, heißt, das Land erneut in eine Sackgasse zu führen. Das haben die Menschen, das hat das Land nicht verdient.

Ich warte immer noch auf die Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Wachstumsmöglichkeiten des Landes Schleswig-Holstein beitragen sollen. Schleswig-Holstein leidet im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern an einer Wachstumsschwäche. Wir erwarten nicht nur von Herrn Meyer in großen Schreiben und Reden, die er abweichend vom Koalitionsvertrag verfasst, sondern auch von Ihnen eine Antwort darauf, wie das Wachstumspotenzial von Schleswig-Holstein gestärkt werden soll. Wie wollen Sie mit Ihren Maßnahmen dazu beitragen, dass wir eine **Wachstumsquote** haben werden, die mindestens dem Schnitt der westdeutschen Bundesländer entspricht?

Denn wir wissen: Sie können sich aus der Krise allein mit **Sparmaßnahmen** nicht herausbewegen. Dazu gehören schon Wettbewerbsfähigkeit, ein Wachstum der Wirtschaft und ein unternehmungsfreudiges Klima. Wenn Sie das nicht gewährleisten, dann werden wir die Probleme nicht meistern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, seit 1992 haben wir in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ein unterdurchschnittliches Wachstum. Hätten wir seitdem die gleichen Wachstumsraten gehabt wie der westdeutsche Bundesschnitt, dann hätten wir heute strukturell jedes Jahr fast 500 Millionen € mehr, die wir ausgeben oder anders einsparen könnten. Das heißt, wir hätten Verfügungsmasse, um all die Wünsche zu erfüllen, die auf der Agenda stehen. Die Tatsache, dass dieser Wachstumsschwäche nicht entgegengewirkt worden ist, ist ein fiskalisches Versäumnis, nicht nur ein Versäumnis, was die Lebensqualität der Menschen angeht. Wir hätten von einer grünen Finanzministerin schon erwartet, dass sie uns darüber Aufklärung gibt, wie dieses fiskalische Versäumnis der Vergangenheit durch Wachstumsimpulse durch den Haushalt verändert werden kann.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung ist mit großen Ansprüchen gestartet, und zwar nicht nur im Wahlkampf, sondern auch da-

(Wolfgang Kubicki)

nach. Es gab vollmundige Erklärungen im **Koalitionsvertrag** und in der **Regierungserklärung** des Ministerpräsidenten. Was ist davon übrig geblieben? - Wo ist die Generationengerechtigkeit, wenn die Nettoneuverschuldung gegenüber 2012 um 154 Millionen € steigt? - Wo findet sich Nachhaltigkeit, wenn zugunsten von konsumtiven Ausgaben Investitionen unterbleiben? - Wo bleibt der Einklang von Ausgaben und Einnahmen, wenn die Ausgaben stärker steigen als die Einnahmen, wenn unrealistische Wahlkampfversprechen den Ton angeben?

Der vorgelegte Haushaltsentwurf dokumentiert die alten Handlungsmuster und sieht seine Hauptaufgabe in der Beglückung bestimmter Gruppen. Dabei wird vollkommen außer Acht gelassen, dass die künftigen Generationen über Gebühr belastet und die künftigen Einsparungen des Konsolidierungspfades umso stärker ausfallen werden müssen.

Ihre Politik der Transparenz weicht von Ihren Handlungen ab. Während Sie mit den kommunalen Vertretern noch über die Verwendung des Bundeszuschusses für die Grundsicherung im Alter verhandeln, haben Sie im Bericht zum Stabilitätsrat bereits Fakten geschaffen. Im aktuellen Bericht heißt es, ich darf zitieren:

„Die Landesregierung wird voraussichtlich im November 2012 einen Gesetzesentwurf zur Änderung des AG-SGB XII in den Landtag einbringen, in dem geregelt werden wird, dass der Landesanteil an den Kosten der Grundsicherung in Höhe von zurzeit 35,6 Millionen € ab 2014 entfällt.

Darüber hinaus ist bereits 2013 vorgesehen, 50 v. H. der nach der Erhöhung des Bundesanteils an der Grundsicherung möglichen Entlastung zur Konsolidierung des Haushalts heranzuziehen.“

Das ist eine vorausschauende Politik für die **Kommunen**. Das ist vorausschauende Sozialpolitik. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind Sozialdemokraten, die auf der einen Seite sozialpolitische Sonntagsreden halten und auf der anderen Seite den Menschen das Geld aus der Tasche ziehen.

(Beifall FDP und CDU)

Es geht noch weiter: Herr Kollege Dr. Stegner, mir ist noch bekannt, wie damals vonseiten der damaligen Opposition gegen die vorgesehene Kürzung des Bundes bei den **Arbeitsmarktprogrammen** gewertet wurde. Umso erstaunlicher scheint daher die

Handlung der jetzigen Landesregierung. Ich habe Ihre Worte noch im Ohr, wie unverantwortlich das sei, den armen Arbeitslosen die Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit zu nehmen. Im aktuellen Stabilitätsbericht verkündet diese Landesregierung, ich zitiere:

„Die Landesregierung wird den Landesanteil am Arbeitsmarktprogramm ab 2014 reduzieren. Vorgesehen ist, die Ausgaben um bis zu 1,7 Millionen € zu senken.“

Das ist die Sozialdemokratie von heute: Die Opposition angreifen, große Reden führen, im praktischen Handeln aber das genaue Gegenteil von dem tun, was man hier vorträgt.

(Beifall FDP - Zuruf Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Stegner, die Jahre mit Ihnen haben mich dazu gebracht, von Ihnen zu lernen.

(Zurufe und Beifall SPD)

Ich habe gemerkt: Von Stegner lernen, heißt siegen lernen. Ich kann das wirklich so sagen. Ich verfolge den Stegner-Twitter-Account regelmäßig. Dort habe ich gelesen, er sei von Stefan Raab auch eingeladen gewesen. - Er konnte bedauerlicherweise nicht herausgewählt werden, weil er schon vorher wieder ausgeladen wurde. So ist das eben.

(Lachen FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Abschluss die Regierung und noch mehr die Regierungsfraktionen gern mit einem Zitat von Yehudi Menuhin beglücken, das der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner uns in der 16. Wahlperiode zum Besten gegeben hat. Ich zitiere:

„Freiheit ist nicht die Freiheit zu tun, was man will, sie ist die Verantwortung, das zu tun, was man tun muss.“

In diesem Sinne: Nehmen Sie den Haushaltsentwurf zur Kenntnis, und verändern Sie ihn so, dass er den Ansprüchen unserer Verfassung genügt! Meine Fraktion wird Ihnen in den Haushaltsberatungen dabei hilfreich zur Seite stehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, bevor wir fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Mitglieder des Wirtschafts- und Politikurses des Gymnasiums Luisenlund zu begrüßen. Sie sind

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Gäste des Kollegen Daniel Günther. Herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Wir unterbrechen die Haushaltsberatungen und kommen zu Tagesordnungspunkt 14:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des schleswig-holsteinischen Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/259

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/259 an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein auf dem Gebiet der Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/269

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/269 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies ebenso einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen die Sitzung zu einer Mittagspause bis 15:00 Uhr und setzen dann die Haushaltsberatungen fort. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:07 bis 15:05 Uhr)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die weiteren Beratungen heute Nachmittag und möchte zunächst mit Ihnen auf der Tribüne Herrn Professor Dr. Rogosch mit Studierenden der Fachhochschule Altenholz begrüßen sowie Schülerinnen und Schüler des Berufsbildungszentrums Schleswig, ebenso Mitglieder der

Jugendfeuerwehr Schiphorst aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg und schließlich Postsenioren aus der Hansestadt Lübeck. Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen hier in der Landeshauptstadt Kiel!

(Beifall)

Wir setzen nun die Debatte zum Haushalt fort:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/220

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2013

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/221

c) Finanzplan Schleswig-Holstein 2012 - 2016

Finanzplan Fortschreibung 2017 - 2022

Bericht der Landesregierung zum Abbau der strukturellen Verschuldung gemäß Artikel 59 a Landesverfassung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/315

Ich erteile das Wort dem Kollegen Torge Schmidt von der Fraktion der PIRATEN.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Erstes möchte ich Folgendes sagen: Ich bin sehr amüsiert darüber, dass das Wort „Rasenmäher“ bisher häufiger gefallen ist als das Wort „Transparenz“.

(Beifall PIRATEN)

Sie werden eventuell davon ausgehen, dass die PIRATEN wenig zum Haushalt zu sagen haben. Da muss ich Sie leider enttäuschen; denn es ist durchaus etwas mehr.

(Torge Schmidt)

Es ist gut drei Wochen her, dass der Haushaltsentwurf im Landtagsinformationsnetz aufgetaucht ist. In den letzten drei Wochen haben wir aber nicht nur mit dem Computer gespielt, sondern wir haben uns intensiv mit der Haushaltsplanung beschäftigt.

Ziel und Anspruch sollten es sein, dass möglichst jeder den Haushalt nachvollziehen kann. Hierzu sind **Haushaltsklarheit** und **Haushaltswahrheit** zwei unabdingbare Kernelemente, die erfüllt sein müssen. Ein illustres Gegenbeispiel dafür sind die nicht mehr zentral veranschlagten Ausgaben für Statistiken. Dass nun anstelle des Innenministeriums die verantwortlichen Ressorts mit den Kosten für die Statistiken belastet werden, ist richtig und wichtig.

Die Umsetzung dieses Schrittes ist allerdings mehr als unvollständig vollzogen worden. Im Einzelplan des Innenministeriums ist noch sehr einleuchtend beschrieben, in welcher Form die Ausgaben zukünftig den einzelnen Ressorts zugewiesen werden. Schauen wir jedoch in die Einzelpläne, auf die die Ausgaben übertragen wurden, dann wird das mit der Nachvollziehbarkeit schon schwieriger.

Die Ministerien für Energiewende und Justiz weisen zumindest eine genaue Quelle aus, von wo eine Übertragung stattgefunden hat, das Sozialministerium hingegen bezieht sich ganz allgemein auf das Innenministerium. Im Einzelplan des Bildungsministeriums gibt es keinerlei Angaben darüber, worauf sich die Erhöhung der Ausgaben um rund 760.000 € gründet. Im Plan des Wirtschaftsministeriums fehlt diese Angabe ebenso. Was soll der Leser denken, wenn er, ohne die Vorgeschichte zu kennen, in den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums schaut und dort ohne Angabe einer Erklärung liest, dass die Ausgaben für Statistiken von 61.000 € auf mehr als 4,7 Millionen € steigen?

Dies ist nur ein Beispiel für die Stellen, an denen der Haushalt mit einfachsten Mitteln verständlicher gemacht werden könnte.

Ein weiterer Punkt, auf den ich kurz eingehen möchte, sind die strukturellen Mehreinnahmen beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation. In der Pressemitteilung des Finanzministeriums vom 8. November 2012 über die Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2013 durch das Kabinett wird von strukturellen Mehreinnahmen in Höhe von 1 Million € durch „Aktualisierung der Landesverordnung über Gebühren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein“ gesprochen. Im Haushaltsentwurf findet sich Einzelplan 04 keine höher veranschlagte Summe

für 2013 im Vergleich zu 2012. Wie eine Rücksprache mit dem Landesrechnungshof ergab, sah der ursprüngliche Plan noch eine Kürzung auf 8,5 Millionen € vor, die durch Mehreinnahmen aus der Gebührenanpassung auf 9 Millionen € kompensiert werden sollte. Im Zuge dessen von strukturellen Mehreinnahmen zu sprechen, scheint mir mehr als fragwürdig zu sein. Aber vielleicht können Sie, Frau Ministerin Heinold, uns aufklären.

(Beifall PIRATEN)

Es fällt mir schwer, Freude darüber zum Ausdruck zu bringen, dass der Haushaltsentwurf 2013 eine **Neuverschuldung** von 419 Millionen € vorsieht. Unter Anrechnung der finanziellen Transaktionen, Konsolidierungshilfen und der Konjunkturkomponente liegen wir bei einem Wert von 778 Millionen € für das strukturelle Defizit. Verzeihen Sie, sehr geehrte Frau Heinold, dass uns die Unterschreitung der Höchstsumme um 2 Millionen € unter den gegebenen Voraussetzungen, positive Wirtschaftslage und niedrige Zinsen, nicht zufrieden stimmt.

(Beifall PIRATEN)

Der Schuldenberg des Landes wächst weiterhin dramatisch und strebt auf einen Wert auf 28 Milliarden € zu. Die Schulden der Kommunen und der Anteil der Schulden des Bundes sind hier noch nicht eingerechnet. Welche Situation sich ergibt, wenn es unerwartet zu einem schnellen Zinsanstieg auf den Kapitalmärkten kommt, können wir uns sicherlich alle ausmalen. Wir werden auf diesem Kurs die 1-Milliarden-Grenze der **Zinsausgaben** dauerhaft überschreiten.

Seit der letzten Woche ist bekannt, dass es zu einer Zweitverlustgarantie der **HSH Nordbank** ab dem Jahre 2019 in Höhe von 1,3 Milliarden € kommen wird. 650 Millionen € davon sind vom Land Schleswig-Holstein aufzubringen. Wo, sehr verehrte Frau Heinold, sehen Sie einen Spielraum für zusätzliche Ausgaben in Höhe von 650 Millionen €, wenn es nicht einmal gelingt, unter den derzeitigen positiven Vorzeichen das Haushaltsvolumen deutlich zu reduzieren? Nach dem angestrebten Abbaupfad erlaubt uns der Haushalt für das Jahr 2019 nur noch ein strukturelles Defizit in Höhe von 110 Millionen €. Ab 2020 darf es kein strukturelles Defizit mehr geben.

Als Begründung für die starke Neuverschuldung wird gern ein Projekt mit dem eleganten Namen „PROFI“ herangezogen. Das Programm sieht eine einmalige Investition mit einem Volumen von 50 Millionen € unter anderem für **energetische Sa-**

(Torge Schmidt)

nierung landeseigener Liegenschaften vor, um langfristig die strukturellen Kosten zu senken. Das ist von der Ausgangsüberlegung her eine gute Idee.

Nun gab es bereits im letzten Haushalt einen Titel mit dem Namen „Energiesparende und ökologische Maßnahmen in den vom Land genutzten Liegenschaften“. Dieser Titel hatte 2012 noch ein Volumen von 2 Millionen €; er wurde im jetzigen Haushalt zugunsten des Projekts PROFI auf Null gesetzt. Wenn man so will, wurden im jetzigen Haushalt also 48 Millionen € mehr eingestellt.

Frau von Kalben hat uns im Finanzausschuss am 26. September versichert, dass man die einmalige Investition PROFI nutzen wolle, um den Klimaschutz voranzubringen und später strukturelle Minderausgaben zu realisieren. Der Kollege Andresen machte darauf aufmerksam, dass PROFI eine Investition in die Zukunft sei, die langfristig zu Kosteneinsparungen führe.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Geradezu konträr sind die Aussagen in der letzten Finanzausschusssitzung gewesen. Die GMSH hat uns in der Ausschusssitzung vom 8. November auf Nachfrage des Abgeordneten Koch gesagt, dass für die reinen Verwaltungsgebäude bereits ein gewisser Stand der energetischen Sanierung erreicht sei, der okay sei. Herr Staatssekretär Losse-Müller ergänzte, dass es bisher keine Gesamtabfrage gegeben habe, jedoch Einzelbeispiele wie die CAU vorhanden seien.

Zusammenfassend haben wir also ein Projekt im Haushalt stehen, dessen wahres zusätzliches Volumen um 2 Millionen € geringer ausfällt als die in der Pressemitteilung verbreiteten 50 Millionen €. Es ist ein Projekt, das keine Bedarfsanalyse besitzt. Somit kann es keine Untersuchung und keine Berechnung geben, wie hoch die tatsächliche Rendite des Projekts und damit auch die von der Regierung erwähnten strukturellen Minderausgaben sind.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie einen Wortbeitrag des Abgeordneten Andresen?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Andresen, Sie haben das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe eine Zwischenfrage - um präzise zu sein. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie, politisch zugespitzt, behaupten würden, dass es an den Hochschulen im Land keinen Sanierungsbedarf gibt?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Das habe ich nicht gesagt. Ich erkenne schon den Sanierungsbedarf an Hochschulen an. Ich habe nur gesagt, dass es bisher bis auf die CAU kein weiteres Beispiel für die Sanierung gab.

Ich hoffe echt, dass das Projekt PROFI nicht nur eine teure Imagekampagne ist.

Vieles im Bildungsbereich könnte besser gemacht werden. Alles sollte in gemeinsamer Anstrengung, im Dialog passieren. Allerdings passiert außer den großen Dialogen nicht viel, und diese Dialoge sind inzwischen nicht nur bei den Stammtischlern und bei den ehemaligen Mehrheitsfraktionen in Verruf gekommen.

Die Landeselternvertretungen begehren auf und fordern klare Entscheidungen. Zu Recht: Denn vom Reden allein wird das **Bildungsland Schleswig-Holstein** nicht einen Zentimeter weiter nach vorn gebracht. Alle müssen Kröten schlucken. Wenn die deutliche Trennung zwischen achtjährigem Gymnasium und neunjähriger Gemeinschaftsschule bis zum Abitur kommen soll, dann sagen Sie das, Frau Professorin Wende; sie ist heute Nachmittag leider verhindert. Die Eltern wollen klare Aussagen hören. Sie wollen wissen, wie das mit der Schulreformkonsolidierung werden soll, mit der Bildung von multiprofessionellen Teams und einem landesweiten Konzept zum digitalen Lernen. Frau Ministerin Wende, die PIRATEN setzen große Hoffnung in Sie. Wir bitten Sie aber auch: Reden Sie Ihre Politik, Ihre Ansätze nicht kaputt, sondern handeln Sie, damit Dialog nicht zum Unwort in Schleswig-Holstein wird, und bleiben Sie ehrlich und verständlich!

(Beifall PIRATEN)

753 Lehrerinnen und Lehrer sollen insgesamt im System verbleiben. Differenzierungsstunden werden zukünftig zurückgegeben. Sie wollen die Lehrerbildung und die Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer verbessern. All das finden wir gut.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

(Torge Schmidt)

Das unterstützen wir sogar. Aber wir wollen auch an der politischen Ehrlichkeit festhalten. Es wird immer wieder verbreitet, dass Sie 300 neue **Lehrerstellen** schaffen. Das tun Sie natürlich nicht. Es gibt keinen einzigen neuen Lehrer, es werden aber sehr wohl weniger Stellen gestrichen. Auch das finden wir eine Leistung.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es werden neue eingestellt!)

- Nach dem bisherigen Plan werden definitiv Stellen gestrichen. Die Reduzierung ist um 300 weniger, als sie vorher sein sollte. - Wie gesagt, auch das finden wir eine bessere Leistung als das, was die Vorgängerregierung mit dem Rasenmäher plante. Es ist womöglich sogar eine gute Leistung. Darum dürfen Sie die Öffentlichkeit auch nicht blenden. Sagen Sie, wie es ist, und dann ist gut.

(Beifall PIRATEN)

Das Gleiche gilt für die **Schulsozialarbeit**. Sie als Regierung sagen, dass Sie die Schulsozialarbeit ausbauen und stärken. Dann sollten Sie aber auch sagen, dass der Bildungsminister Dr. Klug von der FDP bereits im Frühjahr 2012 im Bildungsausschuss angekündigt hatte, den Topf Schulsozialarbeit mit insgesamt 4,7 Millionen € aufzustocken. Hinter diesem Ziel bleibt diese Regierung sogar noch um 100.000 € zurück und lässt sich von ihren Vorgängern etwas vortanzen. Das kann passieren. Aber dann sollte man sich nicht als Weltverbesserer darstellen. Dann sollte man sich auf das konzentrieren, was man wirklich besser macht.

(Beifall PIRATEN)

Beim Thema **Unterrichtsausfall** könnte ebenfalls einiges besser werden. ODIS hat ausgedient, und die Kleine Anfrage meines Kollegen Krumbeck hat ergeben, dass noch in diesem Jahr ein verbessertes Konzept dazu vorgestellt werden soll. Die zugegeben in Relation zum Gesamthaushalt eher bescheidenen Mittel sollen aus einem Titel kommen, der seit zwei Jahren auf Null läuft, und müssen somit, da gegenseitig deckungsfähig, aus der Maßnahmengruppe „Vertretungsfonds“ insgesamt bestritten werden. Wir diskutieren hier seit Monaten, wie hoch der Vertretungsfonds tatsächlich ausfallen muss, um seinem Anspruch gerecht zu werden. Sie nehmen ohne belastbare Daten Geld aus dem Vertretungsfonds, um ein Konzept zu entwickeln, das den Vertretungsbedarf erst ermitteln soll. Damit ist noch kein Unterrichtsausfall behoben, wofür die Mittel eigentlich sind. Ich finde das, gelinde gesagt, ungeschickt.

(Beifall PIRATEN)

Und dann das Projekt „**Sondervermögen Hochschulbau**“. Wir werden dazu eine gesonderte Debatte führen. Es ist tricky, leider ist es nur ein kurzatmiges Vorhaben, das keine konzeptionelle Basis hat und ausdrücklich nicht zum Haushalt des Landes gehören soll. Allein das ist recht hanebüchen, dass eine Pflichtaufgabe des Landes einfach so nebenbei abgewickelt wird. Wenn das so einfach geht, meine Damen und Herren, dann machen wir das doch auch für ein landesweit einheitliches Ausstattungskonzept für IT an den Schulen. Da hätten wir dann auch gern ein kleines Sondervermögen nebenbei. Das könnten wir gut gebrauchen. Ich weise darauf hin, dass wir eine Stärkung unserer Hochschulen deutlich wollen. Wir wollen ihnen helfen, sich noch besser zu entwickeln und für die Studierenden die besten Voraussetzungen zu schaffen. Aber das schafft man so natürlich nicht.

Dabei gebe ich der Regierung für die desolante Situation im Hochschulbau keine Schuld. Der Kollege Andresen macht es sich natürlich leicht, wenn er sagt, man würde nun die Versäumnisse der Vorgängerregierung angehen. Nein, diese Versäumnisse sind jahrzehntealt und zeigen überdeutlich, wohin man kommt, wenn man sich nicht traut, beizeiten zu handeln, wo es nötig ist.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sage ich doch!)

- Du hast es gerade erst im Finanzausschuss gesagt.

Wenn ein neues Haus steht, darf man sich nicht zu lange nur darüber freuen, sondern muss einbeziehen, dass das Haus auch einmal ein neues Dach braucht. Darum hat sich im Bereich Hochschulen nie jemand gekümmert, wirklich niemand. Nun kommen auch noch - wir freuen uns darüber - neue Studenten daher, und auf einmal braucht man am Haushalt vorbei ein Sondervermögen, um die Problematik unter das sprichwörtliche Dach zu bekommen.

Ich will diese Regierung ausdrücklich nicht für die Versäumnisse der Vorgängerregierungen verantwortlich machen, aber ich möchte Sie daran erinnern, dass Haushaltswahrheit und -klarheit grundlegende Werte in der gesamten Debatte sind. Wir dürfen uns, wenn es schwierig wird, nicht wegduckern. Wir dürfen - auch das ist wichtig - uns an den Stellen, an denen wir gleiche oder wenigstens ähnliche Ziele haben, nicht voneinander entfernen.

(Torge Schmidt)

Nehmen wir den Kulturbereich. Da ist viel, wie es sein soll. Das angekündigte Kulturkonzept erwarten wir mit großer Spannung. Wir würden uns gern an guten Diskussionen dazu beteiligen. Besonders die Bereiche Landesbibliothek, Landesarchiv, Museen und Sammlungen interessieren uns sehr. Hier gibt es viel zu tun und viel zu investieren, und auch wir sehen, dass nicht alles sofort möglich ist. Auch hier kann man von verkrusteten Strukturen sprechen. Denn über echte Strukturveränderungen wurde in den vergangenen Jahrzehnten nicht ausreichend nachgedacht. Vielleicht hatte man aber auch nicht die richtigen Ideen, und es fehlte nur der Mut, Neues anzustreben. Wir sehen doch, dass es nicht reicht, ein bisschen Geld aus dem einen Topf zu nehmen, um es in einen anderen fließen zu lassen. Dabei muss ich betonen: Was die Kulturministerin zum Beispiel im Bereich der kulturellen Jugendbildung macht, finden wir bemerkenswert.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Das ist ein überfälliger Akzent, ein Hinweis auch auf die deutliche Stellung, die **kulturelle Bildung** für die ganzheitliche Entwicklung eines Menschen hat. Aber wenn ich das bereits erkannt habe, warum gehe ich nicht einen weiteren Schritt und traue den Menschen, die die Entwicklung der Kultur in diesem Lande befördern, noch mehr zu? Warum gebe ich ihnen die Projektmittel nicht zusammen mit der institutionellen Förderung auf der Grundlage ausgehnter Zielvereinbarungen? Ich würde den Empfängern viel Zeit und Aufwand ersparen und auch im Kulturministerium viele Kapazitäten freisetzen, die dann intensiv mit der Arbeit eines Kulturentwicklungsplans belegt werden könnten. Das wäre eine kleine strukturelle Veränderung, die aber viel bewirken würde.

Wir zeigen, dass unsere gemeinsamen Prozesse wichtig sind, dass wir - und das würde auch der Regierung und uns als Landtag gut stehen - viel Vertrauen in das Leistungsvermögen und die Kompetenz derjenigen haben, die sich seit Jahren unter stetig schwereren Bedingungen für dieses Land einsetzen.

(Beifall PIRATEN)

Ein wichtiger Punkt im Haushalt sind die Frauenhäuser. Sie stocken die Mittel so weit auf, dass der Status quo wieder hergestellt ist. Das ist natürlich gut. Sie sagen dazu aber nicht, dass die Vorgängerregierung die Platzpauschale angehoben hat, was natürlich genauso zu begrüßen ist. Insgesamt wird damit der Status quo landesweit aber eben nicht erreicht. Denn fast 20 Plätze fehlen immer noch, weil

man mit gleichem Geld nicht teurere Plätze in gleicher Anzahl fördern kann. Das ist nicht Ihre Schuld, aber man sollte es ehrlicherweise erwähnen.

(Beifall PIRATEN)

Das Thema ist bei Ihnen im Zusammenhang mit der geschlechterspezifischen Mädchenarbeit ohnehin nie ganz ehrlich gelaufen. Noch im letzten Jahr hat Marret Bohn für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss vollmundig angekündigt, dass es keine Einschränkungen der **Frauen- und Mädchenarbeit** geben werde. Leider wurde die Mädchenarbeit der LAG im Land völlig vergessen. Die Mädchentreffs wurden unter Schwarz-Gelb abgewickelt, die LAG schwächelt, der Vorstand droht, nicht wieder vollständig besetzt werden zu können, und das Konzept, auf dem die Arbeit fußt, ist fast 20 Jahre alt. Wenn das die rot-grün-blaue-Stärkung der Mädchenarbeit ist, dann gute Nacht Marie.

(Beifall PIRATEN)

Wenn man etwas verspricht, dann sollte man es auch halten. Den PIRATEN ist **politische Jugendbildung** wichtig. Die Anhörung zum Gesetzentwurf eines Wahlrechts ab 16 Jahren hat ergeben, dass sich hier etwas bewegen muss, dass im schulischen wie im außerschulischen Bereich noch mehr getan werden muss, was politische Jugendbildung angeht. Vieles ist hier im Gange. Es wird gut begleitet, und doch gibt es hier weiteren Bedarf. Hier wollen wir sehen, wie wir die Jugendverbände stärken und für ihre Aufgaben rüsten können. Da jonglieren wir mit bescheidenen Summen, wir reden nicht über 1,3 Milliarden € wie bei der HSH Nordbank. Hier kann mit bedeutend weniger geholfen und echte Politik gestaltet werden.

Ein Schwerpunktthema der PIRATEN-Fraktion ist der **Verbraucherschutz**. Hierzu gehört ein flächendeckendes Angebot von Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger. Ich freue mich über das, was ich heute bezüglich der Verbraucherschutzzentrale in Heide in der Zeitung gelesen habe. Genau das ist das, was wir wollen. Wir sprechen uns für eine Erhöhung des Budgets der Verbraucherzentralen um 40.000 € aus.

(Beifall PIRATEN)

Dieses Geld wird benötigt, um die Verbraucherzentrale in Heide erhalten zu können. Daher ist es sehr gut, was Minister Meyer heute in der Zeitung verlauten ließ. Es ist übrigens die einzige Verbraucherzentrale an der Westküste.

(Torge Schmidt)

Zu einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik gehört auch ein kritischer Umgang mit staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft. Wir sprechen uns für eine degressive Subventionspolitik aus und begrüßen daher die im Koalitionsvertrag vorgesehene Streichung der einzelbetrieblichen Förderung.

(Beifall PIRATEN)

Wir werden nicht weniger genau hinsehen, welche Neuverteilung der Mittel angestrebt wird, und die Vergabe von **Subventionen** in den Ausschüssen kritisch hinterfragen.

Die **Infrastruktur** dieses Landes bildet die Grundlage seiner Wirtschaft. Hierbei geht es nicht nur um den Bau für die Instandsetzung von Straßen. Infrastruktur ist ein deutlich komplexeres Feld, das sich auch auf den Bereich IT und Mobilität bezieht. Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, sind frei zugänglich zu machen.

Mobilität ist eine der Kernfragen des 21. Jahrhunderts. Mobilität bildet eine Säule der Wirtschaftskraft. Die Bürgerinnen und Bürger müssen mobil sein, also haben sie auch das Recht, dass das Land für eine geeignete Bereitstellung des ÖPNV unter der Bedingung eines fairen Wettbewerbs sorgt. Wenn die Landesregierung schon Starthilfe für private Unternehmen im Haushaltsentwurf führt, dann sollten Sie diese auch zur Gestaltung fairer Rahmenbedingungen verwenden.

All diese geäußerten Kritikpunkte sind nichts Neues. Sie können sich auf den Haushaltsplan jeder Regierung beziehen. Sie sind allgegenwärtig. Die Frage, die man sich hier stellen muss: Wie können wir in Zukunft den Haushalt gestalten? Wie können wir die **Finanzpolitik** dieses Landes effizienter und unter Einbeziehung der Bürger handhaben? Können wir als Politiker dieses alljährliche Schauspiel der Haushaltsberatungen vor den Bürgern noch rechtfertigen, insbesondere mit Blick auf die dramatische Verschuldung des Landes? - Ich denke nicht.

Immer mehr Bürger haben längst den Versuch aufgegeben zu verstehen, was die Regierung plant. Die erwarteten Statements nach Verabschiedung des Haushalts sind so voraussehbar wie inhaltsleer: Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir werden Einsparungen von soundso viel erzielen. Zudem wird natürlich mehr Geld für Soziales, Bildung und Umwelt versprochen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ist es jetzt verkehrt, das zu machen?)

- Darüber können wir hinterher reden. - Aber allein mir und den Menschen außerhalb dieses Plenarsaals fehlt der Glaube. Am Ende werden wir wieder feststellen, dass das Geld nicht reicht. Auch das wird man dem Bürger - wie so oft - mit unerwarteten Ausgaben und dergleichen weißzumachen versuchen. Wie schaffen wir es also als Politiker, die Bürger wieder einzubeziehen?

Die Politik verschanzt sich zunehmend hinter einem Bürgerabwehrmechanismus, der kritische Fragen nicht zulassen möchte. Es ist an der Zeit, den Menschen in diesem Land das Angebot zu machen, den **Haushalt** mitzugestalten. Es ist auch an der Zeit, die Bereitschaft der **Bürger**, die in diesem Land am Haushalt mitwirken wollen, anzunehmen. Wir brauchen deren Expertise.

(Beifall PIRATEN)

Die Bürger und die Mitarbeiter der Verwaltung sind Experten, die die Auswirkungen des Haushalts auf vielfältige Weise zu spüren bekommen. Sie sind damit aber auch diejenigen, die die Sinnhaftigkeit der Ausgaben beurteilen, Vorschläge zum Einsparen machen können und wissen, wie man Prozesse effizienter und kostengünstiger macht.

Jedes moderne Unternehmen setzt auf die Expertise der Mitarbeiter bei der Frage, wie man Kosten senken und Prozesse effizient gestalten kann. Hier haben wir Potenzial. Dieses Potenzial muss endlich genutzt werden. Die Politik muss endlich aufhören, sich auf der Annahme auszuruhen, der Bürger wolle sich nicht einbringen und sei dazu ohnehin nicht in der Lage.

Bei dem, was die Regierung hier mit diesem Haushalt serviert, ist es nicht verwunderlich, dass sich kaum jemand die Mühe macht, den Haushalt auch nur versuchsweise zu durchdringen. Der Haushalt muss für die Bürger endlich vollständig, verfügbar und rechtzeitig sein. Vor allem sollte der Haushalt barrierefrei und maschinenlesbar aufbereitet werden. Es gibt bekanntermaßen schon Projekte wie zum Beispiel OffenerHaushalt.de, die ich sehr gut finde. Dies muss viel intensiver gefördert und vor allen von den Ministerin selbst in die Hand genommen werden. Was hindert uns daran, die Vorschläge der Bürger anzunehmen?

(Beifall PIRATEN)

Im jetzigen System haben wir als Oppositionspartei die Möglichkeit, Fragen zum Haushalt zu stellen. Wir haben diese Gelegenheit beispielhaft genutzt und die Bürger eingeladen, sich mit dem Haushalt zu beschäftigen. Sie werden erstaunt sein. Uns ha-

(Torge Schmidt)

ben über 100 Fragen von Bürgern erreicht, die sehr wohl einen Versuch gemacht haben, die nicht gerade selbsterklärenden Haushaltsposten zu durchdringen.

(Beifall PIRATEN)

An dieser Stelle möchte ich allen, die sich daran beteiligt haben, für ihr Engagement herzlich danken. Dieses Engagement zeigt, dass sich Bürger an politischen Prozessen beteiligen, und auch bei komplizierten Fragestellungen, wie die Erstellung des Haushalts, einen konstruktiven Beitrag leisten wollen. Die rege Beteiligung zeigt auch, dass die Politik eine Bringschuld hat. Wir sollten es Bürgern, die bereit sind, sich in ihrer Freizeit für die politische Gestaltung unseres Landes einzusetzen, so leicht wie möglich machen, dies zu tun.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Funktionieren kann dieses Vorhaben jedoch nur, wenn die nötigen Informationen allen Bürgern zur Verfügung gestellt werden und der Haushalt klar und verständlich ist. Der Dialog ist eröffnet.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank! - Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir die **Schuldenbremse** für unserer Land beschlossen und dies in unserer Verfassung verankert haben, musste jedem klar sein, dass dies massive Auswirkungen auf die Aufstellung kommender Haushalte haben würde. Es ging darum sicherzustellen, dass nicht wie in den vergangenen Jahrzehnten finanzwirksame Maßnahmen großen Umfangs beschlossen werden, die von zukünftigen Generationen zu bezahlen sind. Das, was man gern einmal anderen europäischen Staaten vorwirft, trifft nämlich in der Tendenz auch auf uns zu. Es sind nämlich in den vergangenen Jahrzehnten von allen Parteien Beschlüsse gefasst worden, die eben nicht nachhaltig waren und insbesondere die kommenden Generationen belastet haben.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Auch wir sind heute eine dieser Generationen, die an den Entscheidungen früherer Zeiten und deren finanzwirtschaftlichen Folgewirkungen hart zu knabbern haben. Aus dieser Erkenntnis heraus war

es richtig, hier einen Schritt zu machen und sich selbst Grenzen aufzuerlegen, die nicht gerissen werden dürfen. Diese Entscheidung, die wir damals mit einer breiten Mehrheit aus CDU, SPD, FDP, Grünen und SSW getroffen haben, war eine der wichtigsten Entscheidungen, die in den letzten Jahren in diesem Parlament getroffen wurden.

Die Schuldenbremse in unserer Verfassung wird dazu führen, dass wir ab dem Jahr 2020 Haushalte beschließen werden, die wir wieder selber finanzieren können. Auf dem Weg dahin haben wir mit dem Stabilitätsrat abgesprochen, dass wir bestimmte Ziele erreichen wollen. Wir wollen die Nettoneuverschuldung schrittweise senken, und wir wollen natürlich auch die Konsolidierungshilfen des Bundes nicht verloren gehen lassen.

Dazu wird es auch nicht kommen. Manch einer hat ja schon vor der Wahl angekündigt, dass eine rot-grün-blaue Regierung an dieser Stelle die Verfassung brechen und über alle Maßen in die weitere **Verschuldung** einsteigen würde. Wir haben immer deutlich gemacht, dass die Schuldenbremse eingehalten und der Konsolidierungspfad, wie er mit dem Bund vereinbart wurde, erfüllt wird. Der heutige Haushaltsentwurf der Landesregierung macht nun deutlich, dass dies keine leeren Worte waren, sondern wir diese Aufgabe ernst angehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in Bezug auf den Landeshaushalt wird deutlich, dass wir das, was wir vor der Wahl sagen, nach der Wahl auch einhalten. Das mag manch einer nicht erwartet haben, aber das sagt eigentlich mehr über solche Schwarzmalerei und ihr Selbstverständnis in Haushaltsfragen aus als über unsere Koalition.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das stimmt!)

Wir haben vor der Wahl auch gesagt, dass wir es anders machen werden. Wir wollen einen Haushalt, der sozial gerechter ist als der von Schwarz-Gelb.

(Christopher Vogt [FDP]: Sind Schulden sozial gerecht?)

Wir wollen einen Haushalt, der minderheitenpolitisch wieder eine Perspektive gibt. Wir wollen einen Haushalt, der Bildung wieder in den Mittelpunkt rückt. Wir wollen einen Haushalt, aus dem man auch ersehen kann, dass Nachhaltigkeit keine bloße Floskel für uns ist.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

(Lars Harms)

Genau das wird schon mit unserem ersten Haushalt deutlich. Wir haben Schwerpunkte gesetzt, in denen sich die politischen Ziele widerspiegeln. Vor Kurzem ist dem Stabilitätsrat der Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konsolidierungsprogramms vorgelegt worden. Er enthält natürlich Änderungen gegenüber den Vorstellungen, die die bisherige Landesregierung nach Berlin gemeldet hatte. Diese Änderungen sind teilweise gravierend, und trotzdem hat uns der Stabilitätsrat kürzlich bescheinigt, dass der **Konsolidierungspfad** in Schleswig-Holstein unverändert weiter verfolgt wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Wir haben uns dafür entschieden, weiter die sogenannte Landesmethode zur Berechnung des zulässigen Defizits anzuwenden. Dies führt automatisch dazu, dass der Puffer zu dem nach der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zulässigen Defizit noch recht groß ist. Nach der Verwaltungsvereinbarung dürfen wir neue Schulden in Höhe von 978 Millionen € machen, also fast 1 Milliarde €!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nur zu!)

Lieber Kollege Garg, eingeplant sind im vorgelegten Haushalt aber etwas weniger als 420 Millionen €.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Wir bleiben also aufgrund unserer sehr vorsichtigen Budgetplanung mit über 550 Millionen € unter dem zulässigen Defizit. Lieber Kollege Garg, wenn wir mehr als eine halbe Milliarde € unter dem zulässigen Defizit und damit unter den Vorgaben des eigentlichen Konsolidierungspfads bleiben, dann kann man uns weiß Gott nicht vorwerfen, verschwenderisch mit Geld umzugehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer das behauptet, der sagt bewusst die Unwahrheit.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie einen Wortbeitrag des Abgeordneten Koch?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Koch!

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Harms, es ist richtig, dass diese Landesregierung ihren Eid darauf gegeben hat, die Gesetze und Verfassung dieses Landes zu achten? Ist eine gesetzliche Bestimmung unseres Landes weniger wert als eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund?

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Lars Harms [SSW]:

Lieber Kollege Koch, wir halten nicht nur die Gesetze, sondern auch die Verfassung ein, die uns dazu zwingt, die Haushaltsgrenzen so einzuhalten, dass wir unterhalb dessen bleiben, was mit dem Bund vereinbart ist. Das ist die Schuldenbremse. Daran halten wir uns logischerweise. Das könnten wir als Landesregierung und Koalition auch gar nicht anders machen. Selbstverständlich wird sich auch diese Landesregierung in Zukunft an Recht und Gesetz halten. Das erwarte ich im Übrigen von jeder Landesregierung, gleich welcher Couleur.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rainer Wiegard [CDU]: Er weiß nicht, worüber er redet!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie einen weiteren Beitrag des Abgeordneten Dr. Stegner?

Lars Harms [SSW]:

Noch viel lieber.

(Heiterkeit)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Harms, könnte der von Herrn Kollegen Koch nachgefragte Unterschied vielleicht darin bestehen, dass Verwaltungsvereinbarungen mit dem Bund auch von der Nachfolgeregierung eingehalten werden, aber Gesetze des Landes mit einer Mehrheit, die jetzt anders ist, geändert werden können?

(Tobias Koch [CDU]: Haben Sie das vor?)

- Gesetze kann man natürlich ändern. Ich habe mich in meiner Rede allerdings deutlich auf den Stabilitätsrat bezogen, mit dem wir eine Vereinbarung geschlossen haben. Wenn wir eine Vereinbarung geschlossen haben - das hat die alte Regierung angefangen, und wir führen dies fort -, dann halten wir

(Lars Harms)

uns wie gute, normale Menschen daran. Das können nicht nur die Menschen in diesem Land erwarten, das können natürlich auch unsere Freunde im Bund von uns erwarten. Da ist man auf der sicheren Seite, wenn man auf Rot-Grün-Blau setzt.

(Heiterkeit SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie einen weiteren Beitrag des Abgeordneten Callsen?

Lars Harms [SSW]:

Aber selbstverständlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Callsen, Sie haben das Wort.

Johannes Callsen [CDU]: Herr Kollege Harms, würden Sie mir recht geben, dass es einen Unterschied gibt zwischen der rechtlichen Zulässigkeit oder Möglichkeit, Schulden zu machen, und der moralischen Zulässigkeit für neue Schulden mit Blick auf kommende Generationen?

(Zurufe)

Lars Harms [SSW]:

Lieber Kollege Callsen, über Moral äußere ich mich lieber nicht. Das kann jeder für sich selbst einschätzen. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass uns vorgeworfen wurde, wir würden, wenn wir die Regierung übernähmen, mit unserem angeblichen Schlingerkurs, den ich auf Plakaten sehen konnte, sogar das, was uns rechtlich bindet, überschreiten und die Verfassung nicht einhalten. Heute erbringen wir den Beweis, dass wir über 500 Millionen € darunter bleiben. Sie müssen schon zugeben, dass man als jemand, der eine Regierung übernommen hat, darauf sehr stolz sein kann.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer den Bericht an den Stabilitätsrat gelesen hat, weiß, dass diese Koalition auch für die Folgejahre einen Puffer zwischen den zulässigen Ausgaben und den tatsächlichen Neuverschuldungen legen will. Er wird auch in den nächsten Jahren bei rund einer halben Milliarde € liegen. Damit wird nicht nur deutlich, dass wir als rot-grün-blaue Koalition schon heute mit dem Sparen anfangen, sondern dass wir auch heute schon einen Puffer eingebaut haben, der sicherstellt, dass jetzt

möglicherweise noch nicht absehbare Entwicklungen, zum Beispiel Einbrüche in der Konjunktur, aufgefangen werden können. Das ist in der Tat solide Haushaltspolitik.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf diese solide **Haushaltspolitik** können sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verlassen, ohne dass sie Angst haben müssen, dass ihre Kinder nicht mehr eine vernünftige **Ausbildung** bekommen können oder gar der **Sozialstaat** in Teilen abgeschafft wird. Wir stehen für Kontinuität in der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und für Solidität bei den Finanzen. Das unterscheidet uns in der Tat von der Vorgängerregierung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Auch uns als rot-grün-blaue Koalition ist klar, dass es mehrere große Baustellen in Bezug auf unseren Haushalt gibt. Dabei geht es in erster Linie erst einmal nicht um einzelne Haushaltsstellen, sondern um politische Ziele, die mit den knappen Mitteln, die bei uns noch vorhanden sind, umgesetzt werden sollen. Gerade das Bildungssystem schreit förmlich nach Unterstützung, die ihm in der Vergangenheit vorenthalten wurde. Als erste Maßnahme werden wir mehr Lehrer einstellen und so nicht nur den Unterrichtsausfall bekämpfen und die Qualität des Unterrichts erhöhen, wir werden hierdurch auch jungen Menschen bei uns eine Perspektive aufzeigen, die den Lehrerberuf ausüben wollen, aber auch den jungen Menschen, die jetzt noch zur Schule gehen. Wir wollen gute Lehrer für unser Land haben, und deshalb müssen wir hier Geld in die Hand nehmen.

(Beifall SSW und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer das nicht tut, wie die frühere Landesregierung, der versündigt sich an den kommenden Generationen. Deshalb ist es richtig, in die einzig wirkliche Ressource zu investieren, die wir bei uns haben. Wir tun dies, wie gesagt, ohne dass wir irgendwelche Defizitgrenzen einreißen, sondern indem wir das Mehr an **Lehrerstellen** als Einsparvorgabe auf alle Ministerien verteilen. Es geht also - mit mehr Bildung, wenn man denn wirklich will.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich deutlich machen, dass wir uns der bildungspolitischen Verantwortung nicht nur im schulischen Bereich stellen.

(Lars Harms)

Auch in **Kindertagesstätten** muss mehr investiert werden und wird auch mehr investiert werden. Wir stellen den Kommunen in den nächsten Jahren aufwachsend bis zu 80 Millionen € zur Verfügung, um mehr Kitaplätze schaffen zu können. Dies tun wir, weil wir der Überzeugung sind, dass jedes Kind, das von einer Kita ferngehalten wird, auch von Bildung ferngehalten wird. Kindertagesstätten sind schon lange keine Einrichtungen mehr, die nur dazu dienen, Kinder für einen bestimmten Zeitraum unterzubringen. Vielmehr sind Kindertagesstätten mit ihrem Bildungsauftrag der erste wichtige Schritt für die Kinder in unserem Bildungssystem.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, statt also das Fernhalten von Bildung auch noch durch ein Betreuungsgeld zu zementieren, wollen wir die Kommunen und die Träger darin unterstützen, ein breites Angebot vorzuhalten, um möglichst vielen Kindern die Chance auf einen Kindergartenplatz zu ermöglichen.

Gerade diese 80 Millionen € drücken erheblich auf den Haushalt. Aber wer diese 80 Millionen € wegsparen will, der muss auch sagen, wie er dann den Kitausbau finanzieren und die Kommunen und Träger anderweitig unterstützen will. Mir ist schon jetzt klar, dass es ohne Geld nicht gehen wird. Deshalb nehmen wir diese Summe in die Hand, und ich glaube, das ist auch gut so.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen werden wir ja jetzt auch noch aus den in diesem Jahr eingesparten Zinszahlungen des Landes ein Sondervermögen für die Hochschulsanierung in Höhe von 30 Millionen € bilden. Nun mag man zwar behaupten - das hat der Kollege Torge Schmidt gerade eben getan -, dass dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei, weil allein die Uni Kiel rund 200 Millionen € für Sanierungsmaßnahmen brauchte, aber im Gegensatz zur Vorgängerregierung packen wir dieses Thema an.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, wir haben Spielraum geschaffen!)

Die alte Regierung wollte nichts tun, und wir haben uns dazu entschlossen, Teile der Zinseinsparungen in die **Hochschulen** zu investieren. Ich bin davon überzeugt, dass dies Wirkung zeigen und auch von den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land gesehen wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Nach-

dem wir das zusammengespart haben, Herr Kollege Harms!)

Vor diesem Hintergrund möchte ich auch deutlich machen, dass bei den weiteren **Landesliegenschaften** ebenfalls dringender Sanierungsbedarf besteht. Das gilt nicht nur für Hochschulgebäude, sondern auch für Polizeistationen, Gefängnisse oder Verwaltungsgebäude. Hier müssen wir dringend etwas tun. Nicht nur Neubaumaßnahmen oder Anbauten sind notwendig, sondern vielfach sind auch Unterhaltungsmaßnahmen für Gebäude nicht gegenfinanziert. Hier gibt es eine Vielzahl von Herausforderungen, die in den nächsten Jahren gelöst werden müssen.

Während für Unterhaltungsmaßnahmen bei landeseigenen Gebäuden der allgemeine Landeshaushalt herhalten muss und dort eben auch Gelder freigeschaufelt werden müssen, werden wir für andere Baumaßnahmen das neue Programm PROFI nutzen können, um Gebäude beispielsweise energetisch zu sanieren. Das spart auf lange Sicht Geld beim Betrieb der Gebäude, es spart Geld beim Land, es löst einen Investitionsstau, schafft und sichert Arbeitsplätze im Baubereich. Auch hier handelt die neue Koalition somit nachhaltig und verantwortungsvoll. Ich glaube, das wird sich irgendwann auszahlen.

Wenn man sparen will, dann kommt man an den Personalausgaben nicht herum. Auch wir halten an dem Ziel fest, dass wir bis 2020 über 5.300 Stellen im Landesdienst abbauen wollen. 2011 sind schon 496 Stellen abgebaut, und in diesem Jahr ist der Abbau von insgesamt 437 Stellen vorgesehen. Ab 2013 werden zwar mehr Lehrer eingestellt, aber gleichzeitig wird dieses erhöhte Kontingent nach Prüfung durch ein zentrales Personalmanagement als Einsparvorgabe auf die einzelnen Ministerien verteilt. Im Ergebnis bleibt es damit beim **Stellenabbau** von insgesamt 5.343 Stellen im Zeitraum von 2011 bis 2020. Wir wollen mit Ablauf des Jahres 2016 schon insgesamt 3.027 Stellen abgebaut haben. Das ist für diese Koalition eine der größten Herausforderungen. Aber auch daran sieht man, dass wir es ernst meinen.

Diese Herausforderung kann man nur bewältigen, wenn eine ständige Aufgabenkritik in den einzelnen Häusern stattfindet. Das heißt, es kann nicht - wie in der Vergangenheit - nur bei einem großen Bericht eines Entbürokratisierungsstaatssekretärs bleiben. Alle Ministerien müssen selbst dafür Sorge tragen, dass sie ihre Einsparvorgaben einhalten. Wir wollen diesen Prozess dadurch befördern, dass wir den Ministerien die Möglichkeit eröffnen, dass

(Lars Harms)

sie, wenn sie Personaleinsparungsziele vorzeitig erreichen, die jeweils frei werdenden Mittel für einzelne Maßnahmen verwenden können. Spart man also beim Personal über die Erwartungen hinaus, sind einmalige Förderungen von Vorhaben oder Investitionsmaßnahmen möglich. So sieht ein vernünftiges und nachhaltiges Anreizsystem aus.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr intelligent!)

- Richtig, Herr Kollege, sehr intelligent. Mit dieser Aussage haben Sie heute einmal recht. Sehr intelligent, was wir hier machen, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist nichts anderes als das Drop-down-Verfahren! Und das nennt man Politik!)

Eine weitere Maßnahme ist, dass wir unverzüglich mit der Straffung der Organisation in den Ministerien anfangen. 2012 haben wir insgesamt 41 Abteilungen in den Ministerien, die zum Ende des Jahres 2016 auf 32 Abteilungen abgebaut sein sollen. Damit fallen nicht nur Stellen weg. Diese Maßnahme wird auch dazu führen, dass in den Ministerien eine effizientere Organisation die Folge sein wird. Das wird eine Grundlage dafür sein, Personal überhaupt nachhaltig abbauen zu können. Trotzdem bleibt für die **Ministerien** die Aufgabe bestehen, eine kontinuierliche **Aufgabenkritik** durchzuführen.

Im Übrigen bedeutet Aufgabenkritik ja nicht unbedingt, dass man Aufgaben aufgibt oder ihre Umsetzung nur mit halber Fahrt verfolgt. Oft kann man auch Aufgaben besser und günstiger umsetzen, wenn man sich diese mit anderen teilt. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Vereinbarung der Justizministerin mit den Hamburgern, die Sicherheitsverwaltung gemeinsam zu lösen.

(Beifall SSW)

Durch Neustrukturierung der Verwaltung, durch Aufgabenkritik und durch das zentrale Personalmanagement soll erreicht werden, dass wir die Personalabbauziele, die wir uns gesetzt haben, auch erreichen können. Ich bin davon überzeugt, dass dies der richtige Weg ist. Trotz des enormen Haushaltsdrucks verliert die rot-grün-blaue Koalition ihre politischen Ziele nicht aus den Augen.

Ich habe schon über die enormen Anstrengungen in der Schulpolitik gesprochen. Noch zu erwähnen ist, dass sich diese Anstrengungen nicht allein auf das öffentliche Schulsystem beziehen, sondern auch die **freien Schulen** mit einer markant erhöhten Förderung rechnen können. Und das, meine Kolleginnen und Kollegen, macht eben diese Koalition auch aus.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass in Zukunft Baukosten an öffentlichen Schulen nicht mehr direkt durch das Land bezuschusst werden, sondern dieser Bau kommunale Aufgabe ist. Somit wird dies aus den den Kommunen zur Verfügung gestellten Geldern gezahlt. Das Land behält seine Verantwortung für die Schulbaukosten bei den freien Schulen und den Schulen der dänischen Minderheit. Hier wird ganz deutlich, dass wir zwar eine Verantwortung der Kommunen in Bezug auf die öffentlichen Schulen sehen, aber unsere eigene Verantwortung für die anderen Schulen nicht vergessen. Somit sichern wir auch gerade durch diese Maßnahme die Vielfalt im Schulsystem. Diese Vielfalt gilt es zu sichern und zu stärken. Das ist auch erklärtes Ziel unserer Politik.

Auch die **Minderheitenpolitik** wird wieder auf neue Grundlagen gestellt. Slesvig-Holsten vender tilbage til en mindretalspolitik, der ikke bygger på konflikt, men på en fælles forståelse for hinanden. Dass nun wieder die auf Gemeinsamkeiten aufbauende Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein Einzug hält, sieht man am ehesten daran, dass das Land für ein Kind in einer dänischen Schule wieder genauso viel Geld zahlt wie für seinen Nachbarn, der eine öffentliche Schule besucht. Unter Gleichbehandlungsaspekten kann dies auch gar nicht anders sein, weil die **dänischen Schulen** die Regelschulen für den dänischen Bevölkerungsanteil sind.

Dieser Anspruch wird im Übrigen auch deutlich in Artikel 8 der Landesverfassung erwähnt, der vorsieht, dass die Eltern das Wahlrecht haben, ob ihre Kinder eine dänische Schule besuchen. Wenn ein Staat dies in seiner Verfassung festschreibt, setzt dies voraus, dass der Staat das Vorhandensein eines Schulsystems für die dänische Minderheit unterstützt. Das kann man nur auf der Basis der Gleichbehandlung machen. Alles andere würde nach meiner Auffassung dem Geist dieser Verfassungsbestimmung widersprechen.

Aber nicht nur in diesem Bereich wird die Minderheitenpolitik konkret auch in den kommenden Haushalten des Landes eine Rolle spielen. Kurzfristig werden in der Nachschiebeliste - die Finanzministerin hat dies angekündigt - Ansätze für die Organisationen und Institutionen der Minderheiten erhöht. Das gilt für die dänische Minderheit, die friesische Minderheit und für die Minderheit der Sinti und Roma. Das allein ist ein wichtiges Signal an die Minderheiten.

(Beifall SSW und SPD)

(Lars Harms)

Än uk heer wiset ham, dät e nai koalitsjooen en ouderen wäi gunge wal as e üüj regiiring. We gunge üüsen äine wäi. Unser eigener Weg in der Minderheitenpolitik baut darauf auf, dass wir mit den Minderheiten Konzepte erarbeiten wollen, die zu einem Mehrwert für alle führen werden. So wird es eine Sprachpolitik für alle Sprachgruppen geben. Wir werden vor allem ein Konzept für den friesischen Schulunterricht erarbeiten, das nicht für null zu haben sein wird. Flankiert wird diese Maßnahme von der Einrichtung einer Professur an der Uni Flensburg, die auch für das **Friesische** zuständig sein wird. Das sind Herausforderungen, die sich zwar noch nicht für den Haushalt 2013 stellen, die aber ab 2014 als Fortführung der begonnenen neuen Minderheitenpolitik neue Weichenstellungen ermöglichen und natürlich entsprechend Geld kosten werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr schön!)

Diese Mittel werden gut angelegt sein, der kulturellen Vielfalt unseres Landes dienen und die vorbildliche Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein auch nach außen hin dokumentieren. Genau das ist das Ziel unserer Koalition.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in dieser Debatte viel über die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen gehört. Wer den Haushalt aber nachhaltig verbessern will, darf nicht die Augen davor verschließen, dass auch **Mehreinnahmen** notwendig sein werden. Wir werden den Erdölförderzins erhöhen. Wir werden auch darüber nachdenken, ob und wie Abgaben und Gebühren erhöht werden können. Eine verantwortungsbewusste Regierung darf dies jedenfalls nicht ausklammern. Eine verantwortungsbewusste Landesregierung muss auch auf Bundesebene darauf drängen, dass die Steuereinnahmen des Landes verbessert werden. Ausnahmen bei der ermäßigten Mehrwertsteuer müssen aufgehoben werden. Dass da immer noch einige Bundesländer und die Bundesregierung nicht mitziehen wollen, ist ein Armutszeugnis.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber dann doch alle!)

Genauso steht es mit dem Spitzensteuersatz und der Vermögensteuer. Ohne diese Maßnahmen mag es zwar trotzdem möglich sein, den Haushalt verfassungskonform zu sanieren. Allerdings wird es nicht möglich sein, die Dinge, die für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens auch notwendig sind, aufrechtzuerhalten. Deswegen muss sich unsere Regierung dauerhaft dafür einsetzen, dass Mehreinnah-

men für das Land geschaffen und gleichzeitig Mehrausgaben von oben verhindert werden. Das wird unsere Regierung auch tun. Steuergeschenke à la Schwarz-Gelb darf es nicht mehr geben. An so einem Unsinn wird sich Schleswig-Holstein in Zukunft nicht mehr beteiligen.

Meine Damen und Herren, der heute vorgelegte Haushaltsentwurf der Landesregierung ist der Beweis dafür, dass politische Schwerpunktsetzung und Haushaltskonsolidierung kein Widerspruch sind. Die **Haushaltssanierung** ist ein permanenter Prozess, der nicht in Hinterzimmern geführt werden darf. Deshalb schließt sich ein Nebengremium wie die damalige Haushaltsstrukturkommission für uns auch aus. Wir wollen das Gespräch über unsere Vorschläge zur Haushaltssanierung - das erfreut sicherlich auch die PIRATEN - und über unsere politischen Schwerpunkten mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes führen. Wir wollen dies auch und gerade mit der Opposition tun, aber dann bitte schön dort, wohin die Debatte gehört, nämlich im Parlament und in seinen Ausschüssen.

Der uns heute vorliegende Gesetzentwurf für einen Landeshaushalt 2013 zeigt, dass die Haushaltssanierung möglich ist, ohne das Land verkommen zu lassen. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Innovation, ökologische Verantwortlichkeit, gerechte Minderheitenpolitik und soziale Gerechtigkeit. Das ist das, was man von uns erwarten konnte, und das ist das, an dem wir uns auch messen lassen werden.

Dieser Haushalt ist Teil der Politikwende, für die eine Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein am 6. Mai ihre Stimme abgegeben hat. Dieser Haushalt ist ein Zeichen für Offenheit, Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein.

Meine Damen und Herren, die Küstenkoalition will etwas, kann etwas und macht etwas. So werden wir weitermachen. Das ist gut für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Deshalb freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün in den nächsten fünf Jahren.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, es gibt weitere Redezeiten. Ich lese die Redezeiten für die einzelnen Fraktionen im Einzelnen vor: Die CDU hätte noch 7 Minuten und 16 Sekunden, die SPD 9,50 Minuten,

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 13,30 Minuten, die FDP 2,4 Minuten, die PIRATEN 8,2 Minuten und der SSW 6,4 Minuten. Ich gehe davon aus, dass Sie zum großen Teil davon Gebrauch machen wollen, und fange jetzt noch einmal an, in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen nachzufragen. - Ich sehe gerade, dass erst die Regierung reden soll. Wir können das gern so machen.

(Zuruf)

- Sie haben auch noch Redezeit, selbstverständlich. Mir war das nicht klar. Ich dachte, Sie würden sich nachher noch einmal melden. Das wären dann 13,5 Minuten, wenn ich es richtig sehe, oder aber so viel, wie Sie möchten.

(Heiterkeit)

In jedem Fall - das ist jetzt total richtig - hat der Ministerpräsident Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Solide, solidarisch und unser Land stärkend - das sind die Attribute, die für diesen Haushalt gelten, den die Finanzministerin uns vorgelegt hat. Solide, weil er genau das in den Blick nimmt, was wir als politische Klasse in der Tat in Verfassung und in Vereinbarungen, aber am Ende in einem Vertrag mit den nächsten Generationen dieses Landes zugesagt haben, nämlich dass wir bis 2020 in Schleswig-Holstein keine zusätzliche **Verschuldung** mehr im Haushalt haben wollen. Wir werden als Regierung, die von Rot, Grün und Blau getragen ist, diesen Weg, den wir hier gemeinsam etabliert haben, weitergehen. Wir werden 2020 einen Haushalt vorlegen, meine Damen und Herren, der keine neuen Schulden mehr machen wird.

(Zuruf CDU)

- Wir werden das tun, weil wir bis dahin ganz sicherlich - die meiste Zeit zumindest - in Regierung sein werden, Herr Kollege. So wurden wir in diesem Jahr von den Menschen in unserem Land beauftragt, einen neuen Weg zu gehen in der Art, wie man einen Haushalt macht. Das ist wohl einer der Gründe gewesen, dass wir gewonnen und Sie anderen verloren haben. Bei Wahlen ist das so.

Ich weiß - das ist den Wortbeiträgen zu entnehmen -, dass das für den einen und den anderen noch schwer erträglich ist. Ich verstehe das ja. Irgendwann aber ist es hinzunehmen, und dann gehen wir in die Auseinandersetzung miteinander. Das tun wir - ich rate jedenfalls dazu - mit großer Fröhlichkeit und Offenheit. Ich habe heute von Ihnen immer mit

zur Schau getragener Traurigkeit gehört: Wir haben aber anders geplant. Das mag so sein, aber Sie sind auch deswegen abgewählt worden, meine Damen und Herren, weil Sie anders geplant haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Von meiner Regierung zu erwarten, dass sie so plant wie Sie: Bei allem Respekt, das ginge dann doch ein bisschen weit.

Aber wir unterscheiden uns überhaupt nicht - ich finde es wichtig, dass wir das hier miteinander festhalten -, dass wir diesen Weg hin auf das Ziel 2020 gemeinsam so sehen und gemeinsam für richtig halten. Wir wollen 2020 die **Neuverschuldung** auf null haben, um uns dann gemeinsam an die eigentlich große Aufgabe, das eigentliche Ziel heranzuarbeiten, nämlich die Altschulden in Schleswig-Holstein abzubauen. Das ist gegenüber dem Weg, den wir jetzt gemeinsam bis 2020 gehen, wirklich ein unverhältnismäßig viel größeres Problem.

Man muss kein Prophet sein, um zu sagen: Das werden wir nur beantworten können, wenn wir das in der Solidarität der gesamten Bundesrepublik organisieren, wenn wir uns über Altschuldenregelungen, **Altschuldenfonds**, über solidarische Finanzpakete in Deutschland unterhalten. Das ist nicht nur ein Problem Schleswig-Holsteins und nicht nur ein Problem einer oder der letzten Regierungen, sondern einer ganzen Generation, die, warum auch immer, mit guten und hier und da auch einmal nicht so guten Gründen Schulden aufgebaut hat, die - da sind wir gar nicht auseinander - Generationen nach uns belasten werden. Dazu werden wir uns als Regierung aufmachen.

Wir zeigen, dass wir mit diesem Haushalt deutlich unter den Vorgaben bleiben, die wir mit dem Bund vereinbart haben. Das ist hier in vielen Reden gesagt worden, ich möchte es aber gern wiederholen, weil es mir wichtig ist. Wir haben eine Vereinbarung mit dem Bund geschlossen, indem wir für das Jahr 2013, über das wir jetzt reden, ein strukturelles Defizit von 922 Millionen € eingehen könnten. Wir bleiben um 560 Millionen € unter dieser Marke, die keine Zielmarke ist.

(Zuruf CDU: Gesetzliche Vorgabe!)

- Das bestreitet keiner; aber man darf es doch einmal erwähnen. Wir bleiben unter dieser Vereinbarung, Herr Kollege. Es ist mir schon bewusst, dass es nicht Ihrem Bild einer rot-grün-blauen Regierung entspricht. Ich würde mich darüber freuen, wenn Sie es aber irgendwann einmal zur Kenntnis

(Ministerpräsident Torsten Albig)

nehmen. Wir legen einen Haushalt vor, der einen großen Abstand zu dieser Vorgabe des Bundes hat. Selbst wenn wir die Landesmethode unterstellen - was wir tun -, bleiben wir um 50 Millionen € in unserem spitzgerechneten Haushalt unter dieser Vorgabe. Da haben wir den ersten Unterschied in der Art, wie wir mit Spielräumen umgehen. 780 Millionen € sind die Vorgabe, 730 Millionen € erreicht dieser Haushalt. 50 Millionen € haben wir Luft.

(Zuruf CDU: Die rechnen Sie nicht mit?)

- Das hat ein bisschen etwas mit der Frage von Moral zu tun. Sie haben eben in einer der Vorreden - ich glaube, Herr Callsen war es - die Frage gestellt, ob es auch eine moralische Grenze von Verschuldung gibt. Die gibt es ganz sicherlich. Wenn wir aber 50 Millionen € nehmen - und wir tun das ganz bewusst -, um damit ein Programm aufzusetzen, mit dem wir nachhaltig für die Zukunft Kosten von diesem Land fernhalten, dann, meine Damen und Herren, glaube ich zutiefst daran, dass das auch moralisch ein besserer Schritt ist, als ein gemeinsam vereinbartes Ziel zum Wohl von Herrn Schäuble noch weiter zu unterschreiten. Wir nutzen dieses Geld, um damit klug zu investieren und Lasten von unserem Land fernzuhalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Das sehen Sie von der Opposition anders. Da ist in der Tat auch unser zentraler Dissens. Darüber kann man auch politisch streiten. Wir werben dafür, dass kluge Haushaltspolitik eben mehr ist, als eine schwarze Null zu erreichen. Wir wollen und werden sie erreichen, aber wir wollen und werden auch jeden Spielraum, den wir erarbeiten, dafür nehmen, unser Land auf Dauer zu stärken und so vorzubereiten, dass wir 2020 auch in der Lage sind, meine Damen und Herren, die Aufgabe, vor der wir dann stehen werden, miteinander zu bewältigen.

Denn wer kann ein Interesse daran haben, dass wir dieses Ziel 2020 mit hängender Zunge erreichen, jede Kraft aus diesem Land genommen haben, nur um einmal zu dokumentieren: „Ja, wir haben das Ziel erreicht“, und hinter der Zielmarke brechen wir zusammen? - Nein, meine Regierung wird alle Kraft, die wir auf dem Weg sammeln können, nutzen, um das Land zu stärken - an all diesen Stellen, sei es durch ein Programm PROFI, sei es durch Investitionen in Bildung, sei es durch Investitionen in ökologische Nachhaltigkeit, sei es durch Investitionen in Infrastruktur. An all diesen Stellen werden wir das bewusst tun.

Wir freuen uns auf die Auseinandersetzungen mit denen, die das anders sehen. Wir freuen uns auf den Streit, den wir miteinander führen werden. Lassen Sie uns diesen Streit führen, man kann ihn führen, man kann ihn erklären. Ich bin davon überzeugt: Es gibt mehr gute Argumente für unseren Weg als für den Ihrigen, nur auf die Null zu achten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Zielmarken, die wir erreichen wollen, sind damit klar, die Zwischenschritte sind damit klar. Wir werden jeden Haushalt so organisieren, dass wir immer unterhalb dieser Landesgröße landen werden, aber wir werden nie massiv unter ihr landen, weil wir sie einhalten, so wie wir sie jetzt einhalten. Wir werden den Spielraum, den wir dort erwirtschaften, für solche Projekte wie eben beschrieben nutzen.

Wir unterscheiden uns auch gar nicht - auch das ist gesagt worden - bei der Frage, ob sich **Verwaltung** auf Dauer verändern muss. Ja, sie muss sich verändern. Da haben wir keinen Dissens. Wir haben im Kern Ihr Ziel, 5.300 Stellen hier in diesem Land 2020 weniger zu haben, übernommen, und wir werden dieses Ziel umsetzen. Davon sind in den letzten drei Haushalten bis 2013 ungefähr 1.000 Stellen abgebaut worden, rund 4.300 liegen noch vor uns. Das ist eine große und schwierige Aufgabe, aber auch dieser Aufgabe stellen wir uns. Wir werden uns - auch gesteuert durch ein zentrales Personalmanagement in der Staatskanzlei - diesem Ziel Stück für Stück annähern. Aber wir beginnen es bei den Menschen, wir beginnen es bei den Aufgaben und schreiben nicht einfach nur blind kw-Vermerke in einen Haushalt, sondern wir werden es von Jahr zu Jahr immer zielgenauer in die Haushalte hineinbringen, gern mit Ihrer Unterstützung, gern mit Ihrer Begleitung. Aber Sie werden sehen: 2020 wird dieser Haushalt mindestens um diese Zahl von Stellen kleiner werden.

Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass unser eigentliches Problem sein wird - wenn wir uns die realen Abgänge im Haushalt anschauen -, ob wir es denn miteinander schaffen, dass wir nur diese Abgänge haben und nicht noch viel mehr, weil so viele Menschen uns in den Ruhestand verlassen. Das wird uns ab 2015 und 2016 - jeder, der die demografische Entwicklung der Landesverwaltung kennt und Sie kennen sie, weiß das - als wahre Herausforderung gegenüberreten, wenn wir uns die Abgänge im Lehrkörper und die Abgänge bei der Polizei anschauen. Wir werden miteinander wahnsinnige An-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

strengungen zu erbringen haben, junge Menschen davon zu überzeugen, zu uns zu kommen.

Vielleicht sollten wir das auch bei unserer öffentlichen Rede ein klein wenig mehr durchklingen lassen, denn es klingt manchmal so, als sei dieses Land eines, das jeden abschrecken möchte, der zu ihm kommt. Nein, wir werden dafür werben müssen, dass junge Leute kommen, dass es ein starkes Land bleibt mit starken jungen Lehrerinnen und Lehrern, starken jungen Polizistinnen und Polizisten, mit starken jungen Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten, genauso wie Angestellten in allen Bereichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dafür werden wir ganz sicherlich in den nächsten Jahren ganz besondere Anstrengungen erbringen müssen.

Wir werden auch - auch das ist gesagt worden, aber es ist wichtig, dass wir es wiederholen - neben allen Anstrengungen auf der Ausgabeseite auf der **Einnahmeseite** ebenfalls zusätzliche Ressourcen erkämpfen müssen. Wir tun das im Land - der Erdölförderzins und andere Einnahmen wie Gebührenerhöhungen sind genannt worden - mit Einnahmeerhöhungen. Die brauchen wir auch zur Abfederung eines solchen Weges. Aber wir glauben auch daran, dass wir auf Bundesebene - ich unterstütze ausdrücklich den Kurs der Finanzministerin - solidarische Verbesserungen unserer Einnahmesituation brauchen. Ich bin ganz sicher, dass wir - auch unterstützt durch eine Wahl im nächsten Jahr - im Bereich der Vermögensteuer für unser Land zusätzliche Einnahmen generieren, die wir nutzen werden, um die Zielmarke 2020 solidarisch und vernünftig zu erreichen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Haushalt ist ein solider und solidarischer Haushalt. Er ist ein solidarischer Haushalt, weil er sich um die kümmert, die zu Recht erwarten, dass wir uns um sie kümmern. Wir setzen uns für Kinderschutz und frühe Hilfen ein. Wir setzen uns für Schulsozialarbeit ein. Wir setzen - übrigens immer genauso, wie wir es versprochen haben - für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen ein. Wir erhöhen das Landesblindengeld, weil wir es für falsch gehalten haben, was Sie getan haben. Wir haben uns darüber gestritten und ja, ich vernehme: Warum erhöht ihr es nicht noch mehr? - Wir erhöhen es nicht noch mehr, weil wir auch in den Restrestriktionen arbeiten, in denen wir uns befinden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach!)

- Ja, natürlich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann sind Kürzungen okay, wenn Sie die vornehmen?)

- Es ist keine Kürzung, wenn ich etwas erhöhe, Herr Kollege. Es ist keine Kürzung!

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ich erkämpfe die Erhöhung. Ich erkämpfe in diesem Haushalt die Erhöhung, weil ich sie für richtig halte.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe Ihren Beiträgen, meine Damen und Herren von der Opposition, im Kern entnommen, dass Sie uns zur Hälfte vorwerfen, wir würden nicht genügend sparen, und zur anderen Hälfte werfen Sie uns vor, wir gäben nicht genügend aus.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ging so ziemlich gleichmäßig durch Ihre Reden mit Ausnahme des Beitrags der PIRATEN. Da kann man sich dann aussuchen, was man gern möchte. Es ist vielleicht das Recht der Opposition, sich in Beliebigkeit zu erschöpfen, aber es reicht dann für Kritik an der Regierung doch nicht aus. Diese Regierung konzentriert sich, ja, sie tut es. Natürlich hätte ich an der einen oder anderen Stelle gern noch mehr getan. Natürlich hätten wir auch jetzt schon gern noch mehr im Bereich der Kultur getan. Glauben Sie: Das ist ein Weg, den wir vor uns haben und den wir aufnehmen werden. 2014, 2015, 2016 und 2017 sind die Jahre dieser Regierung. Wir werden Jahr für Jahr, Haushalt für Haushalt miteinander an der Verwirklichung dieses Ziels arbeiten. Manchmal fragt man sich, welchen Eindruck man als relativ junge Regierung gemacht haben muss, dass selbst die Opposition kommt und sagt: Eigentlich haben wir erwartet, dass ihr all eure Versprechungen in dem ersten Haushalt, den ihr vorlegt, auch umsetzt. Wenn ihr das nicht tut, sind wir so tief enttäuscht von euch, dass wir uns in die Schmollecke zurückziehen. - Nein, freuen Sie sich darauf: Sie werden bis 2017 noch viele weitere Haushalte bekommen, Jahr für Jahr, Einzel- oder Doppelhaushalte, und wir werden uns in diesen Stück für Stück daran messen lassen, ob wir diese Zusagen eingehalten haben. 2017 machen wir einen Strich darunter und schauen einmal, was davon übrig geblieben ist.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Wir jedenfalls glauben an diese **solidarische Wirkung eines Haushalts**, und deswegen ist er so aufgestellt, wie er aufgestellt ist. Deswegen halten wir es für richtig, dass wir die Zahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege um 400 erhöhen. Deswegen halten wir es für richtig, ein FSJ und ein FÖJ zu fordern, und deswegen halten wir es für richtig, dass wir nicht nur über Minderheiten wie heute im Zusammenhang mit der Verfassungsänderung reden, sondern dass wir da, wo wir Integration fördern können, das auch im Haushalt abbilden, sei es durch Migrationssozialarbeit, sei es durch einen Flüchtlingsrat. Wir wollen und werden dies unterstützen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Haushalt ist einer, der das Land stärken möchte. Noch einmal: Ich könnte mir noch ganz viel vorstellen, wo ich noch mehr stärken wollte, aber wir beginnen in den Bereichen, die wir für existenziell halten. Bildung ist genannt, darf aber gern wiederholt werden. Herr Schmidt, Sie haben recht: Es sind keine 300 neuen Stellen in dem Sinne, dass sie in das System zusätzlich hineinkommen, sondern wir nutzen eine Demografierendite, indem wir nicht so stark abbauen, wie das die Vorgängerregierung geplant hatte. Das haben wir aber auch immer so gesagt. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht. Wir halten es für richtig, dass ein Teil dieser Rendite auch für den Haushalt gilt, aber nicht in dem Maße, in dem es in der Vergangenheit geplant war. Gegenüber dem Plan wird es 300 zusätzliche Stellen geben. Darüber mögen wir auch gern streiten. Wir halten das für richtig.

Wir halten es für richtig, so einen Schritt zu gehen, weil wir am Ende des Tages gesunde Haushalte nur hinbekommen werden, wenn wir aus diesen jungen Menschen, die wir an unseren Schulen haben, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler machen, wenn wir aus denen, die unsere Bildungsangebote in Anspruch nehmen, starke junge Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner machen. Gelingt uns das nicht, dann können Sie oder wer auch immer noch so viel kürzen und Nullen anstreben, Sie werden nie erfolgreich sein. Dafür kämpfen und ringen wir mit meiner Regierung und mit den uns tragende Parteien. Ich bin sicher: Wir werden damit Erfolg haben, wir werden damit soziale Kosten aus den Haushalten bekommen, und wir werden dieses Land stark machen.

Wir werden das tun von der Krippe bis zur Uni, wir werden das dort tun, wo wir mit den Kommunen verhandeln, wir werden das tun, wo wir Exzellenzi-

nitiativen der Christian-Albrechts-Universität und der Uni Lübeck positiv begleiten und unterstützen. Wir werden uns überall an die Seite stellen, auch wissend - ja, wir wissen das -, dass das noch mehr sein könnte. Ich weiß, dass es mehr sein kann, wenn ich mit den **Kommunen** verhandle. Es ist mir nicht verborgen geblieben - ich war einmal Oberbürgermeister der Landeshauptstadt -, dass man noch mehr Geld brauchen könnte, um eine Krippe zu finanzieren. Aber wir sind die Ersten, die ein Angebot dahin gehend machen, wie das gehen könnte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Wir sind die Ersten, die bis 2017 Schritt für Schritt 80 Millionen € bereitstellen wollen. Das ist ein beträchtlicher Anteil der schon angekündigten 120 Millionen €. 80 Millionen € von 120 Millionen € sind ein Wort. Die anderen 40 Millionen € werden wir erreichen. Wir werden daran arbeiten, wir haben fünf Jahre lang Zeit, das zu tun. Ich kann mir vorstellen, dass Sie die Legislaturen immer nur in ganz kleinen Perioden definieren, weil Sie das nicht anders kennen. Wir werden fünf Jahre lang Zeit dafür haben.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

In diesen fünf Jahren werden wir das erarbeiten; mit Ihnen oder gegen Sie, wir werden das schaffen.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie waren doch auch nur drei Jahre im Amt!)

- Aber ich bin nicht abgewählt worden.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, Sie sind weggelaufen!)

- Ich bin sehr stolz darauf, dass ich von den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern gewählt worden bin, ihr Ministerpräsident zu sein. Mit diesem Stolz werde ich alles tun, und ich werde alles einbringen, um diese Haushalte so zu gestalten, dass sie dem Anspruch an ein gerechtes Land entsprechen, sehr geehrter Kollege. Es mag sein, dass Sie das hier und da anders sehen. Nach den vielen Gesprächen, die wir sonst miteinander führen und die in der Regel, wenn nicht so viele zuschauen, eine andere Qualität der Auseinandersetzung haben, bin ich sicher, dass Sie mir dann zustimmen und dass wir miteinander Wege finden werden, um das besser zu machen.

Das Wort **Dialog** wurde genannt. Wir werden das mit den Kommunen zusammen hinbekommen. Kei-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

ner hat gesagt, dass dies leichte Debatten wären. Es sind schwere Debatten in der Frage, wie wir bei der Eingliederungshilfe weitere Entlastungen geben können. Ja, das ist eine schwere Debatte. Unser bisheriger Plan ist, dass wir zusätzlich 13 Millionen € an die Kommunen zahlen werden, die diese bisher noch nicht haben. Das sind 13 Millionen € über das hinaus, was sie heute haben. Dass die kommunale Welt gern mehr Geld hätte, kann ich verstehen.

Antworten auf die Frage, wie wir die Kommunen beim **Krippenbau** entlasten können, werden wir Schritt für Schritt in einen Vertrag gießen. Ich hoffe sehr, dass uns das gelingt. Wir arbeiten jedenfalls daran, Sie haben das nicht getan. Sie sind verklagt worden, und wir versuchen, diese Klage abzuwenden. Die Sozialministerin, die Finanzministerin, der Innenminister und ich, wir alle sind stark in diese Gespräche involviert. Wenn Sie, wie Sie das zugeben, Interesse an diesem Land haben, dann sollten Sie uns die Daumen drücken, dass dies gelingt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden dieses Land stark machen, weil wir es in den Bereichen Bildung und Kommunen stark machen. Wir wollen in die Infrastruktur dieses Landes investieren, und wir wollen vor allem die Energiewende zum Erfolg führen. Ich denke, zumindest in diesem Punkt sind wir uns einig, dass in dieser Energiewende das Konjunkturprogramm Nummer eins der Zukunft liegt, wenn es uns gelingt - -

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ein einzelner Applaudierender ist bei diesem Thema etwas wenig, aber das ist okay.

Die Verdopplung der **Windeignungsflächen** in Schleswig-Holstein ist in der Lage, Milliardenbeträge von Investitionen in unser Land zu bringen. Auch das organisiert haushalterische Kraft für Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Hat denn irgendeiner bestritten, dass Sie dies auch getan haben? - Lieber Herr Koch, bei allem Miteinander und bei allem Streit: Sie wollen mir doch wohl nicht vorwerfen, dass es mir schwerfällt, zuzugeben, dass Sie Dinge gemacht haben, die richtig waren? Natürlich war das richtig. Natürlich übernehmen wir in vielen Punkten eine Situation, die ordentlich vorbereitet war. Es ist eine Situation, die wir in einzelnen Bereichen anders sehen, aber Sie haben von dieser Regierung keine andere Aussage

gehört. Es gibt einzelne Punkte, bei denen wir unterschiedlicher Auffassung sind. Diese unterschiedlichen Meinungen haben wir im Wahlkampf miteinander ausgetragen. Sie sind von den Wählerinnen und Wählern entschieden worden, und das ist gut so.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Ja, aber ich stehe hier, und Sie sitzen da.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Solange das so ist, ist das richtig so. Wir werden in den jetzt anstehenden Beratungen zu diesem Haushalt sehr auf das hören, was Sie sagen, wenn es gut ist und uns weiterbringt. Vieles von dem, was Herr Schmidt gesagt hat, war in der Tat wichtig. Ich habe das mitgenommen, und wir werden dem in den Beratungen nachgehen.

(Beifall PIRATEN)

Lassen Sie uns versuchen, diesen Haushalt unter diesen Überschriften miteinander zu einem guten Ende zu bringen, auf dass er solide und solidarisch ist und unser Land stark macht. Die Vorlage, die Sie bekommen haben, ist ausgezeichnet dafür geeignet. Ich wünsche Ihnen erfolgreiche Beratungen unseres Haushalts. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Paulsen-Gymnasiums aus Niebüll. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

Der Ministerpräsident hat seine Redezeit um 4 Minuten, 30 Sekunden überzogen. Ich stelle Ihnen nun die Redezeiten vor, die Ihnen noch zur Verfügung stehen: Für die CDU sind das 11 Minuten und 46 Sekunden, für die SPD sind das 14 Minuten und 30 Sekunden, für die Grünen 18 Minuten, für die FDP 7 Minuten und 15 Sekunden, für die PIRATEN 12 Minuten und 46 Sekunden, und für den SSW 11 Minuten und 15 Sekunden. Es liegen weitere Wortmeldungen vor. Zunächst hat der CDU-Abgeordnete Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Zunächst spricht der Oppositionsführer!

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gern. Ich dachte, es wäre anders, aber das ist okay.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war eine interessante Arbeitsteilung: Heute Morgen haben wir von der Finanzministerin die harte Kost der Haushaltszahlen bekommen, ohne dass Perspektiven aufgezeigt wurden. Eben hat der Ministerpräsident mit warmen Worten versucht, den Mantel des allgemeinen Friedens über diese Situation zu legen. Beide, der Ministerpräsident und die Finanzministerin, haben das eigentliche Problem dieses **Haushalts** in ihren Reden jedoch komplett ausgeblendet. Es ist die Tatsache, dass wir trotz historisch hoher Steuereinnahmen bei einem Bestand von 7,1 Milliarden € immer noch in der Situation sind, dass diese Landesregierung die Schulden noch einmal erhöhen will, und zwar um 70 Millionen € gegenüber der bisherigen Planung für 2013. Das zeigt, dass wir kein Einnahmeproblem haben, sondern ein **Ausgabeproblem**. Deshalb ist Ihre Argumentation doppelzünftig. Sie geht an der finanzpolitischen Verantwortung für dieses Land vorbei.

Wir alle wissen, dass der von Ihnen vorgelegte Haushalt trotz aller Ihrer Bekenntnisse auf Kante genäht ist, dass Sie nahezu keine Vorsorge für die Risiken der nächsten Jahre getroffen haben und dass kein ausreichender Puffer vorhanden ist. Das ist verantwortungslos, wenn man an die Risiken denkt, über die wir heute Morgen an der einen oder anderen Stelle im Zusammenhang mit der Zukunft dieses Landes gesprochen haben.

Was mich aber erschüttert, ist, dass Sie diese **zusätzlichen Schulden** ohne eine erkennbare Zukunftsstrategie machen wollen, die für das ganze Land gut ist. Sie erhöhen Haushaltsansätze überwiegend dort, wo es um Ihre Interessengruppen geht, um medienwirksam Wahlgeschenke zu erfüllen. Ich bin durchaus gespannt auf die schon angekündigte Nachschiebeliste. Auch die Koalitionsfraktionen haben in den Debattenbeiträgen schon weitere Anträge angekündigt. Ich bin gespannt, um was es da geht und um welche Summen Sie die Neuverschuldung dann noch einmal nach oben treiben werden.

Herr Ministerpräsident, der Vorwurf war nicht, dass Sie nicht genug oder zu viel Geld ausgeben. Der Vorwurf war, dass Sie bei den Menschen Erwartungen geweckt haben, von denen ich als Politiker davon ausgehe, dass die Menschen auf die Erfüllung vertrauen dürfen. Sie merken jetzt am Beispiel des

Haushalts 2013, dass diese Erwartungen nicht erfüllt werden. Sie werden nach meiner festen Überzeugung auch in den nächsten Jahren von Ihnen nicht erfüllt werden können. Das ist der eigentliche Vorwurf. Daher nenne ich noch einmal das Beispiel des **Eingriffs in das FAG**, den Sie rückgängig machen wollten. Ausgangspunkt waren 120 Millionen €, und jetzt sind Sie bei 15 Millionen € gelandet. Diese 15 Millionen € holen Sie sich hintenherum bei der Kürzung der Grundsicherung aus den Taschen der Kommunen zurück. So geht es nicht.

(Beifall CDU und FDP)

Sie haben auch nicht überzeugend deutlich gemacht, welche **Chancen** Sie eigentlich für den **Standort Schleswig-Holstein** in der Zukunft gestalten wollen. Sie nutzen nämlich die Chancen, die wir haben, erkennbar nicht. Sie belasten den Mittelstand mit neuen Auflagen. Sie blockieren innerhalb der Koalition gegenseitig die wichtigen Projekte in der Infrastruktur, und Sie verweigern sich auch auf Bundesebene der Möglichkeit, beispielsweise durch ein positives Signal zur Aufhebung des Kooperationsverbotes im Hochschulbereich, für diesen Bereich mehr Geld nach Schleswig-Holstein zu holen. Auch das ist verantwortungslos.

(Beifall CDU)

Deswegen sage ich: Machen Sie mit diesem Haushalt weiter, mit unverantwortlicher Schuldenpolitik. Sie bedienen schuldenfinanziert fast ausnahmslos Ihre Klientel. Sie schüren Erwartungen, die Sie offenkundig nicht erfüllen können, und nehmen den Dialog mit den Menschen nicht ernst. Und Sie verspielen Zukunftschancen für dieses Land.

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat der SPD-Abgeordnete Lars Winter.

Lars Winter [SPD]:

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu meinem Vortrag komme, möchte ich Folgendes sagen: Herr Callsen, es wundert mich doch sehr, dass Sie Ihre kostbare Redezeit dafür verwenden, Wiederholungen dessen vorzubringen, was Sie heute Morgen schon gesagt haben. Aber nur weil man etwas immer wieder erklärt, wird es auch nicht richtiger.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lars Winter)

Das möchte ich Ihnen einmal sagen. Wenn Sie von mehr als einer halben Milliarde Puffer sprechen und wenn Sie das als nicht ausreichend bezeichnen, dann weiß ich auch nicht weiter.

(Zuruf CDU)

- Nein, nein, das wird dadurch nicht richtiger.

Werte Kolleginnen und Kollegen, kein Zweifel besteht daran, dass unsere Rolle hier im Landtag eine politische ist. Wir sind es, die die Rahmenbedingungen für die Verwaltung setzen, und wir nehmen - das kann ich zumindest für die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen sagen - unsere Rolle ernst. Wir nehmen Sie jedenfalls ernster, als es die letzten der die Regierung tragenden Fraktionen getan haben.

Wenn ich mir ansehe, dass beispielsweise ein beträchtlicher Teil des **Personalabbaus** zwar auf der Liste der Absichtserklärungen gestanden hat, aber noch gar nicht umgesetzt war, weiß ich, dass eine Menge Papiertiger dabei waren.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viel reden und wenig tun wird allerdings in Zukunft nicht ausreichen, und es hat auch in der Vergangenheit nicht gereicht.

Beispiel **Wirtschaftsförderung**: Ohne erkennbares Konzept und ohne Plan wurde die Förderung von nachgeordneten Institutionen übernommen, mal nach dem Windhundprinzip und mal nach dem Gießkannenprinzip. Dazu hat mein Fraktionsvorsitzender heute Vormittag schon einiges gesagt.

Meinen Sie wirklich, die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Region profitiert davon, dass Sie mal hier, mal da einen Betrieb unterstützen? Wo war denn die wirtschaftspolitische Richtung, die dahinterstehen sollte? Wo hat sich die Nachhaltigkeit in Ihren politischen Entscheidungen widerspiegelt? Wo war die Richtlinienkompetenz Ihrer politischen Führung? Wo auch immer, in den Entscheidungen, sofern Sie welche gefällt haben, wurde sie jedenfalls nicht deutlich. Und hier geht es immerhin um Millionen von Euro.

Ein anderes Beispiel sind die notwendigen Reduzierungen beim Personal. Wenn ich aus dem Finanzministerium höre, dass der Personalabbau bei der Regierungsübernahme weit hinter dem Soll zurückstand, bin ich schon bekümmert, bekümmert nicht deshalb, weil noch so viel zu tun ist, sondern bekümmert, weil diese Planlosigkeit, die sich durch

die Politikbereiche hindurchzieht, bei Ihnen Programm gewesen zu sein scheint.

Im **Personalbereich** hat Schleswig-Holstein eine ganze Reihe von Herausforderungen gleichzeitig zu bewältigen. Wir müssen, wir wollen und wir werden 300 zusätzliche **Lehrerstellen** im System belassen. Der Herr Ministerpräsident hat gerade eben auch noch einmal gesagt, dass es um Planstellen geht.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist eine Wiederholung!)

Das allein reicht aber nicht. Hinzu kommt, dass diese Stellen ganz klar zur Verbesserung der Qualität beitragen sollen. Für die Schulen bedeutet das, dass sie die Folgen des demografischen Wandels zu schultern haben, dass sich der Unterricht verändern wird, dass es mehr Unterstützung genau dort geben wird, wo sie dringend gebraucht wird, kurz: Es bedeutet Veränderung.

Andere Bereiche haben ebenfalls mit viel Veränderung zu tun, können aber nicht aufgestockt werden. In den letzten Monaten habe ich verschiedene Gespräche im Bereich der **Steuerverwaltung** geführt. Was mir da von Schwierigkeiten bei der Software-Anpassung, von unnötig komplizierten Abläufen, von immer neuen Anforderungen, von Inkompatibilitäten zwischen Bundesländern berichtet wurde, trägt massiv dazu bei, dass die Beschäftigten überlastet und unzufrieden sind. Es wird dringend Zeit, dass die notwendigen Reformen umgesetzt werden und sich die Arbeitsbedingungen signifikant verbessern.

Unzufriedene Beschäftigte können und sollten wir uns nicht leisten. Produktivität, Motivation, Engagement sollten bei unserer Personalpolitik wieder eine wichtige Rolle spielen, ebenso Gesundheit am Arbeitsplatz, Entwicklungschancen, Zufriedenheit, Identifikation mit der Arbeit und mit dem Arbeitgeber.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das betrifft die Schulen, es betrifft die Finanzverwaltung, es betrifft Polizei und Justiz, es betrifft öffentliche Institutionen jeder Art. Weiterer Personalabbau wird notwendig sein, um langfristig strukturell zu sparen. Er wird aber einhergehen müssen mit Aufgabenabbau einerseits und mit einem neuen Fokus auf „gute Arbeit“ auf der anderen Seite, auch und gerade für die tariflich Beschäftigten und die Beamtinnen und Beamten des öffentlichen Dienstes.

(Lars Winter)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ebenso wie bei einer Auftragsvergabe nicht das billigste, sondern das insgesamt günstigste Angebot zu wählen ist, zählt beim Umgang mit unseren Beschäftigten nicht die Abbaugeschwindigkeit, sondern die **Qualität des Wandels**. Arbeitsqualität, „gute Arbeit“, wie unser sozialdemokratisches Motto ganz zu Recht lautet, ist also auch eine finanzpolitische Aufgabe.

Kaputtsparen gilt nicht. So bemerkenswert die Bemühungen von Ihnen in der Opposition sind, einen fiktiven Preis für den besten Sparkommissar zu erreichen, so nachhaltig wirken sich diese auf die Gestaltung des sozialen Miteinanders in Schleswig-Holstein aus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum **sozialen Miteinander** gehört unter anderem auch, dass man nicht um des politischen Profits willen durchs Land zieht und Menschen mit Gespenstergeschichten in Angst und Schrecken versetzt. So geschehen mit der Behauptung von Ihnen heute, Herr Callsen, das kulturelle Erbe Schleswig-Holsteins werde um 2 Millionen € gekürzt, das Vaterland gehe dabei unter, und ganze Gemeinden würden unter der neuen Koalition eingespart, zwangsfusioniert und abgeschafft. Wenn Sie in den Haushaltsplan schauen, dann sehen Sie, dass zum Beispiel die Mittel des Kulturerbes unter anderem beim Schloss Eutin gelandet sind, die auch vorher schon unter dieser Haushaltsstelle mit verbucht waren. Von daher wird eine direktere Zuordnung zu den einzelnen Objekten geschehen. Nichts von dem, was Sie hier erzählen, entspricht der Richtigkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte zum Schluss noch einmal auf die **Schuldenbremse** zurückkommen. Zum Schuldenabbau gibt es eine Vereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und dem Stabilitätsrat. Ähnliche Vereinbarungen haben auch die anderen Länder getroffen, für die im Zuge der letzten Föderalismuskommission Konsolidierungshilfen vereinbart wurden. Festgelegt sind Abbaupfade, die von uns einzuhalten sind. Dies sind sehr schwierige, aber politisch gerade noch vertretbare Maßnahmen. Wir können und wir werden diese Maßnahmen umsetzen, auf die wir uns mit dem Stabilitätsrat verständigt haben. Wir werden aber nicht in vermeintlichem Übergehorsam den Abbaupfad übererfüllen. Und warum nicht? Weil man sich sehr schlecht in schwierigerem Ringen auf ein Maßnahmenpaket verständigen und hinterher behaupten kann, es wäre

noch sehr viel mehr gegangen, so wie Sie es tun. Wenn Sie viel stärker hätten kürzen und sparen können, dann frage ich Sie: Warum haben Sie es denn nicht getan?

Wir Sozialdemokraten halten die Schuldenbremse für richtig. Wir teilen die Auffassung, dass Schulden nachhaltig begrenzt werden müssen. Das haben wir heute schon mehrfach erwähnt. Auch wenn in der Vergangenheit viel Geld darauf verwendet wurde, Zukunft zu gestalten - Schulen, Hochschulen, Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens und viele andere Verfassungsziele -, blicken wir gleichzeitig darauf, eine Balance zu finden. Ja es ist richtig, in die Zukunft zu investieren, und ja, auch künftige Generationen sollten diese Gestaltungsspielräume bekommen, die wir für uns in Anspruch genommen haben.

Wenn Sie, Herr Callsen heute sagen, dass dann, wenn wir so verfahren, wie wir verfahren, nachher für die **nachkommende Generation** nichts mehr übrig sein wird und wir ihr den **Gestaltungsspielraum** nehmen, dann möchte ich darauf antworten: Es kostet auch Geld, kaputte Strukturen wieder aufzubauen. Genau das aber müsste die nächste Generation tun. Wir halten diese Strukturen in dem Rahmen, in dem das finanziell möglich ist. Das ist richtige Politik, das ist verantwortliche Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen beides, und es geht beides: verantwortliche Politik haushälterisch maßvoll gestalten. Ein Wettbewerb, wer am tollsten Sparen kann, hat bei diesem ernstesten Thema nichts zu suchen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir stehen am Anfang unserer diesjährigen Haushaltsberatungen. Lassen Sie uns zusehen, dass wir sie im guten, offenen Diskurs gestalten, gerade weil die Zeit knapp ist - meine Redezeit zwar nicht, aber unsere Beratungszeit - und die Herausforderungen groß sind. Wir werden und wir wollen im Januar hier einen Haushalt verabschieden, der diesen Herausforderungen gerecht wird. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn ich jetzt nicht direkt auf den Kollegen Koch eingehen kann, weil er nach mir kommt - das hat er strategisch geschickt gemacht -, kann ich, glaube ich, trotzdem ein bisschen auf die Rolle der CDU eingehen. Ich beobachte das auch im Finanzausschuss und durch die Redebeiträge des Fraktionsvorsitzenden, des Oppositionsführers Herrn Callsen. Ich stelle mit Verwunderung fest, dass Sie sich vielleicht etwas zu sehr an die amerikanische Teaparty und dem unterlegenen Vizepräsidenten Paul Ryan orientieren. Er denkt ähnlich hart an Konsolidierung, bringt ansonsten aber ähnlich wenig Konsistenz in der Argumentation hervor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht bei den **Haushaltsberatungen** um zwei Sachen. Es geht um Politikgestaltung, und es geht um das konkrete Zahlenwerk. Zu dem einen haben Sie ein bisschen was gesagt, das andere haben Sie ausgeblendet. Ich will probieren, auf beide Aspekte einzugehen.

Fangen wir mit dem **Zahlenwerk** an. Da gibt es in der Tat - nicht für diesen Haushalt, aber für die Folgejahre, die Finanzplanung ist mit Beratungsgegenstand - auch eine Menge Baustellen, die aufgelöst werden sollen. Das ist vollkommen richtig. Ich werde zum Verfahren nachher noch etwas dazu sagen. Aber interessant ist doch, dass Sie so eine astreine Bilanz, wie Sie uns hier immer präsentieren, eigentlich gar nicht haben. Ich will das anhand von ein paar Beispielen deutlich machen.

Beispielsweise gibt es 200 Stellen, die die jetzige Landesregierung auflösen muss, die von der letzten Landesregierung in der mittelfristigen Finanzplanung vorgetäuscht wurden.

(Rainer Wiegard [CDU]: Quatsch!)

Die jetzige Landesregierung, Herr Wiegard, muss das nachholen, was Sie versäumt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es gibt weitere Versäumnisse, mit denen wir uns jetzt auseinandersetzen müssen und die es in den nächsten Jahren nicht einfacher für uns machen. Das ist zum Beispiel der ganze Bereich **Hochschulbau** und **Sanierung**. Ich will das nur streifen, weil wir morgen zu den Hochschulen eine Sonderdebat-

te haben. Dann werde ich mehr dazu sagen. Aber auch das ist ein Bereich, wo die letzten Landesregierungen - nicht nur die letzte - auf ihre Leistungen nicht stolz sein können.

Sie haben uns einen großen Wust - Verkehrsminister Meyer ist leider nicht mehr anwesend - auch im **Verkehrsbereich** hinterlassen. Sie haben nämlich versäumt, die Priorisierung vorzunehmen, die wir jetzt machen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir werden sie gerne machen. Wir werden sie im Dialog mit vielen machen und in der Koalition einvernehmlich hinbekommen. Aber Sie haben es versäumt.

Wenn wir schon beim Einzelplan 06 des Wirtschaftsministers sind, können wir auch feststellen, dass es einen weiteren Titel gibt - von einigen wurde schon das Stichwort einzelbetriebliche Förderung genannt -, den Titel 892 01, von dessen Volumen von 12,1 Millionen € 9 Millionen € durch Maßnahmen Ihrer Landesregierung festgelegt sind. Das heißt, in diesem Bereich haben wir viel weniger Spielraum, weil Sie durch Verpflichtungsermächtigungen schon Fakten geschaffen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dann gibt es weitere interessante Vorwürfe, die in dieser Debatte von Ihnen an uns herangetragen wurden. Das eine ist zum Beispiel das Thema **Tarifsteigerung**. Der Kollege Kubicki hat uns vorgeworfen - Heiner Garg, Sie haben es vor einer Woche über die Presse auch getan, wenn mich nicht alles täuscht -, dass wir das nur in einem Umfang von 1,5 % berücksichtigen würden. Herr Garg, könnten Sie mir die Frage beantworten: Was haben Sie eigentlich getan, als Sie hier noch Verantwortung hatten und da vorn Platz genommen haben? Sie haben für das eine Haushaltsjahr 1 % an Tarifsteigerung eingestellt, für das zweite 1,5 %. Dann können Sie uns nicht dafür kritisieren, dass wir von Anfang an mit 1,5 % planen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn Sie jetzt mit dem Vorwurf kommen, dass die Landesregierung in dem Haushaltsentwurf zu wenig Spielraum für das Parlament lässt - auch das hat der Kollege Kubicki heute Morgen getan -, dann muss man feststellen, dass das nur bedeutet, dass wir als Fraktion genau wie die Landesregierung eine Gegenfinanzierung aufbringen müssen. Genau

(Rasmus Andresen)

das ist eine Aufgabe, der Sie sich jetzt nicht verwehren sollten, sondern die Sie genauso wie auch die Regierungsfractionen mit Freude annehmen sollten. Strukturelle Gegenfinanzierung für strukturelle Mehrausgaben, das gilt für Haushaltsanträge der Regierungskoalition, das gilt aber auch für Haushaltsanträge der Oppositionsfractionen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der erfreulichste Unterschied ist nicht, dass wir mit Altlasten von Ihnen zu kämpfen haben, sondern dass es politische Bereiche gibt, wo wir mit einer ganz anderen **Schwerpunktsetzung** beginnen. Viele Punkte wurden schon angesprochen. Ich will für die grüne Fraktion nur noch einige erwähnen, die für uns eine wichtige Rolle gespielt haben, neben denen, die meine Fraktionsvorsitzende heute Morgen schon genannt hat.

Wir haben zum Beispiel das erste Mal einen eigenständigen Haushaltstitel zur **Bekämpfung von Rechtsextremismus** mit 300.000 €.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und PIRATEN)

Das ist gerade in den Zeiten, wo vor zwei Wochen in Mölln kurz vor dem 20. Jahrestag der Brandanschläge in der ganzen Stadt Schmierereien von Nazis angebracht wurden, ein starkes Zeichen. Wir müssen mehr gegen Rechtsextremismus, gegen Nazis tun, und diese Koalition fängt damit an.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und PIRATEN)

Ich finde, es ist ein starkes Stück, Herr Callsen, wenn Sie sich hier hinstellen und von „eigener Klientel“ sprechen. Wenn Sie mit „eigener Klientel“ beispielsweise die Frauenhäuser meinen, wo Frauen, die von Gewalttaten bedroht sind, geholfen werden, dann ist das ein starkes Stück.

(Christopher Vogt [FDP]: Die Biobauern!)

Das sollte eine Aufgabe sein, die wir alle ernst nehmen und die für uns alle im Mittelpunkt einer vernünftigen Gleichstellungspolitik und Antigewaltspolitik steht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben auch andere Sachen gemacht. Ich erinnere an die großen Sanierungsblöcke. Das Programm PROFİ wurde schon erwähnt.

Ich möchte im Bereich der Hochschulpolitik noch auf einen anderen Aspekt eingehen. Wir haben in

den letzten Jahren - das wird sich fortsetzen - viel mehr Studierende im Lande, als das noch vor fünf oder zehn Jahren der Fall war. Das ist ein sehr gutes Zeichen. Wir kämpfen weiter für den Hochschulpakt III; auch das wurde von der Landesregierung vorhin schon erwähnt. Was wir aber auch machen, ist, dass wir Gelder für **studentisches Wohnen** einstellen. Gelder, die bei Ihnen gekürzt wurden, stocken wir wieder auf, damit die Studierenden, die hierher kommen, nicht zelten müssen, sondern ein Dach über dem Kopf haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für uns Grüne ist auch die Frage der **nachhaltigen Landwirtschaft** bedeutend. Auch da sind wir sehr froh, dass wir den Kurswechsel mit einer weiteren Förderung im Ökolandbau einleiten und das zurücknehmen, was Sie falsch gemacht haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden in den nächsten Jahren vor vielen großen Fragen stehen. Wir werden einen Umgang mit der **HSH Nordbank** finden müssen. Wir werden zusehen müssen, welche Maßnahmen wir zu welchen Zeitpunkten einleiten werden. Auch dazu hat die Finanzministerin - dafür bin ich und ist unsere Fraktion dankbar - sehr deutlich - auch das ist übrigens ein Unterschied zu Ihnen - und transparent gesagt, wie es weitergehen könnte und dass noch viele Unsicherheiten auf uns zukommen können und keiner hier im Raum so genau wissen kann, wie sich das in einem Jahr, in zwei Jahren oder in fünf Jahren darstellt.

Wir werden also mit der HSH Nordbank noch einiges machen müssen. Aber wir haben auch noch eine Reihe von anderen Aufgaben. Wir müssen in der mittelfristigen Finanzplanung noch 300 Millionen € auflösen. Das ist ein offener Prozess. Das ist nicht einfach. Aber auch hier ist uns ganz wichtig, dass wir es anders machen, als es die letzte Landesregierung von der Form her getan hat.

Wir wollen **Dialogbereitschaft**. Ich begrüße insofern, dass die PIRATEN heute mit einigen Vorschlägen, was man tun könnte - das ist sicher noch nicht das endgültige Ergebnis der Beratungen -, gekommen sind, dass sie sich an diesem Prozess konstruktiv beteiligen wollen und wir gemeinsam überlegen können, wie man die Bevölkerung, wie man Institutionen oder Verbände nachhaltig in solche Prozesse einbeziehen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

(Rasmus Andresen)

Frau Heinold, so viel ist vielleicht gestattet - unsere Fraktion hat hier allerdings wenig Nachholbedarf; wir machen das gern zusammen im breiten Kreis -: Wir waren es, die in der letzten Legislaturperiode den sogenannten Mitmachhaushalt - kann man im Internet über Suchmaschinen immer noch finden - gestartet haben, wo man zum Haushalt nicht nur Fragen stellen, sondern auch Vorschläge machen konnte. Daran haben sich insgesamt 636 Nutzerinnen und Nutzer beteiligt. Das ist sicherlich noch steigerungsfähig. Das liegt allerdings ein bisschen über der Zahl der Fragen, die von Ihrer Fraktion über die Bevölkerung eingestellt werden.

(Zurufe)

- Über den Zeitraum reden wir jetzt einmal nicht. Das sind beides gute Ansätze. Es gehört zur Wahrheit, dass es da in den letzten Jahren schon Prozesse gab, die wir im Dialog gern weiterentwickeln wollen. Das eine schließt das andere ja nicht aus.

Ich möchte noch ein paar Sätze zur Bundespolitik sagen. Es ist schon ein bisschen zum Thema **Steuerpolitik** gesagt worden. Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Spitzensteuersatz, all das werden klare Themen im nächsten Jahr werden. Wir werden eine Zuspitzung zwischen Bundesrat auf der einen Seite und Bundestag auf der anderen Seite bekommen. Darauf können wir uns freuen, auch darüber, wie sich die Fraktionen hier im Haus verhalten.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen - auch der Ministerpräsident hat das kurz getan -, der unserer Fraktion wichtig ist und stark zur Problemlösung beiträgt. Das ist das Thema Altschuldenfonds. Wir müssen auf Bundesebene - wie es auch der Ministerpräsident gesagt hat - zu einer Lösung im Bereich der Altschulden kommen. Wir sollten da nicht nachlassen und das auf Bundesebene weiter forcieren.

(Unruhe)

Ich möchte an alle hier im Haus appellieren, die irgendwie Einfluss haben, nicht über Talkshows - egal, ob man da Geld gewinnen kann oder nicht -, sondern über Parteigremien und Kanäle auf Bundesebene zu probieren, in den jeweiligen Bundesparteien und über die anderen Landesregierungen diesen Weg für nachhaltige Einnahmeverbesserungen und einen Altschuldenfonds auf Bundesebene zu gehen. Das ist nicht nur Aufgabe der Regierungsfractionen, sondern eine gemeinsame Aufgabe, die wir hier im Land haben.

Wir glauben, dass unser Haushaltsentwurf eine gute Grundlage für die Beratungen in den nächsten Mo-

naten ist. Wir werden als Regierungsfractionen sicherlich eigenständig und selbstbewusst in bestimmten Bereichen nachbessern. So ist unser Selbstverständnis. Wir freuen uns auf die Haushaltsberatungen, auch auf gute Vorschläge aus der Opposition. Ich würde mich freuen, wenn Sie die Schützengräben ein bisschen verlassen und im Sinne des Landeshaushalts probieren würden, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen.

(Zurufe)

Herr Wiegard, wenn Sie dazu nicht bereit sind, dann vielleicht Ihr Kollege Koch, der jetzt nach mir dran ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung will bis zum Jahr 2020 die **Null** beim **strukturellen Defizit** erreichen. Ja, das ist die Vorgabe unserer Verfassung, und das Bekenntnis zu unserer Verfassungsvorgabe ist - mit Verlaub, Frau Ministerin - kein Grund, sich auf die Schulter zu klopfen; das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP] - Rainer Wiegard [CDU]: Bei den Grünen nicht immer!)

Bei der Neuverschuldung werden wir bereits in diesem Jahr die Null fast erreichen. Herr Kollege Andresen, das ist unsere astreine Bilanz. Wir werden in diesem Jahr einen Jahresabschluss erleben, mit dem wir der Null sehr nahe kommen.

Bereits im Mai konnte Finanzminister Wiegard mit der damals vorgelegten aktualisierten Finanzplanung die im Haushalt veranschlagte Kreditaufnahme von 940 Millionen € auf 270 Millionen € absenken. Aus dem Zusammenspiel von Konsolidierungsmaßnahmen, Steuermehreinnahmen und sinkenden Zinsausgaben war dieses Ergebnis im Mai möglich. Es war schon damals ein exzellentes Ergebnis. Denn eine derart niedrige Kreditaufnahme von 270 Millionen € hat es seit Ende der 70er-Jahre nicht gegeben.

Wenn wir uns in dieser Woche die aktuellen Istzahlen Ende Oktober anschauen, kann man feststellen,

(Tobias Koch)

dass die prognostizierten 400 Millionen € Steuermehreinnahmen in diesem Jahr bereits Ende Oktober erreicht sind. Wir dürften also am Jahresende 80 Millionen € über der Prognose liegen. Bei den Zinsausgaben sprach die Ministerin heute Morgen nach wie vor von 970 Millionen € auf Basis der Mai-Prognose. Wenn Sie sich Ihre eigenen Oktober-Zahlen anschauen und die einmal aufs Jahr hochrechnen - wir haben Ende Oktober 744 Millionen € für Zinsen ausgegeben -, dann laufen wir am Ende des Jahres auf 900 Millionen € zu, noch einmal 70 Millionen € weniger als im Mai prognostiziert. Allein durch diese beiden Effekte von zusammen 150 Millionen € und weitere Effekte bei Rücklageveränderungen werden wir in diesem Jahr unter 100 Millionen € auslaufen. Wir werden bei der Neuverschuldung die Null ganz dicht vor Augen haben.

Um es ganz deutlich zu machen: Das ist nicht Ihr Verdienst. Dankenswerterweise haben Sie am laufenden Haushalt ja nicht die geringste Änderung vorgenommen, Sie haben auch keinen Nachtragshaushalt eingebracht. Insofern ist die Frage eindeutig zu beantworten: Dieser **Jahresabschluss** basiert einzig und allein, zu 100 % auf dem Haushalt von CDU und FDP.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist unsere Abschlussbilanz: ein nahezu ausgeglichener Haushalt. Das hat es in Schleswig-Holstein seit 1970 nicht gegeben. Damals, im allerersten Jahr, als man begonnen hat, seine Haushalte über Schulden auszugleichen, waren es 105 Millionen. Nie lag die **Kreditaufnahme** niedriger als in diesem Jahr, zum Ende unserer Regierungszeit. Das muss man sich vor Augen halten, wenn man jetzt Ihren Haushaltsentwurf betrachtet und feststellt, dass die Neuverschuldung dort wieder auf 420 Millionen € ansteigt, von nahezu null in diesem Jahr auf 420 Millionen € im nächsten Jahr.

Wenn Sie nur versucht hätten, das jetzige Ergebnis einigermaßen zu halten, wären Sie noch lange kein Musterknabe gewesen, Herr Dr. Stegner. Andere Bundesländer sind längst dabei, ihre Altschulden zu tilgen. Aber Sie müssen sich doch auch kein Vorbild an den Klassenletzten nehmen! Das neue Griechenland am Rhein, Nordrhein-Westfalen, ist doch kein Maßstab für uns!

Was den Unterschied zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb ausmacht, kann man im Augenblick in Baden-Württemberg sehen: Früher wurden Baden-Württemberg und Bayern in einem Atemzug genannt. Die Bayern werden in den nächsten zwei

Jahren 1 Milliarde € Altschulden tilgen. Im rot-grün regierten Baden-Württemberg haben zwei Jahre Rot-Grün ausgereicht, um zu einer Neuverschuldung von über 3 Milliarden € zu kommen. Das macht in der Summe 4 Milliarden € mehr. Das ist der Unterschied zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe)

Bei uns in Schleswig-Holstein - wir haben es heute Morgen mehrfach gehört - wird die gesetzlich zulässige Obergrenze bis auf die letzten 5 Millionen € ausgereizt.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben wieder nicht zugehört!)

Sie bewegen sich damit an der Grenze zum Gesetzesbruch, und das schon bei Ihrem ersten Haushaltsentwurf. Man darf sich gar nicht vorstellen, was im nächsten Jahr passieren soll, wenn eine unabwiesbare Mehrausgabe auf Sie zukommt.

Dass Sie es 2013 noch schaffen, war bei der guten Vorarbeit abzusehen. Eine bessere Situation als die, die Sie vorgefunden haben, konnte man ja nicht haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Werden Sie auch nicht wieder kriegeln!)

Einen derartigen Spielraum, den wir Ihnen erarbeitet haben, Rekordsteuereinnahmen, niedrigste Zinsen, die beste aller Welten für **2013**. Aber was machen Sie 2014? Das ist die entscheidende Frage. Dann sind Sie zum Schwur aufgefordert. Für **2014** haben Sie bisher keinen einzigen Vorschlag gebracht, nicht eine einzige Maßnahme benannt, mit der Sie das strukturelle Defizit zurückführen wollen. Sie steigern jetzt die Neuverschuldung, Sie erhöhen das strukturelle Defizit, Sie belasten den Landeshaushalt für die nächsten Jahrzehnte mit strukturellen Mehrausgaben und haben nicht den blassesten Schimmer davon, wie Sie die gesetzlichen Vorgaben 2014 einhalten wollen.

Immerhin habe ich vom Ministerpräsidenten gehört, die Landesmethode werde während seiner gesamten Regierungszeit Anwendung finden. Die Ankündigung von Herrn Dr. Stegner, man könne das Gesetz jederzeit ändern, hat der Ministerpräsident sofort wieder einkassiert. Ich bin dem Ministerpräsidenten dafür dankbar, dass dieser Konflikt innerhalb der Regierungsfaktionen von ihm sofort gelöst wurde.

(Tobias Koch)

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind ein Witzbold!)

Wir haben heute noch eine andere Ankündigung vernommen, die sich auch von dem unterscheidet, was wir vor ein paar Wochen gehört haben. Als wir vor ein paar Wochen über die HSH diskutiert haben, wurde von der Regierung noch jedwede Auswirkung auf Haushalt und Finanzplanung - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Auch da haben Sie uns ein perfektes Haus hinterlassen! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Gucken Sie mal Ihren Fraktionsvorsitzenden an! Was ist denn in den zwei Jahren passiert? Da sind neue Geschäfte gemacht worden! - Weitere Zurufe - Glocke Präsident)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Tobias Koch. Keine Dialoge bitte!

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident. Vielleicht könnte mir die Redezeit gutgeschrieben werden.

Als wir vor wenigen Wochen in diesem Hause über die Situation der **HSH Nordbank** gesprochen haben, wurde von der Regierung noch jedwede Auswirkung auf Haushalt und Finanzplanung bestritten. Relativ stumpf hat man darauf hingewiesen, die Ziehungswahrscheinlichkeit liege bei 42,4 %. Die Forderung der Opposition, das bei Haushalt und Finanzplanung zu berücksichtigen, wurde abgewiesen. Heute haben wir gehört: Ja, in der Finanzplanung sei dies zu berücksichtigen.

Wenn der Ministerpräsident darauf hinweist, dass die jetzt genannten 1,3 Milliarden € von der Bank kein Worst Case seien, hat er damit allerdings recht, denn es kann auch noch viel schlimmer kommen. Wir werden bei den September-Zahlen sehen, dass die Inanspruchnahme unserer Garantie von 2 Milliarden € auf vermutlich über 3 Milliarden € steigen wird. Man muss kein Hellseher sein, um diese Zahl zu prognostizieren. Wenn man solche Risiken erkennt und weiß, dass weitere Belastungen auf unsere Finanzplanung zukommen, die es uns schwerer machen werden, den Abbaupfad Richtung null einzuhalten, ist es notwendig, sich rechtzeitig darüber Gedanken zu machen, und dazu fordere ich Sie auf.

Nutzen Sie die anstehenden Haushaltsberatungen. Lassen Sie uns die vorgesehene Neuverschuldung

weiter reduzieren. Lassen Sie uns Spielräume im Haushalt erarbeiten, statt die Grenzen bis an das Maximum auszureizen.

(Lars Winter [SPD]: Machen wir doch gar nicht!)

So viele Schulden wie nur irgendwie geht zu machen, ist keine verantwortungsvolle Politik. Dass Sie in dem Zusammenhang von Nachhaltigkeit und verantwortungsvoller Haushaltspolitik sprechen, ist der blanke Hohn. Sie haben noch drei bis vier Wochen Zeit. Nutzen Sie diese Zeit. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja unglaublich viel Überraschendes und Interessantes in den letzten zwei Stunden gesagt worden. Herr Harms, über Ihre Rede war ich ganz besonders überrascht. Auch der Wettstreit zwischen Grünen und PIRATEN, wer eigentlich den ersten Mitmachhaushalt auf den Weg gebracht hat, finde ich ausgesprochen amüsant und heiter. Herr Andresen, wenn Mitmachhaushalte dann der Weisheit letzter Schluss sein sollen, warum haben Sie denn, wo Sie jetzt Regierungsverantwortung haben, Ihrer Finanzministerin nicht aufgetragen, statt einen Haushaltsentwurf vorzulegen, einen Mitmachhaushalt zu initiieren, damit alle fröhlich mitmachen können?

(Beifall FDP und CDU)

Dann wäre uns vielleicht das eine oder andere in diesem Haushalt erspart geblieben.

(Zuruf Abgeordneter Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Haushalt oder das, was ein Haushaltsentwurf sein soll, den Sie uns vorgelegt haben, ist mitnichten irgendein Plan für die Zukunft. Sie versuchen mit diesem Dokument ausschließlich, sich bis zur Bundestageswahl 2013 zu retten. Das ist doch der wahre Hintergrund, warum Sie sich noch nicht einmal trauen, von der Vorgängerregierung Ansätze für einen **Doppelhaushalt** zu übernehmen. Sie haben noch nicht einmal den Mut aufgebracht, einen Doppelhaushalt auf den Weg zu bringen.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP und CDU)

Sie versuchen sich irgendwie dahinzuschleichen. Wirklich problematisch ist - Frau Finanzministerin, Sie wissen es doch ganz genau: Die wirklich schwierigen Haushaltsjahre kommen erst noch, die Jahre 2014, 2015, 2016. Was machen Sie, anstatt Vorsorge zu treffen, benennen Sie noch nicht einmal **Risiken**, von denen Sie wissen, dass sie bereits auf uns zukommen: Personalkostensteigerung, Energiekosten, steigende Kosten der Eingliederungshilfe, und, und, und. Was Sie uns weiß machen wollen, ist - und der Ministerpräsident hat sich ja, hoffe ich, schlicht und ergreifend verrechnet und glaubt nicht ernsthaft, was er uns hier vorgetragen hat -, dass die Luft nach oben, nach der berühmten Landesmethode, nämlich nicht, wie er vorgetragen hat, 50 Millionen € beträgt, sie beträgt 5,3 Millionen € und nicht 50 Millionen €. Das ist übrigens eine Zahl, die heute Morgen nicht bestritten wurde. Sehr geehrte Frau Ministerin, ich hoffe, dass Sie etwas besser rechnen.

Der Haushalt 2013, über den wir ja im Januar 2013 abschließend das Vergnügen haben werden zu debattieren, er bildet nicht die finanzpolitische Realität ab, in der wir uns auch die nächsten Jahre befinden werden. Das ist übrigens auch sehr schön an Ihrer mittelfristigen Finanzplanung abzusehen. In Ihrer erst kürzlich vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung sind die Risiken der HSH Nordbank, von denen Sie wissen, dass sie auf uns zukommen werden, mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn eingepreist. Frau Ministerin, zumindest Ihre **mittelfristige Finanzplanung** ist doch schon heute nicht mehr das Papier wert, auf dem es gedruckt steht.

(Beifall FDP und CDU)

Sehr amüsant. Wenn es nicht so tragisch wäre, könnte man ja fast darüber lachen. Im Finanzausschuss haben Sie sich beharrlich geweigert, auf die Bitten der Opposition, und zwar der gesamten Opposition, wenigstens einmal eine **Maßnahme** zu nennen, eine mittelfristig wirkende Maßnahme, mit der Sie den **Konsolidierungspfad** weiter beschreiben wollen. Der Kollege Winter hat gesagt, Zeit vergeht und alles ändert sich. Das Problem ist nur, dass Zeit zwar vergehen mag und sich auch vieles ändern mag, aber Sie haben die Pflicht, strukturelle Maßnahmen zu benennen, mit denen Sie weiter den Konsolidierungspfad beschreiten wollen. Sie haben keine einzige genannt. Das wäre ja auch eine Antwort gewesen: Wir haben keine Idee. Das wäre wenigstens ehrlich gewesen.

(Beifall CDU)

Sie haben nämlich in Wirklichkeit keinen Plan, wie Sie sich über das Haushaltsjahr 2013 hinaus finanzpolitisch in dieser Koalition retten wollen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tobias Koch?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Selbstverständlich immer gern. Ich würde auch eine Zwischenbemerkung gestatten.

Tobias Koch [CDU]: Dr. Garg, ist es zutreffend, dass wir im Finanzausschuss noch nicht einmal die Antwort der Regierung sofort erwartet haben, sondern dass wir bereit waren, der Regierung bis Mai, Juni nächsten Jahres für diese Antwort Zeit zu geben, und dass die Regierungsfractionen auch dazu nicht bereit waren?

- Erstens. Es trifft zu, dass die Regierungsfractionen dazu nicht bereit waren. Zweitens. Es ist richtig, und da waren Sie großzügiger als ich, dass wir der Regierung sogar Zeit gelassen hätten, eine Antwort zu finden. Noch nicht einmal darauf hat sich die Regierung eingelassen. Das zeigt, dass es schlicht ein Armutszeugnis ist, das uns hier zur Diskussion hingeworfen wurde - im Übrigen, wenn ich das einmal sagen darf, in einer Art Hauruckverfahren, die wir uns als Regierung nie erlaubt hätten.

Der Kollege Andresen sprach so wortgewaltig und auch relativ laut von dieser Stelle - -

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich mir von Ihnen abgesehen! - Beifall CDU und PIRATEN)

- Das ist klasse, dass Sie auch von mir etwas lernen. Üblicherweise wollen Sie meistens immer nur etwas vom Fraktionsvorsitzenden lernen.

(Unruhe)

Das freut mich sehr. Kollege Andresen, Sie haben so wortgewaltig von der Politikgestaltung, die Sie mit diesem Haushalt veranstalten wollen, gesprochen.

(Glocke Präsident)

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Möglichkeiten für die **Politikgestaltung**, die Sie hier einfordern, erst einmal wieder zurückgewonnen werden müssen. Wir haben aufgrund der vorgefundenen finanziellen Situation kaum noch Möglichkeiten, und

(Dr. Heiner Garg)

wir haben uns auf den Konsolidierungspfad in der letzten Legislaturperiode begeben, damit wir oder nachfolgende Generationen in Zukunft wieder Stück für Stück Politikgestaltung betreiben können. Was Sie heute hier einfordern, sind Sie gerade dabei, mit Ihrem Haushaltsentwurf wieder Stück für Stück zu verspielen, Herr Kollege Andresen.

(Beifall FDP und CDU)

Zu Ihrer Politikgestaltung frage ich Sie: Welches unglaublich gemeinsame Projekt trägt eigentlich die Koalition aus Sozialdemokraten, Grünen und SSW? Wo soll denn dieses unglaublich politikgestaltende und verbindende gemeinsame Projekt für die nächsten fünf Jahre sein? Dass Sie noch nicht einmal wissen, welche strukturellen Maßnahmen zum weiteren Abbau fortführen sollen, ist eines - geschenkt.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Erdmann, Ihre heutige Finanzministerin hat in der Opposition genau diese Maßnahmen von der Vorgängerregierung eingefordert und weigert sich jetzt beharrlich, diese Maßnahmen in ihrer Regierungsverantwortung zu nennen.

(Beifall FDP und CDU)

Das finde ich wunderbar. Das gefällt mir ausgesprochen gut.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das Sein bestimmt das Bewusstsein!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Garg gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Anke Erdmann?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Aber selbstverständlich.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war gerade eine sehr kluge Bemerkung von Herrn Kubicki. Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Können Sie sich daran erinnern, wie auch nach zweieinhalb Jahren Ihre Abbaupfade auf die Personalbereiche heruntergebrochen waren - außer dem Bereich Schule, in dem ganz klar war, wie viele Stellen Sie dort heraus nehmen wollten? Ansonsten hatten Sie überhaupt keinen Plan. Deswegen müssen Sie schon aufpassen, mit welcher Chuzpe Sie

hier auftreten und sagen: „Das müssen Sie jetzt aber liefern.“ Damit tun Sie sich gerade keinen Gefallen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Ich tue mir einen ganz großen Gefallen, weil das, was Sie hier erzählen, barer Unsinn ist.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie können den Kopf schütteln, so oft Sie wollen. Da ich selber für ein Ressort Verantwortung getragen habe, weiß ich, dass ich bis zur letzten Stelle melden musste, in welchem Jahr wie viele Stellen wann zu erbringen waren. Deswegen stimmt es schlicht und ergreifend nicht, was Sie hier sagen.

(Anhaltender Beifall FDP und CDU)

Es war zwar ein probates Mittel der damaligen Opposition, Dinge zu behaupten, die so nicht zutreffen, aber dass Sie sich als regierungstragende Fraktion so einen Unsinn zu Eigen machen, das wundert mich dann schon, Frau Kollegin Erdmann.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Herr Kollege Koch, für das Protokoll: Natürlich meinte ich die jetzige Regierung.

Das gemeinsame Projekt von Rot-Grün-Blau beschränkt sich darauf, Einzelmaßnahmen der Vorgängerregierung irgendwie zurückzudrehen. Das ist kein großer Politikentwurf. Das ist kein Entwurf für ein modernes Schleswig-Holstein 2020. Was Sie uns heute als ersten Haushaltsentwurf vorgelegt haben, ist fantasielos, es ist planlos, es ist perspektivlos, und im Übrigen schadet es dem mehr Land, als dass es ihm nutzt. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich mache jetzt einmal das mit dem Dialog.

(Beifall PIRATEN)

Schade, dass Frau Heinold nicht da ist. Ich würde den Dialog gern führen. Sie hat heute Morgen von vorsorgender Finanzpolitik gesprochen, die Kreativität brauche. Da bin ich voll bei Ihnen, Frau Heinold. Das ist wirklich nötig. Ich hätte mich gefreut, wenn ich auch nur einen einzigen **mittelfristigen**

(Wolfgang Dudda)

Ansatz gehört hätte, der über das nächste Jahr hinausgeht - neben der HSH Nordbank, die uns mit 650 Millionen € spätestens ab 2018 den Hals zudrehen wird, und der **Pensionslasten** in Höhe von 1,5 Milliarden € mit steigender Tendenz ab 2018.

Wenn man einmal **Steuerermehreinnahmen** hat, wie es jetzt der Fall ist, ist es sinnvoll und vernünftig, ein paar Rücklagen zu bilden.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Es gehört dazu, dass man spart und sagt: Das muss auf die hohe Kante, weil uns ansonsten in sechs Jahren im Haushalt jeder vierte Euro, den wir hier ausgeben, nicht mehr zur Verfügung steht - neben den Zinsen und Zinseszinsen und Tilgungen, die noch dazukommen.

(Beifall PIRATEN)

Das war das Erste, was ich sagen wollte. Es bedarf einer **vorsorgenden Finanzpolitik**. Ein bisschen vorausschauen, ein bisschen sparen wollen, das ist nicht zu erkennen. Das wäre dringend notwendig.

Viel wichtiger ist mir zweitens ein Gruß von den Gewerkschaften. Ich kann Ihnen vom Deutschen Beamtenbund, von ver.di und von meiner Gewerkschaft, der GdP, ausrichten, dass nichts damit zu machen ist, dass wir **Aufgabenkritik** üben und allein durch **Aufgabenkritik** versuchen, Stellen zu reduzieren. Wir haben kein einziges konkretes Wort dazu gehört, wie und wo die 1.000 Stellen, die nächstes Jahr eingespart werden sollen - 987 haben Sie genannt - eingespart werden sollen. Ich habe von den Gewerkschaften gehört, dass sie nicht das mitmachen wollen, was ich an einem Beispiel eines Fünf-Sterne-Hotels in Hamburg aufzeige: Es zahlt den Mindestlohn, addiert aber pro Stunde einfach drei Zimmer dazu. So läuft das nicht. Da wird erbitterter Widerstand der Gewerkschaften zu erwarten sein.

Ich hoffe, dass Sie wirklich den Dialog pflegen und tatsächlich mit den Beschäftigten Aufgaben reduzieren. Denn nur so wird es gehen.

(Beifall PIRATEN)

Wenn man kreativ sein will, muss man sich vorstellen: Was ist in drei, vier Jahren? Der demografische Wandel wird es unmöglich machen, dass sich ein Zehnkämpfer mit Zweier-Abitur bei der kärglichen Versorgungsstruktur, die wir im öffentlichen Dienst anbieten, noch für die Polizei interessiert. Es wäre vielleicht ganz sinnvoll, in den nächsten drei Jahren 10 % „über den Durst“ einzustellen, damit wir in Wirklichkeit eine **demografische Rendite** haben.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Das wäre kreativ, und das wäre vernünftig geplant.

Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorhin sprach für den SSW der Fraktionsvorsitzende, jetzt macht es der finanzpolitische Sprecher. Der hat eine andere Aufgabe.

(Heiterkeit - Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat deutlich zu machen, in welchen einzelnen Punkten wir Politikveränderung machen.

Vorher möchte ich noch auf das eingehen, was uns der Kollege Koch im Ausschuss und jetzt wieder vorgeworfen hat. Er hat gesagt, im Gegensatz zu den alten Forderungen würden wir nicht nachweisen, was wir mittelfristig tun wollen, um das **Haushaltsdefizit** abzubauen. Ich verweise auf Umdruck 18/253. Das ist der Bericht an den Stabilitätsrat, in dem viele Maßnahmen - kurz- und mittelfristig - drinstehen, die sich oft nicht von den Maßnahmen unterscheiden, die die alte Regierung angemeldet hat. Dieser Bericht wird jährlich fortgeschrieben und aktualisiert. Dann wird sich - das ist das, was der Kollege Winter im Ausschuss sagte - Jahr für Jahr immer neu ergeben, welche Maßnahmen kurzfristiger und langfristiger Art dazu dienen werden, das **strukturelle Defizit** abbauen zu können.

Entscheidend in diesem Bericht ist der **Abbaupfad**, der angesprochen worden ist. Darauf kommt es an. Es kommt nicht darauf an, welche Maßnahmen man macht, sondern darauf, dass man einen Vertrag, eine Vereinbarung schließt, in welcher Höhe man abbauen will, und dass man 2020 auf Null kommen will. Das haben wir übernommen. Das konnte auch gar nicht anders sein, weil das **Verfassungsauftrag** ist. Dazu stehen wir. Man möge uns bitte auch zugestehen, dass wir als neue Regierung, die vier Monate im Amt ist, nach und nach neue Szenarien entwickelt, wie man das strukturelle Defizit abbauen will.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lars Harms)

Was tun wir Neues? Ich will es einmal mit SSW-Augen sehen. Das ist ganz wichtig. Es wird häufig gefragt: Warum ist eigentlich der SSW in der Regierung? Sollen die sich nicht nur um ihre Minderheiten kümmern, und dann ist Schluss? - Das ist es eben nicht. Wir haben als Parlamentarier einen Auftrag. Gleichwohl kann man dem Haushalt entnehmen, dass darin durchaus Dinge enthalten sind, die - so will ich es einmal nennen - skandinavisch inspiriert sind. Das heißt nicht, dass wir alles allein getan haben - um Gottes Willen. Wir sind eine Koalition. Wir können das, was wir es selbst organisiert haben, toll finden. Aber wir können es auch mittragen, wenn die Ideen von anderen Leuten kommen. Wichtig ist, dass man sieht, dass dieser Haushalt eine Prägung hat, die das abbildet, was wir als SSW für eine Politik vertreten.

Wir werden zum Beispiel den Ansatz für „**Frau & Beruf**“ - das fällt uns schwer genug - gleich hoch beibehalten können. Da ist leider schon die Kürzung drin, die die alte Regierung gemacht hat. Trotzdem muss man sehen, dass der Ansatz gerade ist, dass man **Arbeitsmarktpolitik** nicht nur dazu macht, um Menschen in den Arbeitsmarkt zu bringen - natürlich auch und hauptsächlich -, sondern in der Beratung auch Konzepte entwickelt, die es einer Klientel ermöglicht, an dem gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, wenn eine Arbeitsstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht möglich ist. „Frau & Beruf“ tut dies für Frauen, insbesondere für Späteinsteigerinnen oder Wiedereinsteigerinnen mit einem relativ hohen Alter. Das ist ein Ansatz, der gerade in den skandinavischen Ländern seit Jahrzehnten verfolgt wird. Ich als SSW kann hervorragend dahinterstehen, dass dieser Ansatz nicht noch weiter heruntergefahren wird, sondern wir ihn stabilisieren. Ich hoffe, dass wir irgendwann in der Lage sein werden, den einen oder anderen Euro oben draufzupacken. Das soll aber auch deutlich machen: Wir können uns mit diesem skandinavischen Ansatz, was „Frau & Beruf“ angeht, sehr gut identifizieren.

Gleiches gilt zugegebenermaßen auch für die **Schulsozialarbeit**. Es ist richtig, was der Kollege Schmidt sagte, dass wir etwas von der alten Regierung übernehmen. Aber dass Schulen nicht nur Lernstätten sind, in denen man Schülern etwas eintrichtert, sondern dass es **soziale Einheiten** sind, in denen man entsprechend auf die jeweilige Klientel, auf die Schüler einwirken kann, ist ein zutiefst skandinavischer Ansatz. Dass wir trotz aller „Sparorgien“, die wir auch veranstalten müssen, in der Lage sind, diesen Ansatz weiter aufrechtzuerhalten, und den Willen haben, dies weiterzuent-

wickeln, ist ein zutiefst skandinavischer Ansatz, mit dem der SSW sehr zufrieden sein kann.

In Skandinavien ist es üblich, Ausbildung nicht nur in Betrieben zu machen, sondern auch überbetrieblich an Schulen. Es wird Sie nicht wundern, dass ich lobend erwähne, dass wir die **Pflegeausbildung** weiter ausbauen, dass wir 2013 40 Menschen in diesem Bereich ausbilden und in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 20 Menschen ausbilden wollen. 80 Leute, das hört sich zunächst einmal wenig an, ist aber für den Bereich sehr wichtig und eine kurzfristige Hilfe. Dass wir dieses Instrument der nicht dualen Ausbildung nutzen, ist nach meiner Auffassung auch ein skandinavischer Ansatz.

Nun wären aber skandinavische Ansätze keine skandinavischen Ansätze, wenn nicht auch unsere Ministerin mitmachen würde. Der Klassiker in Skandinavien ist, dass man das **kulturelle Erbe** digitalisiert.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Das sind Dinge, die in Dänemark, in Schweden völlig normal und selbstverständlich sind und eigentlich dazu beitragen, dass das kulturelle Erbe für jeden zugänglich ist.

(Beifall PIRATEN)

Es ist eine entscheidende Geschichte, dass man darauf zugreifen kann und nicht in einen Hochsicherheitstrakt eines Museums oder eines Archivs gehen muss.

(Sven Krumbeck [PIRATEN]: Ein PIRATEN-Ansatz!)

- Vielleicht werde ich noch ein bisschen piratiger; das mag sein. Das ist eigentlich kein PIRATEN-Ansatz, sondern ein Ansatz, der sehr skandinavisch ist, der möglicherweise von den skandinavischen PIRATEN - sie haben das Ganze bei euch begonnen - hier abgefärbt hat.

(Beifall PIRATEN)

Es ist aber ganz wichtig: Unsere Kultusministerin setzt hier 240.000 € ein. Das ist noch nicht viel, es ist aber ein erster Schritt, um da wirklich etwas gewuppt zu kriegen. Das ist, wie gesagt, sehr skandinavisch.

Im Übrigen gilt das genauso für den Ansatz, dass wir die **Kulturregion Sønderjylland-Schleswig** mit 50.000 € fördern. Das hört sich erst einmal auch nach wenig an, ist aber eine Fortführung dessen, was von unserer Landesregierung unterstützt wird, aber auch von der vorherigen Landesregierung un-

(Lars Harms)

terstützt wurde. Dabei geht es nämlich um den Ansatz „Kulturhauptstadt Sønderborg 2017“. Das hat leider nicht geklappt, das heißt aber nicht, dass man solche Dinge - wie die, die man auch im Rahmen der Kulturhauptstadt damit umsetzen wollte - nicht weiter fördern kann. Jetzt wird dieses gemacht. Wenn man so will, ist diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch sehr skandinavisch.

Ich komme zum letzten Punkt zu diesem Thema. Mir ist es wichtig, dass Menschen draußen verstehen, warum der SSW in der Regierung ist. Ich spreche von FÖJ und FSJ. Dabei geht es darum, dass Bildungsangebote durch den Staat geschaffen werden, die nicht zwangsläufig etwas damit zu tun haben, dass sich jemand unbedingt in seiner beruflichen Bildung weiterentwickelt, sondern die, wenn man so will, für die **Menschwerdung** da sind. Das ist ebenfalls zutiefst skandinavisch.

(Beifall SSW)

Dass wir das wieder ändern, meine Damen und Herren, und mehr FÖJ- und FSJ-Plätze schaffen, hat auch etwas damit zu tun, dass wir wahrscheinlich in der gesamten Koalition doch ein bisschen gen Norden orientiert sind und natürlich auch auf die Sache sehen, wenn es denn um die **Ökologie** und die **soziale Verantwortung** geht. Ich glaube aber: Auch da kann man sehen, dass eine solche Politik durch den SSW sehr gut mitgetragen werden kann.

(Beifall SSW)

Ich komme zu einem letzten wichtigen Punkt. Der ist nicht skandinavisch, sondern das ist dann eher die bayrische oder die Mecklenburg-Vorpommern-Variante.

(Zuruf FDP: Wird ja immer schlimmer!)

- Das ist aber auch für uns wichtig, lieber Kollege. Dabei geht es darum, dass es zum ersten Mal beim Wirtschaftsministerium einen Ansatz gibt, der darauf ausgelegt ist, dass wir das Land als etwas Gemeinsames vermarkten und versuchen, sowohl bei der **Standortwerbung** als auch im Tourismus und, ich hoffe, in vielen anderen Bereichen ein **einheitliches Image für das Land** hinzubekommen, bei dem die einzelnen Werbestrategien der jeweiligen Protagonisten entsprechend aufeinander abgestimmt werden und wo man in der Lage ist, ein **Corporate Design** des gesamten Landes zu sehen. So machen es uns die Bayern vor, und so setzen es die Leute in Mecklenburg-Vorpommern seit einigen Jahren auch um. Ich glaube, das tut gerade dem **Tourismusland Schleswig-Holstein** sehr gut.

Damit bin ich auch schon bei der **Tourismusförderung**. Sie wissen, ich komme aus diesem Bereich. Ich kann Ihnen sagen, wir als SSW haben immer gefordert, dass man den Tourismus nicht totspart. Die alte Regierung wollte die Förderung für die TASH auf Null setzen. Wir setzen weiterhin 1,5 Millionen € ein, sodass wir nach unserer Auffassung ein Mindestmaß an Tourismusförderung umsetzen können. Ich glaube, damit wird sehr deutlich, dass sich da durchaus etwas ändert im Gegensatz zu dem, was die vorherige Regierung machen wollte. Das ist, glaube ich, auch ganz gut so.

(Beifall SSW und SPD)

Eine letzte Bemerkung: Ich habe so ein bisschen den Eindruck, dass es sich bei der Diskussion wieder um das Regierungs- und Oppositionsmodell handelt, wobei wir offen für einen Dialog sind, das ernst meinen und auch nach außen tragen. Ich möchte mich wirklich herzlich bei den Kollegen von den PIRATEN bedanken; denn der Kollege Schmidt hat in vielen Dingen den Finger in die Wunde gelegt und uns auch verbal wehgetan. Das ist auch okay. Er hat aber immer deutlich gemacht, dass die PIRATEN bereit sind, mit uns zu diskutieren und auch Vorschläge zu machen, wie man den Haushalt verbessern kann. Ich finde es total in Ordnung, dass man so an die Arbeit herangeht. Das ist eine sehr professionelle Herangehensweise.

(Beifall PIRATEN)

Allerdings gibt es auch da einen Wehmutstropfen. Ich bin echt gespannt, lieber Kollege Dudda, wie Sie die **Rücklagen** bilden wollen und welche Haushaltsansätze dann gestrichen werden sollen. Das wird eine Riesenherausforderung für euch. Es ist ein leicht ausgesprochener Satz. Es wird aber schwierig werden, das auch umzusetzen. Ich sage das schon einmal im Vorwege, weil ich wirklich daran interessiert bin, dass wir einen Dialog führen: Sollte es mit den Rücklagen nicht klappen, weil ihr merkt, dass das so nicht funktioniert, sind wir - um das ganz deutlich zu sagen - euch nicht böse.

(Heiterkeit)

Wir haben wirklich ein Interesse daran, auch gerade mit den PIRATEN über politische Ziele, Inhalte und Projekte zu diskutieren. Wenn ihr gute Vorschläge habt, sind wir auch bereit, auf Euch zuzugehen, liebe Kollegen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kollege, kommen Sie zum Schluss.

Lars Harms [SSW]:

Wir würden uns freuen, wenn etwas Gemeinsames dabei herauskommt. In dem Sinne: Bei uns ist Dialogbereitschaft vorhanden. Vielen Dank.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die SDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vielen Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, die der Haushaltsdebatte heute von 11 Uhr bis jetzt - um 17:15 Uhr - gefolgt sind, haben wahrscheinlich gedacht: Da gibt es eine neue Regierung, die macht eine Regierungsvorschlag. Der ist durch die Finanzministerin eingebracht worden, und die Opposition wird jetzt doch ganz bestimmt einen Gegenentwurf darstellen und sagen, was sie anders machen würde. Wir haben Herrn Callsen zweimal, Herrn Kubicki, Herrn Koch und Herrn Dr. Garg gehört. Von einem **Gegenvorschlag**, von einem alternativen Modell oder von anderen Vorschlägen der Opposition haben wir gar nichts gehört.

Wir haben allerdings unglaublich viel Selbstlob gehört. Der Kollege Koch sagte hier, dieser Haushalt 2012 sei im Vollzug so etwas von klasse, Schwarz-Gelb habe es - und das ohne Nachtragshaushalt - nahezu auf Null geschafft. Übrigens hat die Regierung - im Gegensatz zu dem, was Sie ständig gefordert haben - gar keinen Nachtragshaushalt gemacht. Jetzt ist das alles prima. Weiter sagte er, der Haushalt 2013 bilde die Realität aber überhaupt nicht ab. Das war das, was Sie geboten haben.

Ich habe dann immer wieder gehört, dass Sie gesagt haben: Mensch, diese Regierung macht Dinge anders als wir. Verblüffend! Ich muss Ihnen sagen, das machen wir tatsächlich anders als Sie. Das hat ein bisschen mit einem Ereignis zu tun, das Sie ausgeblendet haben. Dieses Ereignis war der 6. Mai dieses Jahres. Da haben sich die Bürgerinnen und Bürger nämlich entschieden.

Ich sage Ihnen eines: Wenn die gewollt hätten, sehr geehrter Herr Kollege Koch, dass das alles von Schwarz-Gelb genauso weitergemacht wird, hätten Sie nicht 28 von 69 Sitzen, sondern vielleicht 48 von 69 Sitzen. Sie haben aber 28 von 69 Sitzen. Das ist eine Sache der Demokratie. So ist das in der

Demokratie. Sie sind in der Minderheit und wir in der Mehrheit. Das ist der Unterschied.

Deswegen, Herr Kollege Koch, weil wir gern in der Regierung bleiben und nicht gleich wieder auf die Oppositionsbank wechseln möchten, machen wir Dinge anders, als Sie sie gemacht haben. Die Bürgerinnen und Bürger wollten nicht, dass Sie einen sozialen Kahlschlag machen. Sie wollten nicht, dass Sie eine Uni zumachen. Die Bürgerinnen und Bürger wollten nicht, dass Sie weiter Ihre Lobbypolitik und Politik für die Lotteriemillionäre machen. Sie wollten nicht, dass Sie eine Politik für wenige machen, sondern sie wollten wieder eine für viele haben. Die Bürgerinnen und Bürger wollten nicht, dass Sie bei der **Bildung** kürzen, sondern sie wollten, dass wir da investieren. Sie wollten nicht, dass wir bei der **Energiewende** den Wechsel machen, sondern sie wollten etwas anderes. Das ist Demokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich fürchte, Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass wir Dinge wirklich anders machen als Sie.

Es gab hier eine Debatte, in der über das Thema **HSH Nordbank** gesprochen wurde. Ich hatte erwähnt, dass wir die Boni und Gehälter deckeln wollten, was wir auch hier im Landtag beschlossen haben, und dass es eine der ersten Taten von Schwarz-Gelb war, das aufzuheben. Herr Kubicki hat das bestritten. Wir haben eine Pressemitteilung gemacht und auf die Debatte vom 18. November 2009 verwiesen. Kollege Kubicki kommt mit einer tollen Presseerklärung und sagt: Lest einmal die 30 Seiten nach. Ich empfehle jedem die Lektüre. Dann stellen Sie nämlich fest: Wir haben sogar zwei namentliche Abstimmungen dazu durchgeführt. Und sehen Sie einmal, wie der Kollege Kubicki in dieser Frage abgestimmt hat. Ich sage Ihnen: Das ist ein bisschen „die Bürger hinter die Fichte geführt“. Lesen können die. Ein bisschen Erinnerungsvermögen haben sie auch.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Kubicki.

(Zurufe)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein. Wissen Sie, das mit dem Doktorgrad geht nur, wenn man entweder akademisch etwas geleistet oder Verdienste hat. Beides ist nicht der Fall bei Herrn Kubicki. Insofern hat er keinen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Keine Zwischenfrage?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sie können trotzdem zwischenfragen, auch als einfacher Abgeordneter, wenn Sie mögen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Okay, das bezog sich wirklich auf den von mir fälschlich genannten Titel. Sie dürfen dann jetzt als Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort ergreifen.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, das ist mir relativ egal. Ich bin nicht darauf versessen, Herr Dr. Stegner, in Harvard studiert zu haben. Das ist mir relativ egal. Menschwerdung fängt nicht damit an, dass man promoviert hat.

Unabhängig davon: Sie sprechen immer davon, was die Menschen so wollen oder nicht wollen. Sie wollten nicht Schwarz-Gelb, sondern Sie. - Würden Sie mir freundlicherweise mitteilen, wer denn das Direktmandat dort bekommen hat, wo Sie kandidiert haben? Wollten die Menschen Sie denn?

(Lachen FDP)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich will Ihnen das gern damit beantworten, dass in der Tat, Herr Kollege Kubicki, Vertreterinnen und Vertreter meiner Fraktion aus der SPD - im Gegensatz zur FDP-Fraktion - Direktmandate errungen haben. Das ist in der Tat wahr. Ich kann mich daran erinnern, dass es gelegentlich Sie gewesen sind, der darauf hingewiesen hat, dass die, die im Parlament sitzen, teilweise über Direktmandate und teilweise über Listenmandate gekommen sind. Weiterhin sind Sie ganz scharf darauf zu betonen - völlig zu Recht -, dass es da gar keinen Unterschied gibt. Es ist nämlich in der Tat wahr. Wir haben ein Wahlsystem, das dazu führt, dass sich das Parlament aus denen zusammensetzt, die direkt einziehen und aus denen, die über die Liste kommen. Da haben wir in der Tat eine Gemeinsamkeit, die ich gar nicht leugnen kann: Wir sind beide über die Liste gekommen. Wenn Sie das noch einmal hören wollten, war es mir ein Vergnügen, Ihnen das auch noch einmal zu erläutern, Herr Kollege.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich wollte noch auf etwas anderes hinweisen: Der Kollege Koch hat in seinem Stil des unverdrossenen Aufklärungsabgeordneten darauf hingewiesen, es gebe einen schwelenden Konflikt zwischen dem Ministerpräsidenten und mir in der Frage, wie wir das mit den Vereinbarungen mit dem Bund und den Landesgesetzen handhaben.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Da braucht es gar keine Machtworte. Ich muss Sie aufklären, dass der Sachverhalt ganz einfach ist: Wir halten uns an die Vereinbarungen mit dem Bund, und wir bleiben deutlich unter dem, was wir eigentlich tun könnten. Wir halten uns an ein Gesetz, das hier beschlossen wurde, das wir aber mit unserer Mehrheit ändern könnten, wenn wir es wollten. Wir wollen es aber gar nicht, weil wir konsolidieren. Sehr verehrter Herr Kollege, das hätten Sie vielleicht zur Kenntnis nehmen sollen. Das hätten Sie aber schon verstehen können, wenn Sie der Finanzministerin zugehört hätten.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber das tun Sie nicht. Sie tragen lieber den Unsinn vor, den Sie hier vorgetragen haben.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Dann will ich noch einmal auf den sehr verehrten Herrn Dr. Garg zurückkommen, der heute so angenehm leise gesprochen hat und bei anderen bemerkt hat, dass sie lauter sprächen. Es ist wirklich klasse, wie Sie sich weiterentwickeln. Aber Sie haben nach der **gemeinsamen Idee** gefragt, die diese Koalition hat. Die Frage will ich Ihnen gern beantworten. Die gemeinsame Idee dieser Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW ist, dass wir die **Schuldenbremse** einhalten wollen, dass wir aber in die Zukunft unseres Landes investieren, nämlich in gerechte Bildung, in die Eindämmung des Klimawandels, mit guter Arbeit, mit soliden Finanzen und mit einem Sozialstaat, der mit den Bürgern und Bürgerinnen auch redet und nicht einfach Dinge von oben verkündet. Das, sehr verehrter Herr Dr. Garg, unterscheidet uns nun massiv von der Koalition, der Sie angehört haben, und der Regierung, in der Sie gewesen sind. Ich vermute, dass das auch der Unterschied ist, aufgrund dessen sich die Bürgerinnen und Bürger - das ist auch noch eine Antwort auf die Zwischenfrage vom Kollegen Kubicki - für einen Wechsel entschieden haben.

Allein der Punkt, dass sich Herr Kubicki heute hingestellt und gesagt hat, wir hätten ein Riesenproblem und ein Riesenrisiko, wenn wir die Lotteriede-

(Dr. Ralf Stegner)

geschichte so regeln würden, wie 15 andere Länder das tun, und nicht das fortsetzen, was er und Herr Arp hier vertreten: Ich kann Ihnen nur sagen, dass es zwar ein Risiko sein mag, es hat aber etwas mit Gemeinwohl zu tun, dass wir auf einen Weg der Vernunft zurückkehren wollen, der nicht Eigennutz in den Vordergrund stellt, sondern **Gemeinwohl**, auf dem man den Menschen vertraut und wo man möchte, dass wir an der Zukunft unseres Landes bauen, eines schönen Landes mit gerechter Bildung, mit einer vernünftigen Energiewende und allem, was dazugehört.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende!

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das reichte auch schon, um es den Kollegen zu erklären. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen von Abgeordneten sehe ich nicht. Dann hat jetzt die Finanzministerin, Frau Monika Heinold, das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vieles, was gesagt wird und interpretierbar ist, muss nicht unbedingt korrigiert werden. Bei der HSH Nordbank ist es anders. Es wurde der Eindruck erweckt - so habe ich es zumindest wahrgenommen -, dass die **HSH Nordbank** nicht in der **Mittelfristigen Finanzplanung** auftaucht. Es wurde der Eindruck erweckt, dass ich vor einigen Wochen gesagt hätte, wir müssten das auf keinen Fall im Haushalt einplanen. Beides wäre falsch, wenn ich das richtig verstanden hätte. Es ist anders.

In der Mittelfristigen Finanzplanung taucht die HSH Nordbank auf, leider unter der Überschrift Risiken. Ich würde mir wünschen, es wäre anders. Bisher steht dort nur die **Gewährträgerhaftung**. Wir wissen jetzt seit einigen Wochen, dass wir die **Garantien als Risiko** hinzufügen müssen. Das ist bitter, aber es ist so. Das heißt, in der nächsten Mittelfristigen Finanzplanung wird unter Risiko die HSH mit mehr Zeilen erwähnt werden müssen als bisher, Herr Koch.

(Tobias Koch [CDU]: Genau!)

- Ja, genau! Wir könnten das ausführlich miteinander diskutieren, das erspare ich uns beiden jetzt.

Das Zweite ist in meiner Pressemitteilung und auch im Plenarprotokoll vom 28. September 2012 nachzulesen. Da geht es um die Frage, was an Risiko für die HSH Nordbank in den Haushalt gehört und was in die Mittelfristige Finanzplanung. Dort sagte ich am Anfang meiner Rede, dass wir nach der **Landeshaushaltsordnung** nur einstellen können, was sich nachvollziehbar als **künftige Zahlungsverpflichtung** des Landes kalkulieren lässt - so weit, so gut. Der vorletzte Satz meiner Rede lautet wie folgt:

„Sollte es zukünftig notwendig werden, Verluste der Bank in den Landeshaushalt zu überführen oder Vorsorge zu treffen, werden wir selbstverständlich auch dieses tun.“

Daraus abzuleiten, ich hätte mich geweigert, die HSH in die Mittelfristige Finanzplanung zu nehmen, ist absurd.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf: Schäbig!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag erhält der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch immer wieder schön, wie berechenbar der Kollege Dr. Stegner ist. Da kann man sich schon langfristig darauf vorbereiten

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie selber auch!)

- ja, das mag ja sein -, auf seine unbotmäßigen Äußerungen zu reagieren.

Herr Dr. Stegner, man darf nicht etwas stehenlassen, was Sie behaupten, man muss es sofort dementieren, weil es sich sonst verfestigt, dass man durch Schweigen unter Umständen zustimmt. Sie haben erklärt, dass diese Regierungskoalition die gemeinsame Vereinbarung, die wir im Landtag am 18. November 2009 getroffen haben, durch einen Beschluss aufgehoben habe. Diese Interpretation entspricht nicht der Wahrheit. Um das zu dokumentieren, werde ich kurz noch einmal den Antrag verlesen, der beschlossen worden ist, und Ihnen dann erklären, warum Sie es entweder nicht verstanden haben oder böswillig falsch interpretieren.

(Wolfgang Kubicki)

Wir haben beschlossen - übrigens entspricht der erste Punkt dem SSW-Antrag -:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass die monetäre Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder und anderer Mitarbeiter der HSH Nordbank AG - einschließlich aller Prämien und Vergütungen auch von Tochtergesellschaften der HSH Nordbank AG - den Gesamtbetrag von 500.000 € pro Person und Jahr nicht übersteigt, solange die Gesamtdividendenfähigkeit des konsolidierten Konzerns HSH Nordbank (sogenannte „Bad Bank“ und „Good Bank“) nicht gegeben ist.“

Logischerweise. Das haben wir bekräftigt, das hatten wir vorher schon beschlossen. Es gab in der Debatte - wenn Sie das noch einmal nachlesen würden - eine lange Diskussion darüber, was eigentlich mit **Gesamtdividendenfähigkeit** gemeint ist. Der Kollege Lars Harms hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass natürlich mit **Bilanzierungsmöglichkeiten** eine Dividendenfähigkeit hergestellt werden kann, die dem wirtschaftlichen Erfolg der Bank gar nicht entspricht.

Daraufhin kam es von mir zu der Erklärung: Dann lasst uns Folgendes weiter beschließen:

„Für neu zu verpflichtende Vorstandsmitglieder soll eine variable, am langfristigen Erfolg des Konzerns orientierte Zusatzvergütung ermöglicht werden.“

Das setzt jetzt - Sie sind ja kein Jurist und trotzdem promoviert - zwei Dinge voraus: erstens, dass die Gesamtdividendenfähigkeit der Bank hergestellt ist, und zweitens, dass die dann zu ermöglichende **variable Vergütung** sich am langfristigen Erfolg des Konzerns orientieren soll und nicht an irgendwelchen Bilanzierungstricks. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten es damals schon verstanden. Ich erkläre es jetzt noch einmal. Es war eigentlich gemeinsamer Wille. Es war ein bisschen konfus bei der Abstimmung, wie ich gelesen habe; ich weiß immer noch nicht, warum wir es nicht zu einem gemeinsamen Antrag machen konnten. Es war aber der gemeinsame Wille. Daraus nun zu erklären, wir hätten den gemeinsamen Boden verlassen, ist schlicht schäbig. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP - Zuruf - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kann man nachlesen, Herr Dr. Stegner!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung der Gesetzentwürfe. Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe Drucksachen 18/220 und 18/221 federführend dem Finanzausschuss und mitberatend allen weiteren Landtagsausschüssen zu überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Finanzplan 2012 bis 2016. Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 18/315 dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe die Tagesordnungspunkt 43, 50 und 51 auf:

Gemeinsame Beratung

a) ÖPP auch bei der Instandhaltung von Autobahnen ermöglichen

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU
Drucksache 18/314 (neu)

b) Aufteilung der GVFG-Mittel

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/144

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/275

c) Feldversuch von Lang-LKW in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/160 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/276

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident, ich verweise der Einfachheit halber auf die Drucksache. - Vielen Dank.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu den Redebeiträgen. Zunächst spricht für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Volker Dornquast. Sie haben das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Seine Jungferrede!)

- Ist das so?

(Zurufe)

- Das ist gut, das habe ich nicht gesehen. Das ist seine erste Rede als Abgeordneter im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Das wollen wir dann auch würdigen.

(Beifall)

Volker Dornquast [CDU]:

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden **Transparenz** schaffen und für einen echten Wandel des Dialogs zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung auf allen Ebenen eintreten. Liebe Koalitionäre, vielleicht kommt Ihnen dieser Satz irgendwie bekannt vor? - Er steht nämlich bei Ihnen im Koalitionsvertrag. Wenn es aber ernst wird und wenn der Dialog mit betroffenen Bürgern, mit den Verwaltungen und mit den Kommunen angebracht wäre, dann kneifen Sie. Ihr Verhalten während der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses zur kommunalen **Verkehrsfiananzierung** war - um es ganz milde zu formulieren - eine Farce. Sie verweigerten mit einer kurzen Bemerkung jegliche Anhörung zu Ihren doch gravierenden Änderungsplänen bei dieser bewährten Finanzierung.

Sie war deshalb bewährt, weil die Kommunen in den letzten Jahren die Chance hatten, mit erheblichen Zuschüssen die immer größer werdende Bugwelle an zuvor fehlenden **Investitionen im Straßenbau** und bei **Sanierungsmaßnahmen** abzubauen. Von den **Bundesmitteln** in Höhe von 43 Millionen € in diesem Bereich werden 30 Millionen € für den Straßenbau verwendet, und zwar aus gutem Grund, denn diese Mittel waren bisher zwingend notwendig, und sie werden auch in Zukunft zwingend notwendig bleiben. Ich weiß dies aus meiner langjährigen Tätigkeit als Bürgermeister.

Auch für den ÖPNV sind aus diesem Topf Finanzierungen möglich, jedoch nur Investitionen sind förderbar. Der Sinn des Gesetzes ist es, Investitionen zu fördern. Diese stehen in den nächsten Jahren in der geänderten Höhe, die Sie anbieten, bei den Gemeinden gar nicht an. Den bisherigen Konsens für die kommunalen Straßen verlässt diese Koalition also nicht aus Bedarfsgründen, sondern allein aus ideologischen Gründen. Sachverstand hat dabei offenkundig keinen Platz. Deshalb lehnen Sie eine **Anhörung** unter anderem der unmittelbar betroffenen Kommunen ab.

(Zuruf SPD)

- Brauchen Sie auch nicht. Ihnen geht es auch nicht um die Kommunen. Nein, Ihnen geht es um eine eigene Prinzipienreiterei. Jetzt werden neben Busspuren nur noch Fahrradwege gebaut, und das dort, wo eigentlich Straßen mit Fahrradwegen erforderlich wären. Zukünftig werden Kommunen, die nach einer neuen Fahrbahndecke fragen, vom Verkehrsminister gesagt bekommen: Nein, das tut uns leid. Für Straßen ist kein Geld da, aber einen Fahrradweg neben der Schlaglochstraße könnt ihr bauen. Das ist natürlich nicht Sinn der Sache.

Die CDU und - ich glaube - auch die FDP hätten sehr gern gehört, was die kommunalen Vertreter von dieser Art der Bevormundung halten. Deshalb gab es den Antrag auf Anhörung.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie haben eine solche abgelehnt, und zwar ohne Begründung.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerhört! - Arroganz der Macht! - Zurufe SPD)

Das Motto der Koalition heißt ab jetzt: Bastapolitik statt Dialog.

(Beifall CDU)

Der Koalitionsvertrag gilt hier - wie auch in vielen anderen Punkten - nicht mehr und sogar immer weniger, als es zu Anfang vielleicht gedacht war. Ihr Verhalten im Ausschuss hat gezeigt, dass Ihre großen Ziele des Dialogs nicht einmal bis zur Vorweihnachtszeit gereicht haben. Ich finde das sehr bedauerlich. Mit Ihrer 30:70-Quote sind Sie auf einer kommunalpolitischen Geisterfahrt. Diese Entscheidung ist schlicht und einfach falsch.

(Beifall SPD)

Eine ebenfalls fortgesetzte Geisterfahrt leisten Sie sich auch bei den **Lang-Lkw**. Sehr geehrter Herr

(Volker Dornquast)

Dr. Tietze, als ich Ihre Pressemitteilungen zum Unglück mit dem 60-Tonnen-Langlaster gelesen habe, das in Dänemark passierte, wusste ich nicht so genau, ob ich lachen oder weinen sollte. Gott sei Dank blieb der Fahrer unverletzt, also konnte man sich die Alternativen vor Augen führen. Halten Sie die Menschen eigentlich für dumm? - Ich habe das Gefühl. Sie wissen ganz genau, dass Lang-Lkw in Deutschland und damit in Schleswig-Holstein auf 40 t begrenzt sind. Ein Beispiel mit einem 60-Tonner anzuführen, ist beeindruckend. Insofern kann man solche Aussagen nur als Versuch parteipolitischer Irreführung sehen, die der Sachlage nicht einmal im Ansatz gerecht wird.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerhört!)

Lang-Lkw dürfen in Schleswig-Holstein auch nicht als **Gefahrguttransporter** eingesetzt werden. Dies ist eindeutig festgelegt. Auch deshalb ist das falsch. Allerdings werden in Hamburg Fahrzeuge mit einer solchen Länge ohne Bedenken und ohne Gefahren eingesetzt, und das finde ich gut.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Volker Dornquast [CDU]:

Ja. - Sie werden als Busse eingesetzt.

(Beifall CDU)

Sie transportieren Menschen in großer Zahl, ohne dass hier Gefahren gesehen werden und ohne dass es zu Unfällen gekommen wäre. Auch das ist also eine unseriöse Diskussion.

Meine Damen und Herren, noch ein ganz kurzer Satz zum dritten Punkt, nämlich zu **ÖPP-Modellen**. Wir wollen, dass auch für Reparaturen und für Instandsetzungsinvestitionen ÖPP-Modelle angesetzt werden. Deshalb haben wir uns dem FDP-Antrag angeschlossen.

Es ist bedauerlich, wenn Sie die ersten beiden Anträge von der CDU ablehnen. Sie haben das im Ausschuss getan. Ich hoffe, dass wir diese Diskussion noch weiter führen werden und vielleicht zu einem geänderten Ergebnis kommen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

(Widerspruch Anita Klahn [FDP])

- Das hängt damit zusammen, dass die erste Befassung mit dem Antrag Drucksache 18/160 ohne Aussprache erfolgte. - Ach so, es spricht jemand anderes. Ihr Name steht hier, er wurde gemeldet. Wir streichen ihn jetzt wieder. Das hat mich auch gewundert. - Herr Abgeordneter Vogt, Sie haben das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist kein Problem, ich werde ab und zu mit Oliver Kumbartzky verwechselt. Dass ich jetzt mit Anita Klahn verwechselt werde, macht mir ein bisschen Sorge. Vielleicht sollte das Anita Klahn noch mehr Sorge machen.

Meine Damen und Herren, im **Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz** des Bundes, das - wie ich finde - ein sehr schönes deutsches Wort ist, wird bisher geregelt, dass beim Neu- oder Ausbau von Autobahnen **öffentlich-private Partnerschaften** möglich sind. Meine Fraktion ist der Meinung, dass es sinnvoll wäre, wenn diese Zusammenarbeit auch bei der Sanierung und der Instandhaltung ermöglicht würde. Dies könnte für Schleswig-Holstein mit seinen teilweise nur unzureichend sanierten Autobahnen interessant sein. Die Sanierungsmaßnahmen wären verhältnismäßig schnell vollzogen, wie man an Beispielen sehen kann. Der Investor übernimmt das Risiko und die Instandhaltung für einen bestimmten Zeitraum, in dem er an den **Einnahmen aus der Lkw-Maut** beteiligt wird. Die Autobahn würde sich insofern selbst finanzieren.

ÖPP-Projekte sind für manche ein sehr emotionales Thema. Ich möchte betonen, dass wir sie nur für eine weitere Option halten und dass wir der Meinung sind, dass die Verträge möglichst transparent sein müssen. Das ist bei ÖPP-Projekten leider oft ein Problem. Wir sehen diese Projekte nicht als Allheilmittel an, aber als eine gute Möglichkeit. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, auf Bundesebene entsprechend tätig zu werden, damit das Gesetz geändert wird. Ich habe vernommen, dass Sie beispielsweise beim **Hochschulbau** oder beim **UKSH** ÖPP-Projekten etwas entkrampfter gegenüberstehen, als das in der Vergangenheit manchmal der Fall war.

Meine Damen und Herren, beim Thema Lang-Lkw kann ich den Starrsinn der Landesregierung - so muss ich das leider formulieren - nicht nachvollziehen. Wir halten es für ausgesprochen schädlich für den **Logistikstandort Schleswig-Holstein**, dass

(Christopher Vogt)

sich die Landesregierung weiterhin an einer Klage Baden-Württembergs gegen den **Feldversuch des Bundes** beteiligen will.

(Beifall FDP und Hartmut Hamerich [CDU])

Immerhin ist dies eine verkehrspolitische Forderung aus dem Koalitionsvertrag, die der Verkehrsminister tatsächlich umsetzt. Wahrscheinlich hält man deshalb daran fest. Ich halte das aber für sehr ideologisch. Sie wollen die guten Argumente für die Lang-Lkw gar nicht sehen. Wir sind der Meinung: Lassen Sie uns das doch ausprobieren. Geben Sie der Logistikbranche die Chance, das zu testen. Nach wenigen Jahren kann man dann eine Auswertung machen und damit arbeiten. Man kann sich dann im Zweifelsfall immer noch dagegen entscheiden.

Der Kollege hat es bereits gesagt: Was der Kollege Tietze sich mit seiner Pressemitteilung zu dem Lang-Lkw-Unfall in Dänemark erlaubt hat, war wirklich ein starkes Stück. Er hat nicht nur einen Unfall als Begründung angeführt, ich fand es wirklich toll, dass er übersehen hat, dass dies mit Gefahrguttransportern in Deutschland gar nicht möglich ist. Auch Lkw mit 60 t sind nicht möglich. Es geht bei diesem **Feldversuch** um Lkw mit 40 t. Gerade für sperrige Ladungen sind diese wirklich sinnvoll. Bei Ihrer Argumentation steckt, so habe ich das bisher verstanden, dahinter, dass Sie sagen: Wir brauchen keine langen Lkw, wir müssen mehr Güter auf der Schiene transportieren. Das ist grundsätzlich richtig, aber der Gütertransport wird in den nächsten Jahren weiter sehr stark zunehmen, sodass wir beides brauchen: mehr Güter auf der Schiene und neue Konzepte im Lkw-Bereich.

Herr Kollege Tietze, die Unternehmer, die sich für Lang-Lkw in Schleswig-Holstein engagieren, sind ja nun keine Unternehmer, die nur auf den Lkw setzen, sondern die versuchen ja auch und machen es teilweise sogar, **Güterzüge** zu organisieren. Das ist aber eben nicht immer möglich, sondern ist ein bisschen schwieriger, als man manchmal meint. Deswegen sind wir der Meinung: Geben Sie Ihren Starrsinn auf, und beteiligen Sie sich nicht an dieser destruktiven Klage.

Zum Thema **GVFG-Mittel** kann ich mich dem Kollegen Volker Dornquast von der CDU nur anschließen. Wir warnen davor, das Straßennetz weiter zu vernachlässigen. Die letzten Winter haben im Landesstraßennetz massive Schäden hinterlassen. Schon bisher wurde zu wenig Geld hierfür zur Verfügung gestellt, und jetzt wollen Sie noch weniger Mittel in die Straßen investieren. Das wird aus un-

serer Sicht zu weiteren Problemen führen. Es gibt ja jetzt schon viele Straßen in Schleswig-Holstein, die nur noch eingeschränkt befahrbar sind. Aus unserer Sicht ist das auch hier ein falscher Weg.

Wir haben natürlich das Problem, dass es einige Jahre dauern wird, bis wir die Umstellung hinbekommen werden. Jetzt haben Sie ja einige Millionen Euro abgezockt für neue **Fahrradwege**, ich glaube aber nicht, dass das die richtige Zielsetzung angesichts des schlechten Zustands unseres Straßennetzes ist.

(Beifall FDP)

Nach wie vor einigermaßen erstaunt hat mich aber wirklich, dass es gerade die Grünen im Ausschuss waren - die übrigen Mitglieder der Koalition haben sich dem aber angeschlossen -, die eine schriftliche Anhörung zu diesem so wichtigen Thema für die Kommunen und die Verbände verweigert haben. Es ging ja nicht einmal um eine mündliche Anhörung, die viel Aufwand nach sich zieht, sondern lediglich um eine **schriftliche Anhörung**. Dass Sie sich dem verweigert haben, finde ich, ehrlich gesagt, wirklich peinlich. Sie werden damit Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht; denn Sie haben gesagt, Sie machen eine Politik der ausgestreckten Hand.

(Beifall FDP)

Allerdings wollen Sie uns die Hand nicht reichen, sondern Sie wollen uns links und rechts eine herunterhauen.

(Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist aus meiner Sicht keine Dialogbereitschaft. Sie haben ja häufiger von Dialogbereitschaft gesprochen. Aber immer dann, wenn es für Sie unangenehm zu werden droht, ist auf einmal keine Dialogbereitschaft mehr vorhanden. Ich halte das für relativ armselig. Gleichwohl möchte ich dafür werben, dass Sie unserem Antrag zum Thema ÖPP zustimmen.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Mit einer einzigen Rede einige der wesentlichen Differenzen in der Verkehrspolitik zwischen Koalition und Opposition darstellen zu dürfen, ist

(Kai Vogel)

wirklich schon ein Privileg. Es sind drei Anträge, die wir hier zu einem Tagesordnungspunkt zusammengefasst haben, obwohl jeder einzelne es wert gewesen wäre, sich dazu zu äußern.

Ich beginne mit dem **Feldversuch zu den Lang-Lkw**, den sogenannten Gigalinern, gegen den unser Land gemeinsam mit anderen Ländern vor dem Bundesverfassungsgericht klagt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich möchte den Fall sehen, in dem eine Bundesregierung über die föderalen Rechte der Länder einfach hinwegscheidet und dafür von Ihnen auch noch mit Applaus bedacht wird. Selbstverständlich bleiben wir weiterhin bei der **Normenkontrollklage** am Ball.

In der Sache, also ob Gigaliner geeignet sind, Straßen und Natur zu schonen, kann man trefflich streiten. Ich habe dazu bereits zahlreiche Gespräche mit Unternehmen und Logistikverbänden geführt und muss Ihnen sagen, dass zumindest die uns mitgeteilt haben, dass ihnen die jetzigen erlaubten Gewichtsbegrenzungen und die Beschränkung auf bestimmte Straßen definitiv nicht mehr ausreichen. Sie wollen mehr. Ich betone, sie wollen wirklich mehr.

Aber der jetzige Feldversuch ist nichts weiter als eine rechtlich fragwürdige Konstruktion mit - aus der Sicht der Unternehmen - unzureichenden Erlaubnissen und - aus unserer politischen Sicht - viel zu vielen offenen Fragen. Zu diesen gehört auch, ob die bisherige **Rettungsinfrastruktur** bei Unfällen der übergroßen Fahrzeuge, wie gerade erst in Dänemark, ausreicht. Auch wenn es ein 60-t-Lkw gewesen ist, auch wenn es eine andere Ladung war, die in Deutschland oder in Schleswig-Holstein nicht erlaubt wäre, muss man sich diese Frage stellen dürfen.

Unser Ziel bleibt nach wie vor, so viel Verkehr wie möglich von der Straße auf die Schiene zu bekommen und nicht von kleinen Lkw auf große Lkw.

(Beifall SPD)

Daran sollten wir arbeiten, wenn möglich, auch gemeinsam. Für diesen Antrag stimmen wir der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zu.

Ich komme nun zum zweiten Teil. Die **Umsteuerung von Straße auf Schiene** war auch einer der Ausgangspunkte für die Vereinbarung, die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SSW im Koalitionsvertrag getroffen haben. Wir wollen umsteuern, und wir wollen, dass eine vernünftige, nachhaltige Nutzung, die die ökologischen Gesichtspunkte mehr in den Fokus rückt, bei der Verkehrsinfra-

struktur Vorrang hat. Dabei kommt es uns auch auf die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz an. „Bestehende Verpflichtungen bleiben unberührt, sodass die neue Verteilung schrittweise erreicht wird“, haben wir vereinbart.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr viele der Herausforderungen, die wir in den nächsten Jahren zu bewältigen haben, sind schwierig. Das betrifft alle Politikfelder. Die Haushaltsdebatte ist uns allen noch gut im Gedächtnis. Gerade deswegen werden wir uns nicht aus der politischen Verantwortung verabschieden und mit einem „Augen zu und weiter so“ Fehlsteuerungen fortsetzen.

Wer es ernst meint mit einer guten **Verkehrspolitik von morgen**, muss weiterdenken. Das werden wir tun. Sichere Straßen sind wichtig, und sie sind besonders wichtig im Gesamtzusammenhang mit der **Verkehrsinfrastruktur**, die von den Zielen her denkt, statt, wie bisher, von dem ausgeht, wie es immer schon war.

Sehr geehrter Herr Dornquast und sehr geehrter Herr Vogt, glauben Sie uns: Dass wir Ihrem Antrag auf Anhörung im Ausschuss nicht zugestimmt haben, war weiß Gott keine Lehrstunde in Sachen Demokratie; darüber sind auch wir uns bewusst. Und glauben Sie uns: Auch wir sind lernfähig.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf FDP)

Über Ihren neuesten Antrag, **ÖPP** auch bei der **Instandhaltung von Autobahnen** einzusetzen, habe ich mich gewundert. Viel spannender ist die Frage, ob das Ganze sinnvoll ist. Wir haben hier im Landtag schon häufiger über ÖPP debattiert, nicht ich, aber die Kolleginnen und Kollegen, die schon länger hier im Landtag sind. Zumindest meine Fraktion vertritt hierzu die gleiche Meinung wie die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder:

Erstens. ÖPP sollten nur bei Projekten, die sich die öffentliche Hand auch selbst leisten kann, genutzt werden.

Zweitens. Man denkt vom Ziel aus: Die Finanzierungsmethode folgt der Bedarfsermittlung, nicht umgekehrt.

Drittens. die Wirtschaftlichkeit muss während der gesamten Laufzeit gegeben sein.

ÖPP können sinnvoll sein, aber sie müssen verantwortungsbewusst eingesetzt werden. Ob Straßensanierung der richtige Anwendungsbereich ist, sollte sehr kritisch hinterfragt werden.

(Kai Vogel)

Lassen Sie uns Ihren Vorschlag hierzu im Wirtschaftsausschuss und im Finanzausschuss erörtern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zu den von Ihnen genannten Ausschussvorfällen oder dazu, wie wir dort mit Ihrem Antrag umgegangen sind.

Ja, man hätte damit anders umgehen können, und ja, ich bin an der Stelle auch sehr hart in die Diskussion eingestiegen, aber nicht, weil ich den politischen Stil nicht für richtig halte, den wir hier fordern. Vielmehr hatte ich den Eindruck, dass Sie mit Ihrem Antrag einen reinen Vorführantrag formuliert haben. Mit der Ernsthaftigkeit, die man braucht, um zu sagen: Ja, wir reden wirklich über die Themen, über die **Zukunftsthemen der Verkehrspolitik**, habe ich kein Problem. Wir haben einen politischen Koalitionsvertrag geschlossen, und da steht 70:30 drin, wir haben auch 300 Lehrerstellen beschlossen, die im System bleiben, wir haben ganz viele Dinge in diesem Koalitionsvertrag geregelt. Und wenn man nun zu jeder dieser politischen Forderungen eine Anhörung macht, dann verstehe ich den Sinn einer Anhörung nicht mehr.

(Christopher Vogt [FDP]: Dann hätten Sie dem aber trotzdem zustimmen können, Herr Kollege!)

Wenn es jetzt darum geht, politisch immer nur - -

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Ja, das war mein Eindruck. Lassen Sie mich den doch einmal schildern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Übrigens war das nicht nur mein Eindruck, sondern der Kollege Dr. Breyer hat das auch so empfunden.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Entschuldigung! Ich will das einmal ausführen. Es war ein Ansatz, der uns dazu bewogen hat, über diesen Antrag so zu entscheiden. Man hätte das anders machen können, ja. Es ist jetzt vielleicht auch in der Debatte, wie wir im Ausschuss künftig besser miteinander umgehen können. Ich will mich insoweit bessern, aber ich will auch den Appell an Sie richten:

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Lassen Sie uns bei den Anträgen wirklich ernsthaft um die Sache ringen. Wenn es Vorführanträge sind, dann kostet uns das alles nur Zeit. Das will ich hier einfach einmal ganz deutlich sagen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Die 70:30 haben einen politischen Sinn, weil der **ÖPNV** gerade im **ländlichen Bereich** unter Ihrer Regierung gelitten hat. Denn Sie haben dem ÖPNV im öffentlichen Bereich den Hahn abgedreht. Deshalb ist es richtig, den ÖPNV gerade im ländlichen Raum zu stärken. Wir wissen, dass Erdöl teurer werden wird, es wird nicht mehr in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stehen. Deshalb ist es zukunftsbezogen, in Schleswig-Holstein gerade in der Mobilitätspolitik im ÖPNV andere Wege zu gehen. Deshalb war es richtig, auch dieses vorzubringen.

Jetzt komme ich zu dem Gigaliner-Thema. Diesbezüglich sind Sie auch der Meinung, dass meine Presseerklärung hierzu nicht gerechtfertigt war. Wir haben hier natürlich ein Risiko; das ist mir völlig klar. Aber wir haben in Schleswig-Holstein eine besondere Situation. Mehrfach habe ich an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass wir ein Risiko bei den Bahnübergängen haben, dass wir ein Risiko haben bei den Überholvorgängen. Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass dieser Feldversuch auch ein **Sicherheitsrisiko** für den Verkehr in Schleswig-Holstein darstellt. Es hat sich ja gezeigt, was passiert: Die Bürgerinnen und Bürger, die Autofahrerinnen und Autofahrer in diesem Land sind es einfach nicht gewohnt. Diese großen Monstertrucks, diese Gigaliner im Verkehr behindern Verkehre, verursachen andere Einschätzungen gerade bei Überholmanövern und führen vermehrt zu Unfällen, wie wir es jetzt in Odense erlebt haben.

Insofern ist es richtig, dass der Herr Minister das Thema Gigaliner ernst betrachtet, dass wir uns der **Klage** anschließen. Hier geht es eher um eine strukturelle Frage, nämlich die Frage: Hätte die Bundesregierung die Länder beteiligen müssen? Da geht es nicht um die Frage Gigaliner, sondern um die Fra-

(Dr. Andreas Tietze)

ge: Was war in dem Feldversuch rechtens und was nicht?

Bei der Gigalinerfrage hat der Minister, finde ich, genau das Richtige getan. Er hat hinterfragt: Welche Strecken sind richtig gemeldet worden, welche nicht, und welche Strecken haben ein bestimmtes Gefahrenpotenzial? Wenn unsere **Bahnübergänge** an dieser Stelle ein **Gefahrenpotenzial** haben, dann ist es richtig, dass der Gigalinerversuch in Schleswig-Holstein eingeschränkt wird.

Ich will als Letztes noch etwas zum Thema ÖPP sagen. Das **ÖPP-Modell** ist die Art der Finanzierung, die Sie bevorzugen.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, habe ich gar nicht gesagt!)

Ich erinnere daran, dass der Bundesrechnungshof die behauptete Wirtschaftlichkeit anzweifelt. So hat sich das Ministerium bei der A 6 in Baden-Württemberg um 33 Millionen € verrechnet. In Niedersachsen hat die A 7 um 25 Millionen € mehr gekostet. Ich will Sie an dieser Stelle nochmals an die **L 192** erinnern. Die haben Sie im letzten Jahr hier im Lande gebaut. Es ist ein absolutes Ärgernis. Sie haben 300 Bäume plattgemacht. Diese Strecke ist suboptimal ausgebaut. Ich sage Ihnen auch: Diese 1 Million € im Landeshaus, diesen Schattenhaushalt, den Sie aufgebaut haben, den werden wir bitter abbezahlen müssen. Das ist das, was wir jetzt in der Verpflichtungsermächtigung haben. Deshalb war es falsch, diese Straße da oben, wo kaum Autos fahren, so auszubauen. Das ist Ihr ÖPP-Florett, wie Sie es sich vorstellen. Das ist im Grunde genommen schiefgegangen. Das muss man ganz deutlich sagen. Das haben wir aber auch schon mehrfach diskutiert.

Deshalb werden wir diesen Antrag im Ausschuss beraten. Dann werden wir uns über das ÖPP-Modell nochmals genauer unterhalten können.

(Christopher Vogt [FDP]: Eine Anhörung machen!)

- Das können wir auch gern machen. - Ich halte nichts von ÖPP im Straßenbau. Da sind es eher Pleiten, Pech und Pannen als ein Positivum. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute gleich über drei Anträge auf einmal zu beraten. Auf zwei will ich nur kurz eingehen.

Was die Verteilung der Mittel nach dem **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** angeht, werde ich der Ausschussempfehlung zustimmen, diesen Antrag zurückzuweisen, weil die Schwerpunktsetzung der Koalition auf den **öffentlichen Nahverkehr** und den **Radverkehr** richtig ist, gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Stauvermeidung. Da müssen wir nämlich mehr auf öffentlichen Verkehr setzen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Dann brauchen wir auch nicht so viele Straßen.

Was den zweiten Antrag zu **Lang-Lkws** angeht, der inzwischen von CDU und FDP gestellt worden ist: Ich werde ihn ablehnen, weil Lang-Lkws die gefährliche und auch umweltschädliche Verkehrsverlagerung von der Schiene auf die Straße weiter befördern, wo umgekehrt eine Stärkung des Schienengüterverkehrs nötig wäre. Deswegen lehnen wir PIRATEN diese Gigaliner ab.

(Beifall PIRATEN - Christopher Vogt [FDP]: Alle oder nur einige?)

Was den dritten Punkt angeht, die öffentlich-privaten Partnerschaften, möchte ich darauf etwas grundsätzlicher eingehen, weil das nicht nur die Frage der Unterhaltung von Autobahnen, sondern auch des Baus von Autobahnen angeht. Wir haben in der Vergangenheit leider immer wieder schlechte Erfahrungen damit machen müssen, dass man **Aufgaben der Daseinsvorsorge** im Wege **öffentlich-privater Partnerschaften** privatisiert hat. Wo dieses PPP als Finanzierungsmodell eingesetzt worden ist, das heißt als eine Art Leasing, da zahlt schon vom Grundansatz her die öffentliche Hand geringere Zinsen zur Finanzierung. Schon deswegen kann es nichts sparen. Oftmals dient dieses PPP zur Verschleierung von Schulden. Oftmals sind in der Vergangenheit Kommunen leider über den Tisch gezogen worden mit Verträgen, die sie gar nicht durchschauen konnten.

Wo die öffentlich-privaten Partnerschaften nicht zur Finanzierung dienen sollten, sondern sich die Privaten quasi aus **Einnahmen** finanzieren sollten, führt das leider oftmals zu **explodierenden Preisen** und zur **Vernachlässigung von Investitionen**. Das haben wir zum Beispiel gesehen, als die Wasserversorgung in einigen französischen Städten privati-

(Dr. Patrick Breyer)

siert worden ist. Das haben wir aber auch beim Schienenverkehr in Großbritannien gesehen, wo die Vernachlässigung von Investitionen so weit gegangen ist, dass schließlich Züge entgleist sind. Wir haben es auch bei der Autobahn nach Bremen gesehen, die privat gebaut wurde, wo man dann drei sehr enge Spuren nebeneinander gesetzt hat und die ganze Autobahn voll von Scherben war, weil sich die Autos gegenseitig die Spiegel abgefahren haben. Da steht der Profit zu sehr im Vordergrund und die Sicherheit zu weit hinten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Christopher Vogt?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege, ich fand Ihre Beispiele unterhaltsam, aber wenig nachvollziehbar. Stimmen Sie mir nicht auch zu, dass man das alles vertraglich regeln und entsprechend überprüfen kann, dass man zum Beispiel bestimmte Kriterien hat, wie die Instandhaltung passieren muss? Meinen Sie nicht auch, dass man das in den Verträgen, die aus unserer Sicht möglichst transparent sein sollten, regeln kann? Das muss dann auch getan werden.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Kollege, man kann alles in Verträgen regeln. Nur wenn wir vertraglich die Bedingungen festschreiben, die auch die öffentliche Hand anwenden würde, können diese Modelle im Grunde genommen nicht funktionieren. Denn sie rentieren sich für die Privaten nur, wenn sie zusätzlich einen **Gewinn** dabei herausholen. Deswegen rentieren sich diese Verträge nur, wenn der Gewinn an einer Stelle herausgeholt werden kann, wo es der Staat nicht tut. Wir beobachten oft genug, dass Staat und Unternehmen bei diesen Modellen von ganz unterschiedlichen Annahmen ausgehen. Bei **Verkehrsprognosen** planen die Unternehmen zum Beispiel weit optimistischer, als der Staat prognostiziert. Eines von beidem muss falsch sein. Entweder ist die optimistische Prognose richtig, dann verdient sich das Un-

ternehmen dusselig, oder die pessimistische Annahme ist richtig, dann geht das Unternehmen insolvent. Dass man bei diesen Annahmen regelmäßig so weit auseinanderliegt, zeigt, dass ein grundsätzliches Problem bei diesen **PPP-Modellen** besteht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Breyer, ist Ihnen bekannt, dass die PPP-Modelle zunächst Finanzierungs-, aber dann auch Controllingübernahmefunktionen beinhalten, und ist Ihnen vielleicht bekannt, dass das Land Schleswig-Holstein selbst keine Straßen baut, selbst keine Straßen unterhält, sondern dafür immer Unternehmen verpflichtet?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Das ist mir durchaus bekannt. Aber es macht einen Unterschied, ob der Auftraggeber und Bauträger das Land ist oder ein Privater. **Controlling** macht bei uns erfreulicherweise immer noch der Landesrechnungshof. Die Rechnungshöfe machen das sehr gut und haben bei ÖPP-Modellen regelmäßig herausgefunden, dass sie in der Nachbetrachtung wesentlich schlechter abgeschnitten haben, als im Vorhinein kalkuliert worden war. Auch das zeigt, dass der Vorteil, den man sich oftmals erhofft hat, in der Praxis nicht zum Tragen gekommen ist. Ich kann noch Professor Mühlenkamp von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften zitieren. Er sagt zum Beispiel:

„Alles in allem müssen mehrere günstige Umstände... zusammenkommen, um eine PPP für die öffentliche Hand erfolversprechend im Sinne von kostensenkend erscheinen zu lassen. Damit ist das Fenster für wirtschaftliche PPP relativ klein.“

Das heißt, wir haben hier nicht den Fall, dass man quasi schon ideologisch von Grund auf sagen könnte, diese Modelle seien günstiger. Eher ist das Ge-

(Dr. Patrick Breyer)

genteil der Fall. Mit PPP-Modellen verbunden sind oftmals hohe **Transaktionskosten**, Beratungskosten. Lassen wir einmal das Stichwort Nürburgring fallen. Es geht damit oft ein Insolvenzrisiko einher.

(Beifall PIRATEN)

Das hat man natürlich nicht, wenn der Staat das in Auftrag gibt. Im Endergebnis beobachten wir eine Entwicklung, dass wir im kommunalen Bereich eher eine **Rekommunalisierung** haben. Denken Sie nur an die Versorgungseinrichtungen.

Der einzige Vorteil, den es im Grunde genommen haben könnte, die Autobahnunterhaltung zu privatisieren, wäre, dass Sie die **Mauteinnahmen** für die Unterhaltung der Straßen reservieren. Aber diesen Vorteil können wir auch haben, wenn wir das politisch vorsehen. Über ein öffentliches Modell könnten wir sehr wohl einen größeren Anteil der Mauteinnahmen für die Unterhaltung der Straßen reservieren. Das geht auch ohne PPP. Dafür brauchen wir es nicht.

Ich kann nur sagen: Diese privaten Modelle reduzieren die **Transparenz**, weil die Verträge oftmals nicht einsehbar sind. Sie reduzieren die **öffentliche Kontrolle**. Deswegen lehne ich sie ab.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat für die Abgeordneten des SSW Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir müssen Neubaugbauer einladen!)

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Die **angespannten Haushaltslagen** beim Bund, in den Ländern und auf der kommunalen Ebene zwingen die Verantwortlichen immer wieder, neue, innovative Wege zu suchen, um den jeweiligen Haushalt zu entlasten. Aus dieser Not heraus ist auch die Idee des **ÖPP** entstanden. Je nach Vorhaben gibt es verschiedene Modelle und Gestaltungsmöglichkeiten. Ich will nicht in Abrede stellen, dass es unter bestimmten Umständen interessant und sinnvoll sein kann, sich eines ÖPP-Modells zu bedienen, dies aber nur dann, wenn wirklich eine Win-win-Situation nachgewiesen ist, das soll heißen, wenn das Projekt zeitlich kürzer umsetzbar oder kostengünstiger ist.

ÖPP ist aber kein Allheilmittel, um die öffentlichen Kassen zu sanieren. Vielmehr birgt es die Gefahr, dass sich die öffentlichen Auftraggeber langfristig in **neue Abhängigkeiten** begeben. ÖPP-Projekte haben Laufzeiten über mehrere Jahrzehnte. Während dieser Zeit übernimmt der private Investor alle Aufgaben, die sonst von der öffentlichen Hand erledigt würden. Damit ist die Verlockung auf öffentlicher Seite sehr groß, die eigenen Experten sukzessive abzubauen.

Auch finanziell birgt ÖPP Risiken für den öffentlichen Haushalt. Dies belegt auch ein Bericht der Rechnungshöfe zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten. Die dort zusammengetragenen Fälle machen deutlich, dass viele der bisher durchgeführten ÖPP-Maßnahmen eben nicht den positiven **finanziellen Effekt** für den öffentlichen Haushalt haben.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Als problematisch sehe ich auch die **fehlende Transparenz** bei vielen ÖPP-Projekten.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Zwar wird immer wieder darauf hingewiesen, dass es hierbei um Geschäftsgeheimnisse gehe, die es zu schützen gelte, aber auf der anderen Seite handelt es sich um öffentliche Gelder, und deshalb haben wir ein Recht auf Transparenz.

Kritik an ÖPP kommt aber auch vonseiten der **mittelständischen Bauwirtschaft**, die sich mit einem Instrument konfrontiert sieht, welches nur den großen Unternehmen zugutekommt. So heißt es in einem gemeinsamen Brief der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen und des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe an Herrn Ramsauer:

„Die ÖPP-Projekte im Bundesfernstraßenbau schaden gewachsenen Strukturen der mittelständisch geprägten deutschen Bauwirtschaft mit ihren vielen qualifizierten Arbeitsplätzen im Verkehrswegebau.“

Das ist eine klare Aussage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön!

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege. Da Sie ÖPP so kritisch sehen - wie beurteilen Sie ÖPP in anderen Bereichen, zum Beispiel beim Hochschulbau, beim Universitätsklinikum? Lehnen Sie das auch dort ab?

Flemming Meyer [SSW]:

Ich habe ja gesagt, es kann in einigen Situationen durchaus von Vorteil sein, wenn tatsächlich eine Win-win-Situation gegeben ist. Ich wollte mit meinem nächsten Satz darauf eingehen: Trotz aller Kritik an ÖPP sind wir uns aber im Klaren darüber, dass uns haushalterische Vorgaben in die Situation bringen können, dass wir gezwungen sind, auf dieses Instrument zurückzugreifen. Doch wir sollten dieses Instrument nur sehr umsichtig einsetzen und nicht so tun, als ob wir damit alle Probleme lösen könnten, denn das ist mitnichten der Fall.

Kommen wir nun zu den **Lang-LKW**! Durch den Ausschluss des Bundesrats wurde den Bundesländern jede Möglichkeit genommen, sich an der Ausgestaltung des Feldversuchs zu beteiligen. Es gab kein **Mitspracherecht**, wie der Feldversuch aussehen soll.

Nun wissen wir, dass die damalige schwarz-gelbe Landesregierung der Einladung aus dem Bundesverkehrsministerium blind gefolgt ist. Damit wurde vonseiten der alten Landesregierung abgenickt, dass der Feldversuch in Schleswig-Holstein durchgeführt wird und Herr Ramsauer letztendlich allein bestimmen durfte, auf welchen Strecken dies geschieht. Bei der Ausgestaltung des Feldversuchs - also welche Straßen hierfür infrage kommen - hatte Schleswig-Holstein zwar ein Vorschlagsrecht, aber kein Recht, die Strecken abschließend zu bestimmen.

Neben der **Verkehrssicherheit** sollen unter anderem die **infrastrukturellen Auswirkungen** untersucht werden. Ich frage mich ernsthaft, welche Erkenntnisse man sich verspricht, Gigaliner auf die Landstraßen zu schicken. Aufgrund ihrer Überlänge stellen sie ein erhebliches Risiko, insbesondere bei Überholvorgängen, dar. Darüber hinaus ist die Infrastruktur wie Brücken, Rastplätze, Kreuzungen, Kreisverkehre oder enge Ortsdurchfahrten, für Gigaliner nicht ausgelegt. Dies bestätigt auch der Bericht des Landesrechnungshofs.

(Beifall SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Unruhe)

Wer die Autobahnen hier im Land für die Gigaliner nutzen will, konnte dies bereits vor dem Feldversuch tun. Hierfür gab es Sondergenehmigungen. Ich gehe davon aus, dass sich nach der erfolgreichen Klage daran nichts ändert und die Autobahnen für Gigaliner mit Sondergenehmigung weiterhin befahrbar sind.

Vor diesem Hintergrund erhalten wir unsere Klage aufrecht, weil hier Rechte des Landes beschnitten wurden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Flemming Meyer [SSW]:

Hier sollten wir alle gemeinsam - egal, wie man zu Gigaliner steht - die Rechte der Bundesländer verteidigen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Landesregierung hat Herr Wirtschaftsminister Reinhard Meyer das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Drei Themen in einer kurzen Rede - ich versuche, es wirklich kurz zu machen.

Zunächst einmal zum Zauberwort **ÖPP**. Wir reden hier nicht über Neubau, wir reden über Umbau- und Grundinstandsetzungsmaßnahmen - so der Antrag. Ich habe gehört, dass der Antrag wahrscheinlich an den Ausschuss überwiesen werden soll. Das können wir gern tun, da können wir dann den Dialog fortsetzen. Vielleicht hätten wir das auch schon vorher machen sollen, denn der Antrag ist in der Tat etwas verwunderlich. Rechtlich ist es bereits heute möglich, ÖPP-Modelle für den **Umbau** oder die **Instandhaltung** von Autobahnen einzusetzen. Wir machen das auch schon, nämlich beim anstehenden Ausbau der A 7 zwischen dem Bordesholmer Dreieck und der Hamburger Landesgrenze.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist Ausbau!)

(Minister Reinhard Meyer)

Das ist eine Instandsetzung, aber auch Ausbau und Instandhaltung können heute ohne rechtliche Vorgaben umgesetzt werden, sodass es zunächst einmal kein rechtliches Thema ist.

Wir müssen uns die Frage stellen - das kann man, wie gesagt, im Ausschuss diskutieren -, ob ÖPP bei Umbau und Sanierung wirklich sinnvoll ist. Zwei Fragen sind dabei wichtig. Erstens: Ist es sinnvoll, insbesondere im Unterschied zum Neubau, auch von der Kostenseite her? Zweitens: Geht es wirklich schneller?

Wir erleben gerade, wie sich die Umsetzung im ÖPP-Modell an der A 7 durch die Auftragsvergabe an DEGES, insbesondere wegen des komplizierten Ausschreibungsmodus, verzögert. Das ist kein Vorwurf an irgendeine Vorgängerregierung. Das ist ein Zeitfaktor, den man bei Umbau und Sanierung kaum einholen kann, bei Neubau eventuell schon. Insofern ist hier ein grundsätzlicher Unterschied zu machen.

Grundsätzlich will ich darauf hinweisen, dass durch ÖPP keine zusätzlichen Mittel generiert werden, vielmehr werden zukünftige Haushalte vorbelastet und damit der Spielraum für andere Vorhaben eingeengt.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und SSW)

Ergo: Ein Umbau- oder ein Sanierungs-ÖPP-Projekt verspricht kaum **Effizienzvorteile** und keinen **Zeitgewinn**. Ferner werden Haushaltsmittel langfristig gebunden. Aus diesen Gründen verfolgen wir zurzeit - mit Ausnahme des A-7-Projekts - kein solches Projekt Umbau oder Instandhaltung in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Zum Thema **GVFG**. Ich kann jetzt nicht kommentieren, was im Wirtschaftsausschuss passiert ist. Wir sind bereit, im Ausschuss weiter darüber zu berichten, wie wir die GVFG-Mittel für Schleswig-Holstein, insbesondere für die Kommunen, einsetzen.

Ich will an der Stelle deutlich sagen: Die Welt des Verkehrs besteht nicht nur aus Asphalt und Beton, sondern wir machen uns auch Gedanken über den ÖPNV in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Es gibt - das gebe ich zu - angesichts knapper Mittel ein Thema, das dem Verkehrsminister ganz wichtig ist: Das ist der **Zustand der Landesstra-**

ßen und der kommunalen Straßen. Das ist unser Anlagevermögen. Das müssen wir vernünftig in Schuss halten. Das bedeutet, wir werden uns nur noch wenig Neubau erlauben können, um mit den knappen Mitteln die Instandhaltung im Land Schleswig-Holstein sicherzustellen.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden weitere Prioritäten beim Radewegebau und Ausbau des ÖPNV setzen, denn der **Ausbau des ÖPNV** ist gerade im ländlichen Raum enorm wichtig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Kurzum, Straße und Schiene werden nicht gegeneinander ausgespielt, sondern sinnvoll miteinander ergänzt und auf die gesellschaftlichen Bedarfe abgestimmt.

Nun zu den Freundinnen und Freunden des **Lang-LKW** in Schleswig-Holstein. Ein offenes Wort: Man kann in der Tat unterschiedlicher Auffassung sein. Das fängt schon beim „Wording“ an. Die Dänen nennen sie Ecoliner, wir sprechen vom Gigaliner oder Lang-Lkw.

Eins ist aber vollkommen klar: So, wie der **Bundesverkehrsminister** diese Nummer angepackt hat, ist sie von Anfang an verkorkst gewesen. Das ist die Wahrheit.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das betrifft das Verfahren ohne den Bundesrat. Das betrifft auch das, wie der Versuch gestartet worden ist. Ich nenne Ihnen nur zwei Zahlen, die sagen, was daraus geworden ist. Deutschlandweit haben wir 18 Speditionen, die das in Anspruch nehmen. In Schleswig-Holstein sind es zwei. Das war es. Das zeigt, dass dieser Versuch von Anfang an von der Bundesregierung verkorkst wurde.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Ist ja kein Wunder, wenn Sie klagen!)

Wir in Schleswig-Holstein sagen aber auch ganz deutlich: Wir gewähren **Vertrauensschutz** auf den Strecken - das können wir auch nicht verhindern -, da fahren die Lang-Lkw. Wir werden aber überall dort, wo wir prüfen müssen und wo sich die Deutsche Bahn AG geweigert hat, die Sicherheit an den Bahnübergängen zu gewährleisten, sagen müssen: Wir können die Sicherheit nicht gewährleisten. Ich habe aber mit den beiden Spediteuren, die das in

(Minister Reinhard Meyer)

Schleswig-Holstein in Anspruch nehmen, gesprochen. Wir haben gesagt, dass wir Ihnen das ermöglichen werden.

Bei diesen drei Themen besteht also viel weniger Konfliktpotenzial als sich das vielleicht mancher von Ihnen wünscht. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Wir kommen zu den Abstimmungen, zunächst zu Teil a), ÖPP auch bei der Instandhaltung von Autobahnen ermöglichen, Antrag der Fraktionen von FDP und CDU, Drucksache 18/314 (neu). Es ist Ausschussüberweisung des Antrags in der Drucksache 18/314 (neu) an den Wirtschaftsausschuss beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Einer dafür, drei dagegen!)

Gibt es eine Gegenstimme oder eine Enthaltung? - Dagegen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei den PIRATEN ist einer dafür und sind drei dagegen! - weitere Zurufe)

- Also zwei Abgeordnete der PIRATEN sind gegen die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Einer ist dafür und drei sind dagegen! - weitere Zurufe)

- Drei? Ich dachte, das war eine Enthaltung. - Dann drei. Das nehmen wir zu Protokoll. Ich bitte um die Änderung: Drei Abgeordnete der PIRATEN. - Jetzt die Enthaltung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, einer ist dafür!)

- Ja, ist klar. Das ist dann die Konsequenz daraus: Weil nicht mehr alle da sind, ist einer dafür. Ein PIRATEN schließt sich den anderen Fraktionen an, drei PIRATEN sind gegen die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss. Das nehmen wir so zu Protokoll. Vielen Dank. - Dann ist die Überweisung mehrheitlich so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung zu Teil b), Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/144. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/144 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Abgeordneten des SSW und der Fraktion der PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung zu Teil c), Antrag der Fraktionen von FDP und CDU, Drucksache 18/160 (neu). Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag in der Drucksache 18/160 (neu) abzulehnen. Wer dieser Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der PIRATEN - diesmal alle - so angenommen worden.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh 10 Uhr und wünsche Ihnen gute Gespräche bei den vielen Abendveranstaltungen heute Abend. Bis morgen, schlafen Sie gut, und kommen Sie gut in die Hotelzimmer und nach Hause!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:14 Uhr